

Amerikanische Besatzungspolitik und demokratischer Neuanfang in Nordhessen: Fallbeispiel Melsungen^{*}

von Daniel Vaupel

1. Einleitung

Der Demokratisierungsprozess in der Zeit von Beginn der amerikanischen Besetzung bis zu den ersten Kommunalwahlen vom 20.1.1946 wird hier am Fallbeispiel des Landkreises Melsungen dargestellt. Die Kreisstadt Melsungen war Dreh- und Angelpunkt des wieder aufkeimenden politischen Engagements. Melsungen als Sitz des lokalen *Detachments* der Militärregierung war auch das Zentrum amerikanischer Verwaltungsarbeit und der angestrebten amerikanischen *re-education*-Politik.

Der amerikanische Einmarsch in Melsungen erfolgte am 1. April 1945, also noch mehr als einen Monat vor der offiziellen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai. Den Tagen nach dem Einmarsch folgte eine Phase des Wiederaufbaus, bei dem von der lokalen Militärverwaltung zunächst ein stärkerer Schwerpunkt auf die Wiederbelebung der Verwaltungsinstitutionen als auf eine gründliche Entnazifizierung gelegt wurde. Neben diesen Vorgängen wird die Bildung des provisorischen, überparteilichen Stadtrats thematisiert. Zunächst standen die alltäglichen Verwaltungs- und Versorgungs-

* Der Beitrag gibt eine gekürzte Fassung der Wissenschaftlichen Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien an der Universität Kassel vom Juli 2006 wieder.

Abkürzungsverzeichnis:

CDU – Christlich-Demokratische Union

COSSAC – Chief of Supreme Staff Allied Command

CIC – Counter Intelligence Corps

CSVD – Christlich-Sozialer Volksdienst

DDP – Deutsche Demokratische Partei

DNVP – Deutsch-Nationale Volkspartei

DP – Displaced Person

DVP – Deutsche Volkspartei

ETOUSA – European Theater of Operations, US Army

FDGB – Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

GYA – German Youth Activities

JCS – Joint Chiefs of Staff

KPD – Kommunistische Partei Deutschlands

LDP – Liberal-Demokratische Partei

MGSUM – Military Government Summary

OMGGH – Office of Military Government for Greater Hesse

OMGUS – Office of Military Government in Germany

SCAEF – Supreme Commander Allied Expeditionary Force

SHAEF – Supreme Headquarter, Allied Expeditionary Forces

SPD – Sozial-Demokratische Partei Deutschlands

USFET – United States Forces, European Theater

probleme auf der Tagesordnung. Politische Aktivität wird wieder mit der Erlaubnis zur Gründung von Gewerkschaften Anfang August greifbar, die auf einen altgedienten Kommunisten zurückgingen, der während des Nationalsozialismus für seine Überzeugungen als KZ-Häftling einstehen musste. Die Erlaubnis politischer Betätigung von Seiten der Militärregierung führte schnell zur Gründung von SPD und KPD, während CDU und LDP erst kurz vor den Gemeindewahlen vom 20.1.1946 ihre Kreisverbände gründen und eine Parteilizenz von der Militärregierung erhalten konnten.

2. Die amerikanische Besatzungskonzeption

Zum Verständnis der Anordnungen und Handlungskonzepte des lokalen *Detachments* in Melsungen zunächst eine kurze Erörterung der amerikanischen Besatzungskonzeption sowie ein knapper Abriss des Konzeptes der *re-education*. Da über den amerikanischen Beitrag zur westdeutschen Nachkriegsdemokratie in den vergangenen Jahren noch immer recht kontrovers diskutiert wird¹, soll hier nur die Entwicklung der Richtlinien und Bestimmungen der Militärregierung aufgezeigt werden.

2.1 Amerikanische Vorbereitung auf die Besatzung Deutschlands

Die endgültige Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen wurde zwischen der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten in zwei Abkommen am 12. September und 14. November 1944 geregelt², wobei die Frage der Beteiligung des „Juniorpartners“ Frankreich zunächst außen vor blieb. Auch die gemeinsame Verwaltung Berlins wurde hier bereits in Grundzügen festgelegt. Frankreich wurde erst nach der Konferenz der „Großen Drei“ in Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 an der künftigen Besetzung Deutschlands und der alliierten Kontrollbehörde beteiligt.

In Amerika hatte man jedoch lange vor den interalliierten Konferenzen zu diesem Thema mit konkreten Planungen für eine Besatzungsherrschaft begonnen, so dass bereits 1942 die *School of Military Government* an der Universität von Virginia gegründet wurde, der zahlreiche weitere Ausbildungsstätten folgten.³ Die Qualität der Ausbildung ist hierbei schwer einzuschätzen, war aber gründlicher als jemals zuvor für irgendeine andere militärische Spezialaufgabe. Die so ausgebildeten *Military Government Officers* wurden unterschiedlichen Stäben zugeteilt. Zunächst waren sie dem *European Theater of Operations, US Army* (ETOUSA) unterstellt, die im Januar 1943 eine eigene *Civil Affairs Section* bekam. Die Bemühungen, eine Struktur für eine zukünftige Besatzungsverwaltung zu erarbeiten, wurden ergänzt durch eine interalliierte Einrichtung in London, den *Chief of Supreme Staff Allied Command* (COSSAC), die über einen *US Civil Affairs Staff* verfügte. Welcher der beiden Arbeitsgruppen die Hauptaufgabe bei der Verwaltung eines Nachkriegsdeutschlands zufallen sollte, war zunächst unklar.⁴ Die Aufgaben von

1 Vgl. Uta GERHARDT: *Soziologie der Stunde Null*, Frankfurt/M., 2005, S. 25-51.

2 Vgl. Josef HENKE u. Klaus OLDENHAGE: „Office of Military Government for Germany (U.S.)“, in: *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949*, hrsg. v. Christoph WEISZ, München, 1995, S. 4.

3 Vgl. ebd., S. 5.

4 Vgl. ebd., S. 6.

COSSAC übernahm ab Januar 1944 das *Supreme Headquarter, Allied Expeditionary Forces* (SHAEF), das den Krieg gegen Deutschland auch zu Ende führen sollte. Der Generalstab von SHAEF war in fünf Unterabteilungen gegliedert (G-1 bis G-5), von denen vor allem G-3 (*Organization and Training Division*) und G-5 (*Civil Affairs Division*) durch Handbücher und Direktiven Einfluss auf die amerikanische Besatzungsplanung nahmen. Die Struktur der Unterabteilungen von SHAEF entsprach im Grundsatz der der Abteilungen der *Joint Chiefs of Staff* (JCS) in Washington.

Die Detachments

Innerhalb der *Civil Affairs Division* des SHAEF war auch am 15. September 1944 das *Detachment* E1A2, das später die Militärverwaltung des neu entstandenen Groß-Hessen übernehmen sollte, in Rochefort en Yveline, also erst auf französischem Boden, aufgestellt worden. Die Struktur der amerikanischen Kriegsplanung sah vor, nach dem Krieg die amerikanische Besatzungszone unter die Verwaltung regionaler und lokaler *Detachments* zu stellen. Regionale *Detachments* waren hierbei in der Struktur den lokalen *Detachments* übergeordnet. Da Hessen in seiner heutigen Struktur erst nach dem zweiten Weltkrieg entstand, waren für die Verwaltung ursprünglich zwei Länder-*Detachments*, eins für Kurhessen-Nassau, das andere für das Land Hessen vorgesehen, die zunächst auch beide ihre Arbeit aufnahmen.⁵

Mit der Neustrukturierung des Landes Hessen, auf die hier nicht im Detail eingegangen werden kann, wurde das Länder-*Detachment* E1G2 dem bereits oben genannten *Detachment* E1A2 unterstellt, aus dem dann das *Office of Military Government for Greater Hesse* (OMGGH) hervorging. Die *Detachments* waren in ihrer Größe an dem sie kennzeichnenden Buchstaben zu erkennen und reichten von den *E-Detachments*, die die Verantwortung über Länder, Regierungsbezirke oder sehr große Stadtkreise übernahmen, über die *F-, G-, H-*, bis zu den *I-Detachments*, die für kleine Städte oder weniger wichtige Landkreise zuständig waren. Im Bereich der Verwaltung des *Regional Detachment* für Kassel (E1C2) nahm bereits am 2. April 1945, das ist die früheste aktenkundige Nennung⁶, das für Melsungen bestimmte *Local Detachment* I2C2 seine Arbeit auf. Damit erreichte das lokale *Detachment* seinen Einsatzort 15 Tage bevor das ihm übergeordnete *Detachment* E1C2 in Kassel eintraf. Solche Zeitverschiebungen scheinen aber in den hektischen letzten Kriegsmonaten kurz vor der endgültigen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai nichts Ungewöhnliches gewesen zu sein, so dass manchmal Gebiete zuerst ohne Militärregierung blieben oder *Detachments* andere Gebiete verwalten mussten als die, für die sie ursprünglich vorgesehen waren.⁷

Handlungsrichtlinien für die Militärverwaltung

In der zeitgenössischen Forschungsliteratur geht man davon aus, dass die Regelwerke von G-3, G-5 und die JCS-Direktiven den größten Einfluss auf die Reglementierung der von amerikanischen Truppen besetzten deutschen Gebiete während des Beginns der

5 Vgl. Dieter EMIG u. Alfred G. FREI: Office of Military Government for Hesse, in: OMGUS-Handbuch (wie Anm. 2), S. 340.

6 Vgl. Status Report I2C2. Melsungen, 2.7.1945, StA MR, OMGUS-Historical Folders H-70, 5/9-1/13.

7 Vgl. Walter MÜHLHAUSEN: Hessen 1945-1949, Frankfurt/M, 1985, S. 23.

amerikanischen Besatzungsherrschaft im September 1944 an der luxemburgischen Grenze bis in die unmittelbare Nachkriegszeit hatten.⁸ Diese Regelwerke sind natürlich keinesfalls völlig unabhängig voneinander entstanden, sondern haben sich gegenseitig beeinflusst. Im Folgenden werde ich die Schwerpunkte der G-3- und G-5- Handbücher kurz erläutern, jedoch detaillierter auf die Direktiven des JCS eingehen, da diese in vielen ihrer Vorschriften das Handeln der Regional- und Kreiskommandeure bestimmten und in ihrer (mehrfach leicht veränderten) Form als Direktive JCS 1067 zwei Jahre lang prägend für die Beziehungen zwischen den amerikanischen Besatzern und den Deutschen und ihren Verwaltungsinstitutionen blieb.⁹ Abschließend bleibt zu erwähnen, dass sich die Arbeit bei der Darstellung der Handlungsrichtlinien der Militärverwaltung auf Sekundärliteratur stützen muss, da die G-3- und G-5-Handbücher nicht als gedruckte Quellen verfügbar sind. Zu den Direktiven JCS 1067/2 bis JCS 1067/5, die zwischen den beiden hier beschriebenen Varianten der JCS 1067 liegen, waren keine Informationen zu finden, es liegt jedoch nahe zu vermuten, dass die in dieser Arbeit für JCS 1067/6 beschriebenen Veränderungen erst in dieser Variante vorgenommen wurden, die letztendlich, wie später beschrieben, die für das unmittelbare Nachkriegsdeutschland gültige war.

2.2 SHAEF als Vorläufer der OMGUS und seine Manuals

Innerhalb der SHAEF-Verwaltung wurden sowohl in der *Organization and Training Division* (G-3) als auch in der *Civil Affairs Division* (G-5) Handbücher für den Verwaltungsaufbau und das Verhalten der amerikanischen Armee sowie ihren Umgang mit den Deutschen entworfen und herausgegeben.

Für die G-3 Division ist dabei vor allem das *Post Hostilities Handbook on Policy and Procedure for the Occupation of Western Europe (Germany) and Norway Following the Surrender of Germany* wichtig, das am 9. September 1944 erstmalig vorlag und in seiner vierten novellierten Fassung zur Zeit der deutschen Kapitulation im Mai 1945 gültig war. In diesem Werk wurden Rechte und Pflichten sowie Aufgabenbereiche der Armee in Deutschland, das im Gegensatz zu den Ländern, die von der Besatzung durch die Nationalsozialisten befreit worden waren, als besetztes Land galt, geregelt.¹⁰

Auch die *Civil Affairs Division* (G-5) gab einige Dokumente zur zukünftigen Militärverwaltung Deutschlands heraus. Davon verbindlich für die amerikanische Militärverwaltung wurde jedoch nur das G-5 Handbuch, das in einer ersten Version bereits am 15. August 1944 vorlag und den Titel *Handbook for Military Government for Germany* trug.¹¹ Da Präsident Roosevelt mittlerweile, unter anderem auf Drängen des Finanzministers Henry Morgenthau, der Deutschland in einen Agrarstaat zurück-

8 Vgl. GERHARDT (wie Anm. 1), S. 73-75.

9 Vgl. Wolf-Arno KROPAT: „Hessen 1945 – Die Stunde Null? Amerikanische und deutsche Konzeptionen zur Wiederbegründung der Demokratie in der Nachkriegszeit“, in: Hessen 1945. Demokratischer Neubeginn zwischen Utopie und Pragmatismus, hrg. v. Konrad SCHACHT, Wiesbaden, 1995, S. 9.

10 Vgl. GERHARDT (wie Anm. 1), S. 74.

11 Vgl. Daniel J. NELSON: *A History of U.S. Military Forces in Germany*, Boulder, 1987, S. 13.

verwandeln wollte¹², von den sehr humanen Kriegszielen der Atlantikcharta abgekommen war, wurde das G-5-Handbuch in dieser ersten Variante nicht von ihm genehmigt.¹³ So wurde das Handbuch offiziell zurückgezogen, jedoch schon bald durch eine nur geringfügig veränderte Fassung ersetzt, die den Titel *Directive for Military Government of GERMANY Prior to Defeat or Surrender* trug. Die endgültige Überarbeitung erschien im Dezember 1944 und wurde von dem *U.S. Army Chief of Staff* abgesegnet, nachdem der Präsident keinen erneuten Einspruch vorgebracht hatte. Das Buch mit dem Titel *Handbook for Military Government in Germany*¹⁴ regelte die Arbeit der lokalen *Detachments*. Dieses Regelwerk war zunächst bis Ende Juni 1945, als SHAEF offiziell aufgelöst wurde, gültig, wurde aber inoffiziell vom *United States Group Control Council* (USGCC) bestätigt und dann von dem ab Oktober 1945 tätigen *Office of Military Government in Germany* (OMGUS) weiterverwendet.¹⁵ Diese von den beiden genannten SHAEF Divisionen erarbeiteten Handbücher waren jedoch offiziell den Anweisungen den zum State Department gehörigen *Joint Chiefs of Staff* (JCS) untergeordnet, deren Direktiven direkt als Handlungsanweisungen an den Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Europa ergingen. Auf diese JCS-Direktiven, speziell auf die JCS 1067, wird im folgenden Kapitel eingegangen und die in ihr enthaltenen Grundsätze und Anweisungen, die für das *Local Detachment* Melsungens von Relevanz sind, werden näher erläutert.

2.3 Die Direktiven der Joint Chiefs of Staff

Die auf den frühesten Zeitpunkt datierte Direktive mit Relevanz für ein erst noch zu bildendes Nachkriegsdeutschland war die Direktive JCS 623, die bereits am 18. Dezember 1943 erschien und im *State Department* entwickelt worden war. JCS 623 war in drei Teile gegliedert. Der erste befasste sich mit Sachverhalten, die dem Kriegsziel des *unconditional surrender* entsprachen (unter anderem Auslieferung alliierter Kriegsgefangener und deutschen Kriegsgerätes), der zweite mit der Zeit, unmittelbar nachdem ein bestimmtes Gebiet besetzt worden war, auch vor der endgültigen Kapitulation Deutschlands. In ihm wurden neben weiteren Punkten die Auflösung von Wehrmachtsverbänden und die Ausschaltung von Nationalsozialisten im öffentlichen Leben geregelt. Der für die hier vorliegende Hausarbeit interessanteste Teil befasste sich mit dem *Permanent Status of Germany* und war in vier Unterpunkte gegliedert.

Die ersten drei Punkte waren die Frage der politischen Einheit Deutschlands, das Problem der zukünftigen Grenzen Deutschlands und die angedachte Dezentralisierung des Landes. In seinem wichtigsten Punkt befasste sich dieser Abschnitt jedoch mit dem Neuaufbau des Staatswesens als Demokratie auf einer breiten Bevölkerungsgrundlage.

12 Diese Umschreibung wird natürlich dem Morgenthau-Plan, der unter anderem die Teilung Deutschlands in zwei Staaten und die Unterstellung des Ruhrgebietes unter internationale Verwaltung vorsah, nicht gerecht. Ausführlich wird der Morgenthau-Plan erläutert bei Wolfgang MARIENFELD: Konferenzen über Deutschland, Hannover, 1962, S. 141-144.

13 Vgl. HENKE/OLDENHAGE, (wie Anm. 2), S. 7.

14 Der Titel der ersten Version war fast völlig übernommen worden, nur *for Germany* wurde in *in Germany* verändert.

15 Vgl. GERHARDT (wie Anm. 1), S. 75-76.

Dieser Punkt war auch der in JCS 623 am ausführlichsten behandelte. Dort heißt es im Originaltext: „*Since the administration of Germany will be controlled by the inter-Allied mechanisms during the armistice period, it is during that period that the bases of a democratic regime should be laid. Early steps should be taken to restore freedom of speech, religion, and of the press, freedom to organize political parties other than of Nazi-Facist doctrine, cultural associations and trade unions.*“¹⁶

In diesem Kapitel der JCS 623 heißt es auch weiterhin: *When conditions permit, preparations should be made for the holding of free elections for the creation of a central German government to which the occupation authorities would gradually transfer their responsibility for the internal administration of the country.*¹⁷

An diesen zwei Zitaten wird deutlich, dass bereits von Beginn der amerikanischen Besatzungsplanung an ein solider Neuaufbau Deutschlands auf demokratischer Grundlage geplant war. Dieser sollte sich aber, wie in der ab dem 4. Oktober 1944 gültigen JCS 1067/1 und der ab dem 26. April 1945 gültigen JCS 1067/6 festgeschrieben, deutlich langsamer und mit anderen Schwerpunkten gestalten, als man vielleicht aus den oben zitierten Passagen herauslesen könnte. Im Folgenden werde ich den Inhalt und die Unterschiede der beiden oben genannten Direktiven herausarbeiten, da Melsungen bereits am 1. April 1945 von amerikanischen Truppen besetzt wurde und deswegen auch JCS 1067/1 in Melsungen noch Anwendung fand.

JCS 1067/1

Die Leit-Maxime von JCS 1067/1 findet sich im Haupttext des Schriftstücks und steht unter dem Einfluss der für die Alliierten immer deutlicher werdenden Verwüstungen, die Deutschland im besetzten Europa hinterlassen hatte, und der dadurch erfolgten Abwendung Roosevelts von den ursprünglichen Kriegszielen der Atlantikcharta: *Germany will not be occupied for the purpose of liberation but as a defeated enemy nation. The clear fact of German military defeat and the inevitable consequences of aggression must be appreciated by all levels of the German population. The German people must be made to understand that all necessary steps will be taken to guarantee against a third attempt by them to conquer the world.*¹⁸

Auch der Grundsatz der non-fraternization fand sich bereits im Haupttext von JCS 1067/1. Dieses Konzept sollte bis zur Aufhebung dieser Verordnung am 6. August 1945 durch General Eisenhower das Verhältnis zwischen der Militärverwaltung und den amerikanischen Truppen auf der einen und der deutschen Verwaltung und Bevölkerung auf der anderen Seite prägen. In dem im vorhergehenden Kapitel beschriebenen G-3-Handbuch (Post Hostilities Handbook on Policy and Procedure for the Occupation of Western Europe (Germany) and Norway Following the Surrender of Germany) heißt es dazu: *Definition: Non-Fraternization“ is the avoidance of mingling with Germans upon terms of friendliness, familiarity or intimacy, whether individually or in groups, in official or unofficial dealings. However, non-fraternization does not demand*

16 Zit. n. ebd., S. 328.

17 Zit. n. ebd.

18 Zit. n. ebd., S. 329.

*rough, undignified or aggressive conduct, nor the insolent overbearance which has characterized Nazi leadership.*¹⁹

Nach Uta Gerhardts Analyse war *non-fraternization* auf der einen Seite zum Schutz vor möglichen Anschlägen auf amerikanische Truppen gedacht, die zu Beginn der Besatzungsherrschaft durchaus erwartet wurden. Auf der anderen Seite wurde sie von den amerikanischen Planern als dem bereits in JCS 623 formulierten Ziel der Neuformung Deutschlands auf demokratischer Grundlage dienlich betrachtet, da nur offen zur Schau gestellte Distanzierung den Deutschen ihren Irrweg vor Augen führen könnte.²⁰

Die Anhänge A-D, die den größten Teil von JCS 1067/1 ausmachten, waren im Einzelnen:

A) Political Directive: In ihr waren die ersten Schritte politischer Neuordnung in Deutschland geregelt. Dabei wurde aber zunächst nicht wie in JCS 623 eine große Vision für den politischen Neuanfang verkündet, sondern dieser Teil regelte die Schließung von Gerichten, die Verhaftung von Nazigrößen und die Entfernung nationalsozialistischer Deutscher aus ihren Ämtern. Speziell der letztgenannte Punkt soll in der späteren Arbeit noch von Interesse sein, da ich am Beispiel von Melsungen herausstellen werde, dass dies nicht immer auf Anhieb gelang. Auch die vorläufige Schließung aller Bildungseinrichtungen wurde in diesem Anhang verfügt.

B) Financial Directive: In diesem Anhang war die Schließung der Banken geregelt, bis sie von nationalsozialistischen Deutschen gereinigt waren. Auch Steuern auf Grund von Rassen- oder Religionszugehörigkeit waren durch sie verboten.

C) Economic Directive: Hier wurde der sofortige Stopp der Kriegsproduktion und die Unterstellung der gesamten deutschen Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft unter amerikanische Kontrolle verfügt.

D) Relief Directive: In diesem Anhang wurde festgelegt, dass die Lebensmittelversorgung der Deutschen nicht in den Verantwortungsbereich des Supreme Commander Allied Expeditionary Force (SCAEF) fiel. In Deutschland produzierte Lebensmittel sollten zunächst den Deutschen zur Verfügung stehen, wobei die Versorgung jedoch auf ein Minimum gesetzt werden sollte, um den von Deutschland verwüsteten Ländern Reparationen zu liefern.²¹

Alle hier genannten Konzepte und Verhaltensanweisungen lassen sich, wie später noch exemplarisch dargestellt werden wird, in den Anordnungen des Melsunger Kreiscommandanten wiederfinden.

JCS 1067/6

Für die Zeit nach dem 26.4.1945, zu einem Zeitpunkt, als sich bereits große Teile Deutschlands unter alliierter Kontrolle befanden, war die JCS 1067/6 maßgebend für die Ausübung der Herrschaft in der amerikanischen Besatzungszone. JCS 1067/6 unterschied sich in der Struktur, aber auch in den formulierten Zielen stark von den Vorgängerverordnungen. Die Struktur und den Inhalt dieser Direktive werde ich im

19 Zit. n. ebd., S. 358.

20 Vgl. ebd., S. 148-149.

21Vgl. ebd., S. 80-83.

Folgenden erläutern, wobei der Inhalt im Allgemeinen beschrieben wird, einige Unterpunkte, die für diese Arbeit von Interesse sind, jedoch genauer erörtert werden.

Im Vorspann der Direktive wurde zunächst herausgestellt, dass die alliierte Kontrollbehörde, bestehend aus vier Besatzungsmächten, die höchste Regierungsgewalt in Deutschland innehatte. Im Einzelnen bestand die Verordnung aus 51 Artikeln, die in die drei Kategorien General and Political, Economic und Financial gegliedert waren. In dieser Direktive war außerdem bereits eine Phaseneinteilung für die Entwicklung Deutschlands (man sprach von initial post-defeat period und Germany in the post-war world) angedacht.²² Dort heißt es dazu: *This directive (...) is not intended to be an ultimate statement of policies of this government concerning the treatment of Germany in the post-war world.*²³ In den 51 Artikeln wurden unter anderem die Entnazifizierung in allen Lebensbereichen, einschließlich der Verhaftung von Nazi-Größen und mutmaßlichen Kriegsverbrechern, die Kontrollübernahme über die deutsche Wirtschaft durch die amerikanische Militärverwaltung, der Umgang mit Displaced Persons (DP's) und die „Stunde Null“ der deutschen Institutionen (das heißt die Schließung von Schulen, Universitäten, Gerichten, Banken, etc.) geregelt. Einige der Artikel werde ich im Folgenden noch aufführen, da sie nützlich für das Verständnis des amerikanischen Besatzungskonzeptes sind oder ihre Umsetzung im weiteren Verlauf der Arbeit am Fallbeispiel Melsungen deutlich wird.

In Artikel 4 wurden die Basic Objectives of Military Government in Germany dargestellt, an denen sehr gut der punitive Charakter sichtbar wird, der die amerikanische Politik gegenüber Deutschland bis 1947 bestimmte.²⁴ Als Basic Objectives wurden im Einzelnen genannt: Die Deutschen müssen ihre Verantwortung für die Verheerungen des Krieges erkennen. – Die Deutschen sollen als besiegte Nation behandelt werden. Darin mit eingeschlossen war das Konzept der non-fraternization. – Nationalismus und Militarismus in Deutschland müssen ausgeschaltet werden. Des Weiteren wird auch die Vorbereitung neuen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage genannt. – Opfer des Nationalsozialismus sollen befreit, Länder, die von Deutschland zerstört worden waren, entschädigt werden.²⁵

Weiterhin von Interesse ist Artikel 9, der jedwede politische Betätigung im Nachkriegsdeutschland bis auf Weiteres verbot. Dieser Artikel hatte vor allem in den Großstädten starke Auswirkungen, in denen Widerstandszirkel überlebt hatten und sehr bald politische Verantwortung für ein Nachkriegsdeutschland übernehmen wollten.²⁶ Jedoch auch in kleinen Kreisstädten wie Melsungen sind die Auswirkungen dieses Artikels nachweisbar. In Artikel 10 wird die Kontrolle der öffentlichen Information (d.h. des Presse- und Rundfunkwesens) angesprochen.

22 Vgl. ebd., S. 84.

23 Zit. n. ebd., S. 331.

24 Hermann-Josef RUIEPER: Die Wurzeln der Westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Opladen, 1993, S. 10.

25 Vgl. GERHARDT (wie Anm. 1), S. 85.

26 Vgl. Axel ULRICH: „Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden. Von den antifaschistischen Bürgerausschüssen und den Anfängen der politischen Reorganisation“, in: Hessen 1945 (wie Anm. 10), S. 29-57.

Artikel 13 regelte die Freilassung während des Nationalsozialismus internierter Personen, wozu wohl auch die Zwangsarbeiter zählten, da diese wie Kriegsgefangene und Vertriebene als Displaced Persons galten und in keinem der anderen Artikel erwähnt wurden. Die Rückführung und Versorgung der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen (in den Anfragen an den amerikanischen Ortskommandeur oft einfach nur Ausländer genannt) stellte auch für Melsungen, wie für viele kleinere Gemeinden, ein riesiges Problem dar.²⁷

Artikel 14 regelte die Schließung aller deutscher Bildungsinstitutionen, die aber im Gegensatz zu der in Artikel 9 besprochenen politischen Aktivität ihre Arbeit innerhalb von Interimsprogrammen wieder aufnehmen durften, wenn die Entnazifizierung abgeschlossen war. Zur Entnazifizierung gehörte in diesem Bereich auch die des verwendeten Unterrichtsmaterials. Die Wiederaufnahme des Unterrichtes durfte jedoch nur auf strikte Order der Militärverwaltung geschehen.²⁸

2.4 Das Konzept der re-education

Um den Demokratisierungsprozess in Deutschland verstehen zu können, ist eine Erläuterung des Konzeptes der *re-education* notwendig. Die Grundlagen dieses Begriffs, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg für Deutschland gebraucht wird, entstammen zwei unterschiedlichen Bedeutungsfeldern.

Wie Karl-Ernst BUNGENSTAB sehr anschaulich verdeutlicht, stammt das erste der zwei Bedeutungsfelder aus dem Bereich des Bildungs- und Erziehungswesens, in dem der Begriff als *education again or anew* definiert wird, das zweite Bedeutungsfeld stammt interessanterweise aus der Psychologie und Psychiatrie, wo *re-education* als Fachterminus für *training of a disabled, neurotic or mentally disordered person with the objective of restoring to him some measure of competence* verwendet wurde.²⁹

So wurde der Nationalsozialismus in der amerikanischen Öffentlichkeit mit einer psychischen Krankheit verglichen. Deswegen brauchte Deutschland „Behandlung“ in Form der *re-education*, um in die Völkergemeinschaft zurückkehren zu können.³⁰ Diese Überlegungen können als Grundlage der *re-education*-Politik in der amerikanischen Besatzungszone gesehen werden, deren Ziele in Demokratisierung und Entnazifizierung bestanden. Darin mit eingeschlossen (wie unter anderem auch aus der in den vorigen Kapiteln besprochenen Direktiven der *Joint Chiefs of Staff*, besonders in JCS 623, ersichtlich) war die Einbeziehung der Deutschen in die Neuordnung des Staatswesens³¹, jedoch stets unter Aufsicht der übergeordneten Militärverwaltung.

Die amerikanische *re-education*-Politik ist für den Bildungsbereich am besten untersucht, der von Kropat auch als Kernstück der *re-education* bezeichnet wird.³² *Re-education* bezog sich aber im Ansatz, wie oben beschrieben, zunächst nicht auf den

27 Vgl. unten Kapitel 3.3.

28 Vgl. GERHARDT (wie Anm. 1), S. 86-87.

29 Vgl. Karl-Ernst BUNGENSTAB: *Umerziehung zur Demokratie? Re-education Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945-1949*, Düsseldorf, 1970, S. 21.

30 Vgl. ebd., S. 22.

31 Vgl. ebd., S. 21.

32 Vgl. KROPAT (wie Anm. 9), S. 17.

Bildungsbereich an sich, sondern Reformen des Bildungsbereichs wurden als Mittel zur *re-education* angesehen. So fielen auch die Neuordnung des politischen Lebens und die Neuordnung des gesamten Medienbereichs in das Feld des Konzepts *re-education*. Großen Wert wurde dabei auf (demokratische) Parteienvielfalt³³ gelegt. Zunächst wurden überhaupt nur die Zeitungen lizenziert, die ein Herausgeberkollegium aufzuweisen hatten, dem Persönlichkeiten unterschiedlicher demokratischer Parteien angehört hatten.³⁴ Als Beispiel sei hier als erste „Lizenzzeitung“ die „Frankfurter Rundschau“ genannt, die erstmalig im August 1945 erschien. Durch diese (zunächst) überparteilichen Zeitungen wurde die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ermöglicht³⁵ und eine Basis für (erst ab dem 27.8.1945 erlaubte)³⁶ politische Diskussion geschaffen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass *re-education* als Oberbegriff für die Umwandlung (oder Rückverwandlung, wenn man die Weimarer Republik mit all ihren Schwächen als Grundstein der deutschen Demokratie betrachtet) Deutschlands zu einer demokratischen Gesellschaft betrachtet wurde, der, wie in diesem Kapitel auf Grund des lokalhistorischen Schwerpunkts der Arbeit nur ansatzweise beschrieben, viele unterschiedliche Aspekte umfasste. Auf die öffentliche Diskussion, die eine geplante „Umerziehung“ in Deutschland auslöste, kann hier nicht eingegangen werden. Stattdessen wird die Arbeit in ihrem weiteren Verlauf die Schritte zur *re-education* (mit einem Schwerpunkt auf den Parteien und dem politischen Leben), die in Melsungen unternommen wurden, aufzeigen und analysieren.

2.5 Umsetzungen der Richtlinien vor Ort

Die hier aufgeführten Direktiven, Grundlagen und Konzepte amerikanischer Nachkriegspolitik können natürlich nur als theoretischer Unterbau betrachtet werden, auf dem die Handlungen der Kreiskommandantur für Melsungen besser verständlich werden. Die in diesem Kapitel erläuterten Konzepte entstanden bereits während des Krieges, d.h. in unzureichender Kenntnis der in Deutschland tatsächlich herrschenden Verhältnisse. Auch wenn vor allem die JCS 1067/6, wie sie zur Zeit der deutschen Kapitulation gültig war, selbst von dem zu dieser Zeit stellvertretenden Militärgouverneur Deutschlands, Lucius D. Clay, als den realen Verhältnissen in Deutschland unangebracht kritisiert wurde, hat die amerikanische Militärregierung die Direktive JCS 1067/6 mit bemerkenswerter Genauigkeit erfüllt, wenn man von den Einschränkungen durch die Verwirrung in den ersten Besatzungstagen und unzureichender Kenntnis der Sachlage einmal absieht.³⁷ Solche Unregelmäßigkeiten sind auch im Detachment des Kreises Melsungen vorgekommen und werden im Weiteren an der Problematik der Personalkontinuität in den Verwaltungsinstitutionen erläutert.

33 Hierbei kann sich Parteienvielfalt zu diesem Zeitpunkt natürlich nur auf die frühere Zugehörigkeit zu demokratischen Parteien der Weimarer Republik beziehen, da politische Betätigung nach JCS 1067/6 zu diesem Zeitpunkt noch verboten war.

34 Vgl. KROPAT (wie Anm. 9), S. 17.

35 Vgl. ebd.

36 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 68.

37 Vgl. John GIMBEL: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt/M., 1971, S. 16 f.

3. Die „Stunde Null“ in Melsungen

An den Anfang der Beschreibung der amerikanischen Besatzungsherrschaft in der kleinen Kreisstadt Melsungen möchte ich die „Stunde Null“ in Melsungen, d.h. den Einmarsch der amerikanischen Truppen am 1. April 1945, und damit den endgültigen Zusammenbruch der Naziherrschaft vor Ort setzen. Dies ist sinnvoll, da mit diesem Ereignis sowohl die amerikanische Besatzungsherrschaft als auch der demokratische Neubeginn ihren Anfang hatten. Demokratischer Neubeginn ist hierbei natürlich noch nicht als die Gründung von Parteien etc. zu verstehen, sondern einfach als die Freiheit, dass sich Melsunger, die bereits während des dritten Reichs in Opposition zu den Nazis gestanden hatten, nun gefahrlos zu ihrer Überzeugung bekennen und, wenn auch noch nicht in Parteien organisiert, doch recht bald an der Verwaltung und der Reorganisation der Stadt teilnehmen konnten.³⁸

Der Einmarsch der Amerikaner ist, schon allein bedingt durch einen gewissen „Sensationswert“ dieses Themas, das regionalgeschichtlich am ausführlichsten behandelte Kapitel der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ein erster Aufsatz zu diesem Thema erschien bereits 1950 im Kreishandbuch unter dem Titel „10 Jahre Weltgeschichte“ und gerade in jüngster Zeit wird dieses Thema oft in regionalgeschichtlichen Veröffentlichungen³⁹ behandelt, meist in Form von unterhaltsamen Zeitzeugenberichten.

Da von amerikanischer Seite keinerlei Quellen zum Einmarsch in Melsungen vorliegen, muss sich dieses Kapitel auf die kritische Auswertung der deutschen Quellen stützen. Besonders erwähnenswert ist hierbei der im Jahr 1974 für den privaten Gebrauch verfasste, autobiographische Bericht des Oberstabsarztes Dr. Soostmann, der als mit der Betreuung des Feldlazarett in Melsungen beauftragte Arzt der ranghöchste Wehrmachtsoffizier vor Ort war und als 1926 zugezogener Melsunger natürlich die Zerstörung der Stadt verhindern wollte. Die sicherlich sehr drückende Verantwortung, die er in den letzten Märztagen des Jahres 1945 empfunden haben muss, wohl forciert durch nationalsozialistische Schreckenspropaganda, lässt sich noch fast 30 Jahre später bei der Niederschrift aus seinen Worten heraushören:

„Wie sollte ich den anrückenden Amerikanern klar machen, dass Melsungen sich bedingungslos übergeben würde? Es musste unter allen Umständen vermieden werden, dass Blutvergießen und Brand in der Stadt aufkamen. Der Bürgermeister und alle Parteigrößen hatten sich in Richtung Kirchhof abgesetzt. Ich allein hatte die Verantwortung. Schon war gemeldet worden, dass der Feind in den Wäldern westlich der Stadt eingerückt war und jeden Augenblick etwas gegen die Stadt unternehmen könnte. Es musste gehandelt werden; der Feind musste darüber verständigt werden, dass er keinen Widerstand in der Stadt finden würde, dass Hunderte von Verwundeten in der Stadt seien und viele Ausgebombte, meist Frauen und Kinder.“⁴⁰

38 Vgl. Jürgen SCHMIDT: Melsungen. Die Geschichte einer Stadt, Melsungen, 1978, S. 264 f.

39 Vgl. Björn SCHÖNEWALD: „Der Tag an dem die Amerikaner kamen. Erinnerungen von Albert Keppler und Karl Mihm“, in: Kreisjahrbuch des Altkreises Melsungen 2006, Melsungen, 2006. u. Jonas KLAGES: Zwischen Hakenkreuz und Dorfleben, Spangenberg, 2005.

40 Autobiographische Aufzeichnungen Soostmann, 1974, Privatarchiv Dr. Ehrhardt Appell.

Auch wenn die Quelle autobiographisch ist und in anderen Passagen, vor allem was Dr. Soostmanns Gefolgschaft der NSDAP gegenüber angeht, Rechtfertigungscharakter hat, wirkt die Sorge, die in diesen Zeilen mitschwingt, durchaus glaubhaft, zumal es sich bei Melsungen um Dr. Soostmanns Heimatstadt handelte. Die Ungewissheit dem Kommenden gegenüber, die aus diesem Bericht leicht herauszuhören ist, war wohl charakteristisch für die Haltung der Deutschen in vielen Städten dem Einmarsch der Amerikaner gegenüber. Auch die Versuche, wenn nicht demokratisch, dann doch wenigstens pragmatisch denkender Deutscher, ihre Heimatstädte sowohl vor der Zerstörung durch abrückende Wehrmachtseinheiten als auch durch die einrückenden Amerikaner zu schützen, sind auch aus anderen hessischen Städten überliefert.⁴¹ In Melsungen waren die Bemühungen einer Gruppe von Bürgern, die Wehrmachtstruppen von der Zerstörung der für Melsungen (da beidseitig der Fulda gelegen) unersetzlichen Brücken abzuhalten, gescheitert: „Um 16 Uhr [1.4.1945] jagt ein Sprengkommando trotz eindringlicher Bitten aus Bevölkerung und Verwaltung und trotz aller Hinweise auf das Sinnlose dieses zerstörerischen Werkes beide Brücken – zwei Bögen aus der historischen Steinbrücke, den Mittelteil der Drahtbrücke – in die Luft. Die Pionierbrücke war schon am Karfreitag unbrauchbar gemacht worden. Beide Teile Melsungens sind nun voneinander getrennt.“⁴²

Bereits einige Stunden zuvor waren die Amerikaner zum ersten Mal mit einigen Panzern an dem Berghang westlich der Stadt erschienen. Die Einheit war jedoch, nachdem sie mit einer Panzerfaust beschossen worden war, wieder umgekehrt. Bei ihrem Rückzug hatten die Panzer jedoch einige Granaten auf Melsungen abgefeuert, wodurch mehrere Brandherde in der Stadt entstanden. Wie sich später herausstellte, war die Panzerfaust von einem 17-jährigen Hitlerjungen abgefeuert worden. Dies war jedoch für die amerikanischen Truppen natürlich nicht ohne weiteres ersichtlich, so dass sie wohl noch deutsche Truppen in der Stadt vermuteten und sich deshalb zurückzogen.

Laut der schriftlichen Berichte über das nun Folgende befand sich die Melsunger Stadtbevölkerung am Mittag des ersten April in heller Aufregung. Es kam das Gerücht auf, eine der amerikanischen Panzerbesatzungen hätte verlauten lassen, dass die Stadt, wenn sie bis 17 Uhr nicht übergeben wäre, zerschossen und zur Übergabe gezwungen würde.⁴³

Eine immer aufgebrachter werdende Menschenmenge, hauptsächlich aus Frauen bestehend, suchte nun den amtierenden Bürgermeister Dr. Schmidt auf, der es aber ablehnte, in dieser Sache irgendwelche Entscheidungen zu treffen und sich, nachdem die Menge weiter gezogen war, vorsichtshalber in Richtung des Dorfes Kirchhof (östlich von Melsungen) absetzte. Die Menge wandte sich nun an Dr. Soostmann, der sich entschloss, die Verantwortung für Übergabeverhandlungen mit den Amerikanern zu übernehmen. Dies tat er jedoch erst, nachdem der letzte Wehrmachtsleutnant, der mit der Sprengung der Brücken betraut war, die Stadt verlassen hatte. Dr. Soostmann schickte den Amerikanern nun seinen privaten OPEL P4 entgegen, besetzt mit dem

41 Vgl. ULRICH (wie Anm. 26), S. 33-35.

42 Julius MÜLLER: 10 Jahre Weltgeschichte, in: Kreishandbuch 1950, Melsungen, 1950.

43 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 262.

Kaufmann Hermann Schaefer⁴⁴, der sich als Dolmetscher zur Verfügung gestellt hatte, und seinem Assistenzarzt Dr. Noll. Die Unterhändler kamen jedoch nicht weit, statt dessen wurden sie bereits wenige Kilometer von Melsungen entfernt von amerikanischen Soldaten festgesetzt, intensiv verhört und erst am nächsten Tag wieder freigelassen.⁴⁵

Zwischenzeitlich hatten die Amerikaner noch am Abend des Ostersonntages Melsungen besetzt, wobei im Großen und Ganzen keine weiteren Schäden an der baulichen Substanz der Stadt entstanden. Nur die Firma B. Braun⁴⁶ geriet durch amerikanischen Beschuss in Brand. Dort hatten sich einige SS-Männer verschanzt und dem Einmarsch der Amerikaner Gegenwehr geleistet. Sonst regte sich aber im Stadtgebiet selbst kein Widerstand mehr gegen die amerikanischen G.I.'s. Eilig wurden weiße Fahnen aus allen Fenstern gehängt. Wohl unter anderem dadurch bedingt, dass der Einmarsch während der Abenddämmerung geschah, kam es zu einigen bedauerlichen Zwischenfällen, bei denen mehrere Bürger erschossen wurden.

Am nächsten Morgen, dem Ostersonntag, war Ruhe in der Stadt eingekehrt. Das erste amerikanische Truppenkontingent war in der Stadtschule einquartiert. Als erster Befehl des Stadtkommandanten⁴⁷ erging durch Ausschellen in der ganzen Stadt: „Waffen sind bis halb 11 Uhr abzugeben. Wer dann noch im Besitz von Waffen getroffen wird, wird erschossen. Für jeden von der Bevölkerung erschossenen Soldaten werden zehn Melsunger Bürger erschossen.“⁴⁸

Der Wortlaut dieser Bekanntmachung, der nur bei Julius Müller überliefert ist, klingt doch sehr drastisch. Auch wenn Kollektivstrafen in der amerikanischen Besatzungspolitik durchaus vorgesehen waren⁴⁹, erinnert die angedrohte Erschießung von Zivilisten doch eher an den Umgang von Wehrmachtseinheiten mit Partisanen, als dem Bild der Amerikaner, das von Zeitzeugen⁵⁰ geschildert wird. Ein Befehl dieser Art wäre auch weder durch die Genfer Konvention, noch durch irgendeinen alliierten Befehl gedeckt gewesen. Der psychische Zustand der Bevölkerung in den letzten Tagen vor dem Einmarsch der alliierten Truppen lässt sich wohl gut mit den einfachen Worten eines damals Zehnjährigen, des Zeitzeugen Karl Mihm, zusammenfassen, der das Kriegsende in Melsungen als Augenzeuge miterlebte: „Es war alles sehr ungewiss, man wusste ja nicht, was auf einen zukam.“⁵¹ Dabei war Melsungen, das nicht ein einziges

44 Hermann Schaefer war später Mitglied des ersten Stadtrates und wird in dieser Funktion auch in den Daily Reports des Kreiskommandanten erwähnt.

45 Vgl. ebd., S. 262.

46 B. Braun Melsungen war bereits damals ein wichtiger Betrieb für die Melsunger Wirtschaft, heute ist die Firma eines der führenden Unternehmen für Krankenhausbedarf in Europa.

47 Ob es sich hierbei bereits um Captain Theodore T. Turnbull, den Kommandanten des lokalen Detachments für Melsungen, handelt, ist bedauerlicherweise auf Grund der Quellenlage nicht mehr zu ermitteln, als Beginn der Verwaltung durch das Detachment I2C2 (H-70) wird in einem Verwaltungsbericht jedoch der 2. April, also Ostermontag genannt. Auch die von mir befragten Zeitzeugen konnten zu dem Sachverhalt keine nähere Auskunft geben.

48 MÜLLER (wie Anm. 42).

49 GERHARDT (wie Anm. 1), S. 155-156.

50 Zeitzeugeninterview Alfred Meier, Melsungen, 20.5.2006.

51 SCHÖNEWALD (wie Anm. 39).

Mal ernstlich bombardiert wurde, verglichen mit Hessens größeren Städten, sowohl von den zivilen Verlusten her als auch die bauliche Substanz betreffend, sehr gut durch den Krieg gekommen, verglichen beispielsweise mit Hanau, wo ungefähr 87 Prozent oder mit Darmstadt, wo ungefähr 78 Prozent der bebauten Fläche in Trümmern lagen.⁵²

3.1 Das lokale Detachment I2C2 (H-70) nimmt seine Tätigkeit auf

Ob der zuvor genannte Befehl bereits auf den für Melsungen bestimmten Ortskommandanten Captain Theodore T. Turnbull zurückgeht, lässt sich nicht klären, da der offizielle Arbeitsbeginn seines *Detachments* erst auf einen Tag später datiert ist. Deswegen ist es wahrscheinlich, dass Captain Turnbull mit dem für Melsungen bestimmten *Detachment* I2C2 erst im Laufe des Ostermontags (2.4.1945) eintraf.⁵³ In den Personal Files der OMGUS-Akten für Melsungen, das in den Verwaltungsbereich des Kasseler *Regional Detachment* E1C2 fiel, ließ sich leider nichts zu Captain Turnbolls Stellung im zivilen Leben herausfinden. Vor allem für höherrangige Angehörige der Besatzungstruppen finden sich dort interessante Informationen über die Vorgeschichte der Offiziere. Oft lassen sich dadurch biographische Rückschlüsse ziehen. So wird ein früherer Rechtsanwalt auch als Soldat unter Umständen andere Schwerpunkte in seiner Arbeit als Militärkommandant gelegt haben, als zum Beispiel jemand, der vor seiner Militärkarriere Manager oder Lehrer war.

Die Analyse der ersten zwei Monate der Besatzungsherrschaft muss sich fast ausschließlich auf die im Privatarchiv Klobes erhaltenen maschinenschriftlichen Protokolle des von der alliierten Militärverwaltung angestellten Übersetzers Dr. Janssen und bereits erschienene regionalgeschichtliche Werke stützen, da aus den oftmals chaotischen ersten Besatzungstagen (bzw. -monaten) keinerlei schriftliche Quellen von amerikanischer Seite vorliegen. Wegen des miserablen Zustands der Landratsakten ist die Sicherstellung der Übersetzungsprotokolle durch Herrn Klobes als seltener Glücksfall zu betrachten, ohne den dieses regionalgeschichtliche Kapitel wohl im Dunkeln geblieben wäre.

Als nur mit einem *I-Detachment* bestückt, der kleinsten Größenordnung für amerikanische Militärkommandanturen zugehörig, hatte man dem nordhessischen Kreisstädtchen in der alliierten Besatzungsplanung wohl keinen allzu großen Wert beigemessen. Dies kann auch als Grund dafür angenommen werden, dass es für Melsungen nach allen vorliegenden Quellen keine „weiße Liste“ mit vertrauenswürdigen Anti-Nazis gab, die für Stellen in der Nachkriegsverwaltung vorgesehen waren. Die Stellenbesetzung im öffentlichen Leben war unter anderem aus diesem Grund, vor allem in den ersten Monaten, von einer großen Kontinuität geprägt. In Melsungen hatten nach Auswertung aller vorhandenen Informationen keine Widerstandszirkel oder Ähnliches bestanden, die, wie für andere Städte überliefert, die Gunst der Stunde nutzten und sich, wenn auch noch nicht offiziell durch die Militärregierung abgesegnet, als antifaschistische Ausschüsse politisch betätigten.⁵⁴

52 MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 20-21.

53 Vgl. „Status Report I2C2. Melsungen.“, 2.7.1945.

54 Vgl. ULRICH (wie Anm. 26), S. 29.

Aufbau und Struktur von I2C2 (H-70)

Captain Turnbull und sein Stab hatten sich nach ihrer Ankunft recht feudal im Stadtschloss niedergelassen. Über die Personalstärke des *Detachments* bei Übernahme der Kreis-kommandantur in Melsungen lässt sich nichts Eindeutiges sagen, da die amerikanischen Quellen aus dieser Zeit fehlen und die deutschen Quellen sich darüber ausschweigen. Spätere Wochenberichte geben z. B. für den 7.10.1945 eine Personalstärke von vier Offizieren und vier Mannschaftsdienstgraden an.⁵⁵ Anfang Dezember hingegen wird im Wochenbericht eine Stärke von sieben Offizieren und drei Mannschaftsdienstgraden angegeben.⁵⁶ Diese Fluktuationen in der Mannschaftsstärke des *Detachments* waren durchaus nichts Ungewöhnliches in dieser Zeit.⁵⁷ Vorgesehen war für *H-* und *I-Detachments* (für die von der personellen Stärke her kein Unterschied gemacht wurde) eine Größe von vier bis sechs Offizieren und zehn Soldaten.⁵⁸ Die Anzahl der Offiziere betreffend war das lokale *Detachment* von Melsungen also durchaus charakteristisch, nur die Zielzahl der Mannschaftsdienstgrade wurde in keiner mir bekannten Auflistung des Personals von I2C2 erreicht. Auch die Spezialisierung der einzelnen Offiziere war in einem solch kleinen Kommando weit weniger ausgeprägt als z.B. in den *Regional Detachments*. So waren in einer statistischen Erhebung des SHAEF (die früheste vorliegende amerikanische Quelle für Melsungen, von dem weiter unter aufgeführten *Amtsblatt für die Kreise Melsungen und Rotenburg* einmal abgesehen), die Ende Mai 1945 erstellt wurde, nur zwei Offiziere als Spezialisten aufgeführt. Diese waren ein *Assistant Public Safety Officer* und ein *Finance and Property Control Officer*. Da in den *Weekly MGSUM Reports* für Melsungen jedoch sieben unterschiedliche Fachbereiche aufgeführt wurden, traf die in der Fachliteratur gemachte Feststellung, dass in kleinen *Detachments* Offiziere oft multiple Aufgaben zu erfüllen hatten⁵⁹, mit Sicherheit auch auf Melsungen zu. Mit hoher Wahrscheinlichkeit lässt sich vermuten, dass es sich bei dem *Assistant Public Safety Officer* um Lt. Jacobs gehandelt haben muss, der zwar in keiner Quelle mit Titel genannt wird (die oben erwähnte Auflistung gibt keine Namen zu den Funktionsstellen an), aber in den *Daily Journals* der Monate Juli bis August im Zusammenhang mit Aufgaben genannt wird, die in diesen Fachbereich (Gerichtsfragen, Verhaftungen etc.) fallen.⁶⁰ Die gleichen Schlussfolgerungen lassen sich für Lt. Schoonover als *Finance and Property Control Officer* treffen.⁶¹ Da in Wochen- und Tagesberichten Änderungen in dieser „Stammbesatzung“ sicherlich Erwähnung gefunden hätten, ist davon auszugehen, dass diese Offizierskonstellation bis zur Zusammenlegung mit dem Kasseler *Detachment* erhalten blieb.

Am 15. August 1945 wurde die Namensgebung für alle amerikanischen *Detachments* auf deutschem Boden geändert⁶², so wurde aus dem ursprünglichen I2C2 bezeichneten

55 Vgl. Weekly MGSUM Report. Melsungen, 7.10.1945, StA MR, OMGUS-Historical Folders H-70, 5/9-1/13.

56 Vgl. Weekly MGSUM Report. Melsungen, 1.12.1945.

57 Vgl. EMIG /FREI (wie Anm. 5), S. 340.

58 Vgl. ebd.

59 Vgl. ebd.

60 Vgl. Daily Journal. Melsungen, 4.8.1945. StA MR, OMGUS-Historical Folders H-70, 5/9-1/13.

61 Vgl. Daily Journal. Melsungen, 10.8.1945.

62 Vgl. EMIG /FREI (wie Anm. 5), S. 340.

Melsunger *Detachment* das *Detachment* H-70, wobei der erste Buchstabe die Größe des *Detachments* (Melsungen war also „aufgewertet“ worden, was aber nicht weiter verwundert, da die I-*Detachments* komplett wegfielen) und die Zahl die laufende Nummerierung angab. Neben dem *Local Detachment* waren vor allem während der Anfangszeit der amerikanischen Besatzung natürlich weitere amerikanische Truppen stationiert. Die oft sehr willkürliche Requirierung von Wohnraum und die damit verbundenen Plünderungen des Inventars waren natürlich für die Melsunger nicht gerade eine Freude. Allerdings wird auch von gegenteiligen Erfahrungen berichtet. So fand eine Familie, nachdem sie in ihr Haus, durch das zahlreiche amerikanische Siegesfeiern gegangen waren, zurückkehren konnte, nicht weniger als 17 Radios vor, damals ein Reichtum.⁶³

Das Ende für das *Local Detachment* kam Anfang Dezember 1945, wobei sich das genaue Datum nicht mehr rekonstruieren lässt. Der letzte Bericht von H-70, noch von Major Turnbull unterzeichnet, datiert auf den 1.12., jedoch wird erst im *Weekly MGSUM Report* des Kasseler *Detachments* unter dem Kommando von Lt. Col. Richard Bard vom 16.12. mitgeteilt: *The Mil Govt in LK Melsungen, with the exception of the denazification of private industry and new applicants for public office, has been reduced to a supervising agency exclusively.*⁶⁴ Ob es sich hierbei um ein sogenanntes *Liaison & Security Detachment* gehandelt hat ist nicht nachprüfbar. Die *Liaison & Security Detachment* wurden in Kreisen eingerichtet, die durch Zusammenlegung mit anderen *Detachments* kein eigenes mehr besaßen, dies jedoch laut EMIG und FREI jedoch erst ab Anfang 1946⁶⁵, während das Melsunger *Detachment* bereits im Dezember 1945 aufgelöst wurde.

3.2 Kontinuität und Bewältigung der Vergangenheit

Wie bereits erwähnt, war gerade die erste Besatzungsphase in Melsungen von einer erstaunlichen Kontinuität in den Verwaltungsorganen der Stadt geprägt.

Im Privatarchiv Klobes ist ein Exemplar des alliierten Flugblattes *Amtsblatt der Militärregierung Deutschland für die Kreise Melsungen und Rotenburg* erhalten, das auf den 2. April, also den Tag unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner, datiert ist. Demzufolge muss es bereits vor dem Einrücken der Truppen gedruckt und dem *Detachment* unter Captain Turnbull mitgegeben worden sein. In dem Amtsblatt wird die Proklamation Nr. 1 von Dwight D. Eisenhower verkündet. Diese Proklamation wurde in jedem deutschen Gebiet veröffentlicht, das unter amerikanische Besatzungsherrschaft fiel.⁶⁶ In ihr werden vier Punkte genannt: – Ziel der Besetzung ist die Befreiung Deutschlands vom Militarismus und Nationalsozialismus. Alle NS-Organisationen werden aufgelöst. – Alle judikative, exekutive und legislative Gewalt in dem amerikanischen Besatzungsgebiet geht auf die amerikanische Militärregierung über. – Gerichte und Schulen werden geschlossen, die Wiedereröffnung wird in Aus-

63 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 264.

64 “Weekly MGSUM Report. Kassel.”, 16.12. 1945, StA MR, OMGUS-Historical Folders F-14, 5/8-2/2.

65 Vgl. EMIG/FREI (wie Anm. 5), S. 396.

66 Vgl. GERHARDT (wie Anm. 1), S. 71.

sicht gestellt, sobald die Zustände es zulassen. – Alle Beamten und Angestellte gemeinwirtschaftlicher Betriebe sind verpflichtet, auf ihrem Posten zu verbleiben und alle Befehle der Militärverwaltung auszuführen.⁶⁷

Diese bereits in den JCS-Direktiven und G-5- bzw. G-3-Handbüchern enthaltenen Grundsätze sind auch in Melsungen eingehalten worden. Jedoch ist die Kontinuität in der Amtsausübung von durch Nazivergangenheit belasteten Personen überraschend. Lässt sich bei den Amerikanern noch mangelnde Vorkenntnis vermuten, ist es umso überraschender, dass der von den Amerikanern eingesetzte provisorische Stadtrat keine Einwände gegen eine Weiterbeschäftigung des während der gesamten Nazizeit amtierende Bürgermeisters Dr. Schmidt gehabt hätte.⁶⁸

So kann sich gegen Dr. Schmidt, der sich bei den Übergabeverhandlungen für Melsungen noch in zumindest zweifelhafter Weise aus der Affäre gezogen hatte, kein nennenswerter Widerstand in der Bevölkerung geregt haben, da im ersten, zumindest in der deutschen Übersetzung überlieferten Befehl des Stadtkommandanten vom 3. April 1945, Dr. Schmidt nicht nur im Amt des Bürgermeisters belassen, sondern noch zusätzlich mit den Geschäften des Landrates betraut wurde.⁶⁹ Sein Vorgänger im Landratsamt, Karl Bötcher, ein engagierter Nationalsozialist⁷⁰, gehörte wohl zu denjenigen Melsunger Parteigrößen, die sich vor dem Einmarsch der Amerikaner abgesetzt hatten.

Im ersten Tagesbefehl wird eine Entnazifizierung mit keinem Wort erwähnt, sondern es geht ausschließlich um die Wiederherstellung der Verwaltung des Landkreises. Dieser Sachverhalt kann natürlich auch darin begründet liegen, dass aus diesem Zeitraum nur die Anweisungen an den deutschen Landrat überliefert sind und die Entnazifizierung zu dieser Zeit offiziell noch allein in den Händen der Besatzer lag und deshalb in den Landratsanweisungen keine Erwähnung fand. Allerdings ist in deutschen Quellen von einem amerikanischen *Counter Intelligence Corps* (CIC, Militäргеheimdienst) Offizier mit Namen Treidel die Rede, der im „Hotel Prinzen“, einer Melsunger Pension am Marktplatz, residierte und Erkundigungen über aktive Nazis anstellte.⁷¹ Über Treidel sind in den OMGUS-Akten keine Informationen erhalten, jedoch ist ein *Intelligence Annex to Weekly Detachment Report* vom 24.11.1945 erhalten, der unter Umständen auf diesen Offizier zurückgehen könnte. Auch in einigen *Daily Journals*⁷² wird von CIC-Aktivitäten im Landkreis Melsungen berichtet.

Obwohl vor der Verhaftung von Nazi-Aktivistinnen, die nicht auf den „Schwarzen Listen“ der Militärregierung verzeichnet waren, Erkundigungen vor Ort angestellt werden mussten, erklärt dies nicht, warum Dr. Schmidt mehr als zwei Monate nach dem Einmarsch der Amerikaner im Amt verbleiben konnte. Die Amtszeit Dr. Schmidts ist von dem Versuch geprägt, den normalen Verwaltungsbetrieb wieder aufzubauen und die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern sicherzustellen. Den

67 Amtsblatt der Militärregierung für die Kreise Melsungen und Rotenburg, 2.4.1945, Privatarchiv Alfred Klobes.

68 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 265.

69 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 3.4.1945, Privatarchiv Alfred Klobes.

70 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 232.

71 Vgl. ebd., S. 264.

72 Vgl. „Daily Journal. Melsungen.“, 3.7.1945.

Grundlagen der *Proclamation No. 1* und den oben erläuterten Direktiven und Handbüchern entsprechend waren alle Schulen, Amtsgerichte und anderen Institutionen zunächst geschlossen worden. Mit der Wiederherstellung der Organisation der städtischen und landrätlichen Verwaltung wird Dr. Schmidt jedoch bereits im ersten schriftlich erhaltenen Befehl des Stadtkommandanten betraut. Nur einen Tag später erhielt der Stadtkommandant bereits Rückmeldung von Dr. Schmidt, dass sowohl die Reorganisation der Kreisverwaltung als auch der Stadtverwaltung veranlasst seien.⁷³ So wurde zwar die Vorschrift, lokale Verwaltungen schnellstmöglich wieder in Funktion zu setzen, erfüllt, die Vorschrift, nur Personen mit nicht-nationalsozialistischer Vergangenheit einzusetzen⁷⁴, aber zumindest vernachlässigt.

Der erste Schritt zu echter politischer Erneuerung war die Einberufung aller Bürgermeister des Kreises Melsungen für den 10.4.1945. Dort sollte laut Anordnung von Captain Turnbull eine Liste erstellt werden, aus der die Namen der Bürgermeister, ihrer Stellvertreter und ihre bisherige Amtsdauer ersichtlich werden sollten.⁷⁵ Dies ist als ein Anfang von eingehenderen Untersuchungen bezüglich der Vergangenheit der einzelnen Bürgermeister und ihrer Stellvertreter zu werten, da bereits im Tagesbefehl für den 14. April die Bürgermeister der Gemeinden Ostheim, Neuenbrunslar, Schwarzenberg, Wichte, Neumorschen, Helmshausen und Hesslar ihres Amtes enthoben wurden.⁷⁶ Bei 64 Gemeinden, die in der SHAEF-Umfrage vom 31.5.1945 als zum Landkreis Melsungen gehörig angegeben werden, bedeuten sieben Amtsenthebungen, dass letztendlich in einer ersten Säuberung der Ämter nur knapp mehr als zehn Prozent der Bürgermeister des Landkreises ersetzt wurden. Dies führte anscheinend dazu, dass sich einige engagierte Antifaschisten des Kreises zusammensetzten, denen die bisherige Form der „Altlastenentsorgung“ eindeutig nicht weit genug ging. Durch die Aktivitäten dieser Gruppe, die nicht näher benannt wird, bei der es sich aber wahrscheinlich um Mitglieder des provisorischen Gemeinderates, der im nächsten Kapitel näher beschrieben wird, gehandelt hat, fühlte sich Captain Turnbull am 19.4. wohl zu folgender Anweisung an den Landrat genötigt: „IV: Der Kommandant stellt eine schriftliche Mitteilung in Aussicht, die die Ernennung von Bürgermeistern und Beamten regelt, und führt dazu aus, dass der Kreiskommandant es nicht erlaube, dass sich einige Leute zusammensetzen um darüber zu bestimmen, welcher Bürgermeister aus dem Amt zu entfernen sei. Derartige Beschlüsse oder Forderungen seien nicht durchzuführen. Das Verfahren sei in dem in Aussicht gestellten Briefe im Näheren geregelt. Der Kreiskommandant ist weiter bereit, auf Wunsch der deutschen Verwaltung auch an den Sitzungen der gemeindlichen Berater beizuwohnen und die Verwaltungsarbeit hierdurch zu fördern.“⁷⁷

Durch dieses Engagement von deutscher Seite unter Druck gesetzt, erkundigte sich Captain Turnbull bereits am nächsten Tag nach der am 14.4. beschlossenen Absetzung

73 Vgl. „Der Landrat an den Herrn amerikanischen Kreiskommandanten“, 4.4.1945, Privatarchiv Alfred Klobes.

74 GERHARDT (wie Anm. 1), S. 93.

75 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 8.4.1945.

76 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 14.4.1945.

77 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 19.4.1945.

der sieben Bürgermeister und ließ verlauten, „daß es nicht gut sei, nach erfolgter Abberufung Stellvertreter mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte zu beauftragen, denn diese seien ebenso politisch belastet wie der Bürgermeister“.⁷⁸ Auf diese Aussage folgt in dem Tagesbefehl nun überraschenderweise plötzlich eine Liste 16 weiterer Bürgermeister, die aus dem Amt zu entfernen seien. Auch der nächste Befehl spricht dafür, dass sich das Bewusstsein des Ortskommandanten für die Entnazifizierungsproblematik im Landkreis Melsungen plötzlich geändert haben muss: „XI: Der amerikanische Kreiskommandant teilt mit, daß die Fragebögen für die Beamten und Angestellten aller Behördendienststellen im Druck fertig gestellt und nunmehr sofort auszufüllen seien. Für die sofortige Anordnung soll ein Motorrad zugelassen werden, der die Fragebogen bei allen Bürgermeistern des Kreises bringt. Der Fahrer soll sich mit Leutnant Jacobs in Verbindung setzen.“⁷⁹

In den hier angesprochenen Fragebögen für alle Beamten und Verwaltungsangestellten mussten diese sehr detailliert auf sechs Seiten Auskunft über den jeweiligen persönlichen Werdegang, Zugehörigkeit zu NS-Organisationen etc. Auskunft geben. Bei den Fragebögen handelte es sich jedoch nicht um eine Melsunger Besonderheit, sondern um Standardvordrucke, die auch in anderen Stadt- und Landkreisen zum Einsatz kamen. Zu einer Verteilung im Landkreis Melsungen kann es aber erst nach dem 15. Mai 1945 gekommen sein, da der im Privatarchiv Klobes erhaltene Fragebogen aus dem Landratsamt⁸⁰ bereits im gedruckten Teil des Fragebogens die Aufschrift *Rev.⁸¹ 15 May 45* in der Kopfzeile trägt. Die sich in diesen Äußerungen des Kreiskommandanten widerspiegelnde neue Dringlichkeit in der Entnazifizierung könnte auch Dr. Schmidt dazu veranlasst haben, am gleichen Tag, an dem die Bürgermeisterei entlassen bekannt gegeben wurde (20.4.), beim Kommandanten vorzusprechen und darum zu bitten, wegen „Überlastung“ von den Geschäften des Landrats entbunden zu werden.⁸²

Veränderungen und Entnazifizierung im Landratsamt

Die Zusammenarbeit mit Dr. Schmidt, der als Verwaltungsfachmann recht großes Geschick besessen zu haben scheint⁸³, muss für Captain Turnbull zumindest zufriedenstellend gewesen sein, denn er gibt dessen Gesuch, von den Aufgaben des Landrates entbunden zu werden, erst am 30.4. nach. Auch finden sich in keiner der vorliegenden Quellen Bemerkungen, aus denen man Misstrauen oder Antipathie Dr. Schmidt gegenüber herauslesen könnte. Sein Nachfolger als kommissarischer Landrat wird, für zwei Wochen, Regierungsoberinspektor Böhm, zuvor Dr. Schmidts Stellvertreter. Auch Böhm hatte jedoch eine NS-Vergangenheit, so dass er am 1. September 1945 auch aus seinem Amt als Regierungsoberinspektor entfernt, kurze Zeit später aber erneut eingesetzt wurde.

78 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 20.4.1945. Fehlerhafte Syntax der Originalquelle wurde übernommen.

79 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 20.4.1945.

80 Eine Kopie des Fragebogens ist als Anhang 3 der Arbeit angefügt, damit die Fülle der zu beantwortenden Fragen ersichtlich wird. Von einem Abdruck wurde hier abgesehen.

81 Vermutlich für revised.

82 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 20.4.1945.

83 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 264.

Der genaue Zeitpunkt lässt sich auf Grund der Aktenlage leider nicht mehr ermitteln. Diese Wiedereinsetzung in das zweithöchste Amt der Kreisverwaltung hatte einen erbosten Leserbrief an die seit dem 29.9.1945 in Kassel wieder erscheinenden *Hessischen Nachrichten* zur Folge, in dem unter anderem dies zu lesen war:

„Musste das sein, dass der Oberinspektor des Landratsamtes, Böhm, der am 1. September 1945 wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP seit 1933 entlassen wurde, einige Tage darauf neu eingestellt sein Amt wieder übernahm? Sind denn solche Leute wirklich unersetzlich? Das ist kaum anzunehmen. Wenn sie plötzlich sterben, müssen sie ja auch ersetzt werden. Für unser neues, demokratisches Deutschland aber müssen sie tot sein.“⁸⁴

Die Reaktion folgte prompt: Ganz klein und versteckt stand in der nächsten Ausgabe unter einer kurzen Meldung über die Wiedereröffnung der Melsunger Volksschule ein einzelner Satz: „Kreisoberinspektor Böhm ist nicht mehr im Amt“.⁸⁵

Interessant ist dieses Thema nicht nur, weil dies der erste Leserbrief war, der in den *Hessischen Nachrichten* abgedruckt wurde, sondern auch wegen der Reaktion auf das Publizieren eines solchen Falles. Hier zeigt sich deutlich, dass ein wichtiger Baustein des demokratischen Systems wieder angefangen hatte zu funktionieren, nämlich die regulierende Wirkung der Medien. Offensichtlich hat der Leserbrief die Militärregierung zu sofortigem Handeln bewegt. Seitens der Militärregierung wurde wohl auch versucht, um die Sache keinen großen Wind zu machen, was zum einen aus der Kürze der Meldung in den *Hessischen Nachrichten*, auf der anderen Seite dadurch, dass die Affäre in den amerikanischen Quellen nicht erwähnt wird, deutlich wird. Möglich ist aber auch, dass dieser Fall in anderen OMGUS-Berichten erwähnt, jedoch nicht überliefert wurde. Der *Weekly MGSUM Report* des *Local Detachments* in Melsungen aus dieser Woche, der in den *OMGUS-Historical Folders* glücklicherweise zu finden war, schweigt sich jedenfalls über die „Affäre Böhm“ aus.

Nachfolger Böhms als kommissarischer Landrat wurde bereits am 14. Mai 1945 Dr. Janssen, der zuvor als Übersetzer für Captain Turnbull tätig war und dem die vorliegenden Übersetzungsprotokolle aus dem Privatarchiv Klobes zu verdanken sind. Als Übersetzer scheint er sich das Vertrauen des Ortskommandanten erworben zu haben, zusätzlich war er durch diese Arbeit natürlich mit allen Verwaltungsvorgängen bereits bestens vertraut. In seiner Einsetzung wird auf jeden Fall ausdrücklich (im Gegensatz zu den vorherigen Beamteneinsetzungen) erwähnt: „Von heute ab soll Dr. Janssen die Bezüge des Landrates in vollem Umfange, also Hausgarten, Kreiskommunalbezüge, ausgenommen der Dienstwohnung im Landratsamt, erhalten. Als Ersatz sollen die Räume in der Kreissparkasse hergestellt werden.“⁸⁶

Böse Zungen könnten natürlich auch behaupten, er habe seinen letzten Tag als Übersetzer gut genutzt⁸⁷, denn im nächsten Absatz ist zu lesen, dass er diese Stelle nun aufgeben werde und eine Ersatzkraft gesucht werden solle.⁸⁸

84 Hessische Nachrichten. 18.10.1945.

85 Hessische Nachrichten. 25.10.1945.

86 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 14.5.1945.

87 Dahin gehend gut genutzt, dass seine „Privilegien“ als Landrat im Tagesbefehl des Kreiskommandanten festgeschrieben wurden, im Gegensatz zu z.B. der Betrauung Böhms mit den Amtsgeschäften des Landrats.

Ein Nachklang der Affäre um den Regierungsoberinspektor Böhm lässt sich vielleicht auch noch aus dem *Weekly MGSUM Report* vom 20.10. heraushören. Wie zuvor beschrieben, wird Böhm mit keinem Wort erwähnt, dafür enthält der gleiche Bericht an den kommandierenden General als erste Meldung die Nachricht: „(1) Confirmation of the appointment and approval of the ret[en]tion⁸⁹ of Dr. Alfons Janssen of Kreis Melsungen was received this week from USFET, Denazification Board. Dr. Janssen a former educator, joined the party in 1938. He was given a temporary appointment as Landrat on 1 May 1945.“⁹⁰

Nach über 60 Jahren lässt es sich natürlich nicht mehr sagen, ob es sich hier nur um einen Fehler oder um eine bewusste Fälschung handelt. Auf jeden Fall wird hier genau zwei Tage, nachdem der Fall Böhm publik wurde, das Datum für die Einsetzung Dr. Janssens als kommissarischer Landrat, der ja nach diesem Bericht nun „offiziell“ als unbedenklich galt, um 14 Tage nach vorne verschoben. Dies waren exakt die 14 Tage, in denen der nun so unschön ins Rampenlicht geratene Regierungsinpektor Böhm die Amtsgeschäfte des Landrates innehatte, und zwar auf ausdrücklichen Befehl⁹¹ des gerade frisch zum Major beförderten Theodore T. Turnbull.⁹²

Zusammen mit der Auflösung des Melsunger *Detachments* und seiner Zusammenlegung mit dem Kassels, bekannt gegeben am 16.12.1945, fällt auch der Rücktritt Janssens. Ob er ursprünglich wegen seiner Vertrauensstellung bei der Militärregierung in das Amt gedrängt worden war und nun mit dem Abzug Major Turnbolls seinen Rückhalt verlor, lässt sich nicht mehr abschließend sagen. Als Nachfolger wurde Ludwig Köhler, ein alteingesessener Melsunger, bestimmt. Er hatte zuvor die hiesige Dienststelle des Arbeitsamtes geleitet und war von den Amerikanern aus dem Gefängnis befreit worden, wo er seit 1941 wegen „Führerbeleidigung“ eingesperrt hatte.⁹³ Um seine offizielle Bestätigung gab es aber anscheinend noch einige Querelen: „After a month and a half of dispute who is Landrat in LK Melsungen, which was caused by the resignation of Landrat Dr. Janssen, Mr. Köhler was finally appointed Landrat by the Oberpräsident of the Regierungsbezirk Kassel.“⁹⁴

So hatte das Kreisstädtchen im Laufe des Jahres 1945 fünf unterschiedliche Landräte gesehen, von denen einer ein Nazi-Funktionär (Bötcher), zwei politisch bedenklich (Schmidt und Böhm) und einer (Janssen) zumindest ein Mitläufer war. So war die letzte Wahl der Militärregierung, die erst mit der Auflösung des *Local Detachments* unter Major Turnbull zusammenfiel, mit Sicherheit die Beste, denn Ludwig Köhler war als fünfter Landrat des Jahres der Einzige unter ihnen, dem das dritte Reich in Form der Gefängnisstrafe selbst ein Führungszeugnis ausgestellt hatte.

88 Tagesbefehle des Kreiskommandanten 14.5.1945.

89 Zwei Buchstaben in der Originalquelle nicht lesbar.

90 *Weekly MGSUM Report*. Kassel, 20.10. 1945.

91 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 30.4.1945.

92 Der exakte Termin seiner Beförderung ist in den Akten leider nicht festgehalten, muss aber zwischen dem 25.9. und dem 7.10.1945 stattgefunden haben, da der *Political Activity Report* vom 25.9. noch mit Captain Theodore T. Turnbull signiert ist, während der *Weekly MGSUM Report* vom 7.10. bereits Major verwendet.

93 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 279.

94 *Weekly MGSUM Report*. Kassel, 13.1.1946.

3.3 Demokratischer Neuanfang im Kleinen

Erste, wenn auch zaghafte, Schritte auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft begannen in Melsungen bereits zwölf Tage nach der Ankunft des lokalen *Detachments*, als Captain Turnbull die Erlaubnis erteilte, „zivile Berater“ für Verwaltungstätigkeiten heranzuziehen. In seiner Tagesanordnung vom 13. April heißt es recht lakonisch: „Der Kreiskommandant ordnet keine Einschränkung für die Heranziehung von Beratern zur Durchführung der Angelegenheiten der Zivilverwaltung an. Die Heranziehung soll auch nicht beeinflusst werden von Leuten, die bei dem amerikanischen Kreiskommandanten vorgespochen haben. Die Heranziehung von Beratern soll sich auf alle Parteien und alle Schichten der Bevölkerung erstrecken, wenn diese keine offiziellen Ämter der Verwaltung ausführen. Es soll sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit handeln.“⁹⁵

Wie auch später bei der Neuzulassung von Zeitungen⁹⁶ legt diese Verordnung einen Schwerpunkt darauf, dass Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen vertreten waren. Wer die in dem Befehl erwähnten Leute waren, die beim Kreiskommandanten vorgespochen hatten, lässt sich nicht mehr klären. Denn der nun entstehende Stadtrat, der aus zehn Mitgliedern bestand, setzte sich tatsächlich aus Männern aller politischen Richtungen zusammen. Diese waren zum überwiegenden Teil bereits in den politischen Parteien der Weimarer Republik aktiv gewesen.⁹⁷ Die herausragendsten Männer dieser Gruppe waren: Johannes Drechsler und Martin Greiling, beides aktive Kommunisten. Greiling wurde für seine Überzeugung bereits 1933 monatelang in „Schutzhaft“ genommen und durfte danach nicht mehr als Meister arbeiten. 1944 wurde er erneut verhaftet und war im berüchtigten Zuchthaus Plötzensee in Berlin interniert.⁹⁸ Er wurde erst durch den Sieg der Alliierten befreit. Ein weiterer war Christian Bitter, altgedienter DDPLer und späteres SPD-Mitglied, der auf Grund seiner Integrität (und, wie im Verlauf der Arbeit noch geschildert werden wird, wohl auch wegen Captain Turnbulls Abneigung gegen Kommunisten) später Bürgermeister wurde. Hinzu kamen Johannes Mengel und Fritz Siebert für die SPD, beide auch spätere Mitbegründer der neu entstehenden Partei. Die Aufforderung, alle Parteien zu beteiligen, wurde wohl sehr ernst genommen, denn sogar ein Deutschnationaler⁹⁹ (wohl DNVP-Mitglied, leider nicht mit Namenszuordnung), früheres Mitglied einer Partei, die bereits in der Weimarer Republik nicht gerade ein Garant für demokratische Gesinnung war, findet sich in den Reihen des ersten Stadtrates.

Alltägliche Verwaltung und Wiederaufbau

Auch die Aufgaben dieses provisorischen Stadtrates sind in Captain Turnbulls Befehl bereits klar umrissen: Die Mitglieder sollten als Berater für Angelegenheiten der Zivilverwaltung dienen. Diese waren in der Nachkriegszeit mannigfaltig. Zunächst mussten

95 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 13.4.1945.

96 KROPAT (wie Anm. 9), S. 17.

97 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 265.

98 Vgl. ebd., S. 272.

99 Vgl. ebd., S. 265.

die Fuldabrücken repariert werden, um die Verbindung der beiden Teile Melsungens wieder herzustellen. Des Weiteren musste die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern sichergestellt werden. Absolute Priorität hatte jedoch die Wiederherstellung der Wasserversorgung des westlich der Fulda gelegenen Teils der Stadt. Die Wasserleitung war zusammen mit der Sprengung der Steinbrücke (Bartenwetterbrücke) am 1. April zerstört worden. Erst am 16. April bekam Herr Boloni (damals Leiter der Stadtwerke) von Captain Turnbull die Erlaubnis, die Wasserleitung wieder instand zu setzen. Über eine vollständige Reparatur der Brücke durch deutsche Arbeiter sollte jedoch erst entschieden werden, wenn feststehe, dass die amerikanische Armee die Arbeiten nicht übernehmen werde.¹⁰⁰ Die Reparaturarbeiten an der Wasserleitung zogen sich bis zum 25.4. hin, so dass erst ab diesem Tag die Versorgung beider Teile Melsungens mit fließendem Wasser sichergestellt war.¹⁰¹ Die erste Brücke über die Fulda konnte erst im Juli wieder befahrbar gemacht werden¹⁰², obwohl der Kreiskommandant bereits am 23.4. zugesichert hatte: „IX: Wegen der Fuldabrücke erhält der Bürgermeister die Antwort, daß in allernächster Zeit – 10 Tage – die Reparatur der Fuldabrücke erfolgen würde. Die Belastung betrüge 140 t, Bauzeit 3 Tage.“¹⁰³ Am 18. Mai kommt die Sache noch einmal in den Anweisungen des Kreiskommandanten zur Sprache, der wiederum amerikanische Hilfe zusichert. Diese bleibt aber letztendlich aus, so dass im Juli mit deutschen Kräften zumindest eine Notkonstruktion aus Holz die Steinbrücke wieder befahrbar macht. Die Industrie darf zwar bereits ab dem 5. April wieder arbeiten, der Wiederaufbau der Wirtschaft im Kreis Melsungen wird durch die Verordnung der Militärregierung, dass Transporte nur im Umkreis von sechs Kilometern erlaubt sind, erschwert: „IX. Die Industrie darf wieder arbeiten. Auch Transporte, jedoch nur im Umkreis von 6 km, ausführen.“¹⁰⁴ Faktisch bedeutete der Befehl, dass weder neue Rohstoffe zu einzelnen Betrieben gebracht, noch Fertigprodukte ausgeliefert werden konnten. Bereits am 20.4. wird vom Kreiskommandanten eine Verkehrsausdehnung auf den ganzen Kreis auf Anfrage Dr. Schmidts in Aussicht gestellt. Die Ausdehnung soll jedoch frühestens nach der für den 26.4. geplanten Zählung der sich im Landkreis befindlichen Personen geschehen. Da die Kilometerbegrenzung in späteren Tagesbefehlen nicht mehr erwähnt wird, ist sie wohl stillschweigend und nicht durch offizielle Bekanntmachung außer Kraft gesetzt worden. Auf jeden Fall lässt das die Aktenlage vermuten.

Da Deutschen, inklusive der neu entstandenen Hilfspolizei, der Waffenbesitz untersagt war¹⁰⁵, mussten auch alle Anfragen für den Abschuss von Wild, das die Ernte im Landkreis bedrohte, an den amerikanischen Kreiskommandanten gerichtet werden. Unter anderem heißt es dazu: „Der Kommandant erkundigt sich weiter über die Wildschäden im Kreise und erklärt, dass er bereit sei, im Interesse der Vorbeugung von Ernteschäden den Gemeinden zu helfen. Es könne auch durch Heranziehung von vielen

100 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 16.4.1945.

101 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 25.4.1945.

102 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 265.

103 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 23.4.1945.

104 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 5.4.1945.

105 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 9.5.1945.

amerikanischen Soldaten zum Schutze der Ernte eine Treibjagd veranstaltet werden. Er sei auch bereit, mit einigen Offizieren Abschlüsse vorzunehmen. Dem Kommandanten wird zugesichert, weitere Feststellungen in dieser Hinsicht bei den in Betracht kommenden Gemeinden zu treffen.“¹⁰⁶

Insgesamt gewinnt man aus den Tagesbefehlen den Eindruck, dass Captain Turnbull, gerade in der Verwaltung und beim Wiederaufbau, gerne mehr getan hätte als ihm erlaubt war. Deutlich wird das unter anderem bei dem Wiederaufbau der Fuldabrücken und beim Schutz der Ressourcen des Landkreises. Will man Captain Turnbull keine bloße Hinhaltetaktik unterstellen, dann wirken seine Bemühungen um einen raschen und sachgerechten Wiederaufbau der Steinbrücke durchaus glaubhaft. Auch gab er sich Mühe, durch seine Befehle die kreislichen Ressourcen zu erhalten, bzw. sogar zu mehren. So gab er zum Beispiel am 4.5. folgenden Befehl: „V. Die aus dem Landkreis Melsungen auf Grund einer übergebietlichen Regelung auszuführenden Lebensmittel sollen erst dann dorthin abgegeben werden, wenn seitens Kassel die in Aussicht gestellten 4 Millionen Zigaretten für den Kreis Melsungen eingeführt sind.“¹⁰⁷

In weiteren Befehlen wehrte er sich gegen die Rückgabe während des Krieges aus Kassel ausgelagerter Waren.¹⁰⁸ Bei vielen sinnlosen Verordnungen (z.B. der Aufrechterhaltung der Verdunklungsvorschriften nach Kriegsende), musste er die deutsche Zivilverwaltung hinhalten. So musste er, nachdem er ein Ende der Verdunklungsbestimmungen für das Kriegsende in Aussicht gestellt hatte, den Landrat noch am 12.5., vier Tage nach der offiziellen Kapitulation Deutschlands, mit folgender Anweisung vertrösten: „I. Auf Anfrage wegen der Verdunklung erklärt der Kommandant, daß die Aufhebung durch eine besondere Weisung erfolgen würde, die in den nächsten Tagen von ihm übergeben würde.“¹⁰⁹ Sollte sich trotz gewissenhafter Ausführung der Dienstvorschriften bei ihm eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Überbürokratisierung der Militärregierung eingeschlichen haben, wäre es durchaus möglich, dass der in den *Historical Folders* der OMGUS-Akten überlieferte Text *A short form of Service to be issued in Military Establishments*, in dem auf eine sehr humorvolle Art und Weise die Trägheit der Militärbürokratie angeprangert wird, auf Captain Turnbull selbst zurückgeht. In dem Schriftstück ist unter anderem Folgendes zu lesen:

„O Thou who seest all things below
Grant that thy servants may go slow,
That they may study to comply
With regulations till they die.
[...] And when the tempter seeks to give
Us feelings of initiative,
Or when alone we go to far,
Chastise us with a circular.“¹¹⁰

106 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 7.5.1945.

107 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 4.5.1945.

108 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 12.5.1945.

109 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 12.5.1945.

110 *A short form of Service to be issued in Military Establishments*, undatiert, StA MR, OMGUS-Historical Folders H-70, 5/9-1/13.

Auf jeden Fall scheint der Artikel seine Zustimmung gefunden haben, da er sonst wohl kaum in den Akten der Militärregierung überliefert worden wäre.

Zwangsarbeiter und Displaced Persons

Ein weiteres großes Problem der Nachkriegszeit waren die vom Naziregime nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Nach den Tagesbefehlen vom 21. April befanden sich nach Schätzungen des Bürgermeisters Dr. Schmidt ca. 800 Ausländer in Melsungen.¹¹¹ Was für Versorgungsschwierigkeiten sich daraus für eine Stadt, die nach der SHAEF-Umfrage vom 25.5.1945 insgesamt 5.278 Einwohner zählte¹¹², ergaben, lässt sich leicht ausmalen. So ist in fast jedem Tagesbefehl Captain Turnbulls, besonders des ersten Besatzungsmonats, der in der Übersetzung von Dr. Janssen überliefert ist, von Problemen mit DP's die Rede.¹¹³

Hierbei ist zu erwähnen, dass es zumindest aus heutiger Sicht verständlich erscheint, dass es zu Plünderungen von Lebensmittellagern und auch Privathäusern durch die teilweise jahrelang zu Zwangsarbeit gezwungenen DP's kam. In den nächsten Monaten sollte sich die Lage jedoch derartig zuspitzen, dass die Lager der Displaced Persons¹¹⁴ bis zu deren Rückführung in ihre Heimatländer unter Bewachung durch amerikanische Truppen gestellt wurden.¹¹⁵ Dies geschah hauptsächlich wegen einer ganzen Reihe von Raubmorden¹¹⁶, die von teilweise bandenmäßig organisierten früheren Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern ausgeführt wurden, die sich im Chaos der ersten Nachkriegstage mit Waffen und Fahrzeugen eingedeckt hatten.¹¹⁷ Diese Aktionen, die natürlich nur von einem kleinen Teil der sich hier befindlichen ausländischen Zwangsarbeiter verübt wurden, hatten zur Folge, dass sich unter den Melsungern die wildesten Gerüchte verbreiteten. Diese Gerüchte verloren ihren Schrecken erst durch Zusagen des Kreiskommandanten, die Sicherheit der Bürger zu garantieren: „Der Bürgermeister macht den Kommandanten darauf aufmerksam, dass Äußerungen polnischer Arbeitskräfte vorliegen, wonach in der Stadt Melsungen eine Blutnacht veranstaltet würde. Der Kommandant bittet den Bürgermeister, ihn über diese Angelegenheit im Laufenden zu halten. Es sei ihm möglich, binnen kürzester Frist 500 amerikanische Soldaten nach Melsungen zu beordern. Zu diesem Zwecke sei dem Bürgermeister und der Hilfspolizei erlaubt, auch über die genehmigte Ausgehzeit hinaus ihn aufzusuchen und die Mitteilungen zu überbringen.“¹¹⁸

Dass solche Ängste übertrieben waren, scheint aus heutiger Sicht offensichtlich, damals waren diese Befürchtungen für viele Leute, wohl nicht nur in Melsungen, sehr real. Die Berichte über Ausschreitungen ausländischer Zwangsarbeiter und ehemaliger

111 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 21.4.1945.

112 „Military Government Requirements Survey. Melsungen.“, 25.5.1945, StA MR, OMGUS-Historical Folders H-70, 5/9-1/13.

113 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 3.4.1945-29.6.1945.

114 U. a. das Lager für russische und polnische DP's „Schuppenmühle“. Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 21.4.1945.

115 Zeitzeugeninterview Alfred Meier, 20.5.2006.

116 Vgl. Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 23.4.1945.

117 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 20.4.1945.

118 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 21.4.1945.

Kriegsgefangener gehen nach dem 4.5. schlagartig zurück, da folgender Befehl des Kreiskommandanten vom 3.5.1945 wohl zur Umsetzung gelangt sein muss: „IV: Der Kommandant macht Mitteilung, dass Franzosen, Holländer und Belgier, Polen und Russen aus der Schippenmühle und die Ostarbeiter aus Körle am Freitag, dem 4. Mai, abtransportiert werden.“¹¹⁹

Allerdings sollte die „Schippenmühle“ wohl weiterhin als Lager für DP's dienen, wie aus dem nächsten Absatz des Tagesbefehls deutlich wird: „V. Es soll weiter Sorge getragen werden, dass die künftig in der Schippenmühle in Melsungen beorderten Ausländer bis zu ihrem Weitertransport ordnungsgemäß gepflegt werden“. Nach diesem Abtransport kam es in Melsungen und Umgebung zwar immer noch zu Übergriffen, jedoch in weitaus geringerer Anzahl als zuvor, auf jeden Fall was die Erwähnung in den Übersetzungsprotokollen Dr. Janssens angeht. Aufgelöst wurde das DP-Camp Schippenmühle nach der Errichtung eines neuen Lagers in Cornberg, das im *Weekly MGSUM Report* vom 1.12.1945 erwähnt wird.¹²⁰ Die Auflösung selbst wird zwar in keinen vorhandenen Akten erwähnt, die Einrichtung des neuen Lagers in Cornberg deckt sich aber laut Zeitzeugen mit der Auflösung des Lagers „Schippenmühle“.¹²¹

3.4 Bürgermeistersuche in Melsungen

Wie im vorangehenden Kapitel bereits beschrieben, begann die Entnazifizierung, speziell auf der Verwaltungsebene, nur sehr schleppend. Dr. Schmidt, Melsungens Bürgermeister während der gesamten Nazidiktatur, konnte mindestens drei Monate im Amt verbleiben. Dr. Schmidt war zwar im Jahr 1936 wegen früherer Mitgliedschaft bei den Freimaurern aus der NSDAP ausgeschlossen, jedoch im Amt des Bürgermeisters belassen worden.¹²² Auch nach dem Rücktritt von den Amtsgeschäften des Landrats am 30.4. blieb er als Bürgermeister im Amt. Bei Dr. Schmidt kann es sich jedoch auch nicht um einen besonders entschiedenen Nationalsozialisten gehandelt haben, denn der Stadtrat, dem, wie beschrieben, einige engagierte Sozialdemokraten und Kommunisten angehörten, hätte gegen ein Verbleiben Dr. Schmidts als Bürgermeister nichts einzuwenden gehabt, wie aus folgendem *Daily Journal* Eintrag deutlich wird: *Reported that advisory committee requested Dr. Schmidt to be left in office of Bürgermeister in Melsungen.*¹²³ Der genaue Zeitpunkt der Entfernung Dr. Schmidts aus seinem Amt ist infolge der Aktenlage nicht mehr nachzuvollziehen. Sie muss aber zwischen dem 29. Juni und dem 30. Juli stattgefunden haben. Am 30. Juli wird, im frühesten vorliegenden *Daily Journal*, erwähnt: *The appointment of a local Bürgermeister to replace Dr. Otto Schmidt is creating quite a bit of consternation. A suitable man is extremely difficult to locate.*¹²⁴

Dies könnte auch der Grund gewesen sein, aus dem der provisorische Stadtrat Dr. Schmidt in seiner Position belassen wollte. Mangels Ersatz war man bereit, den, wenn

119 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 3.5.1945.

120 *Weekly MGSUM Report*. Melsungen, 1.12. 1945.

121 Zeitzeugeninterview Alfred Meier, 20.5.2006.

122 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 265.

123 „*Daily Journal*. Melsungen.“, 3.8.1945.

124 „*Daily Journal*. Melsungen.“, 30.7.1945.

auch belasteten, Bürgermeister im Amt zu belassen, da die Zeit einen Organisations- und Verwaltungsfachmann verlangte. Des Weiteren wird sich Dr. Schmidt auch nicht besonders in der Verfolgung politischer Gegner des Nazi-Regimes hervorgetan haben, da durch den Stadtrat sonst bestimmt bereits früher seine Absetzung betrieben worden und er mit Sicherheit auch in der ersten großen „Säuberungswelle“ vom 20.4. aus seinem Amt entfernt worden wäre. Die Figur Dr. Schmidts bleibt hierbei ein wenig undurchsichtig. Auch der engagierte Regionalhistoriker und ehemalige Schulleiter Jürgen Schmidt wusste in seinem sehr gut recherchiertem Geschichtsabriss Melsungens nur Folgendes über diesen Vorgang zu sagen: „Man sah in ihm mehr den Verwaltungsfachmann als eine politische Figur.“¹²⁵ Wie oben im *Daily Journal* vom 30.7. schon festgestellt, stellte sich in den nächsten Tagen heraus: „A suitable man is difficult to locate.“

Der provisorische Stadtrat konnte sich, nachdem der Antrag, Dr. Schmidt im Amt zu belassen, abgewiesen wurde, auf Martin Greiling¹²⁶, Stadtratsmitglied und früherer KPD-Aktivist, einigen. Dieser wird von Captain Turnbull jedoch sehr entschieden abgelehnt: „He also reported that the second request of the advisory committee was to the effect that Martin Greiling, a communist, be appointed Schmidt’s successor. Strangely enough only one member of the advisory committee is known to be a communist and all members know my personal distrust of Greiling. The conclusion is therefor that the members of the advisory committee are fearful of the communists and their apparent political power and will do almost everything for appeasement. The Landrat was advised that under no circumstances would Martin Greiling become Bürgermeister of Melsungen.“¹²⁷

Der Ton dieses Eintrags verrät Captain Turnbills antikommunistische Einstellung, die auch noch in anderen Anordnungen und Berichten deutlich wird. Die Schwierigkeiten, einen Bürgermeister zu finden, ziehen sich noch bis zum 8. August hin. Schließlich wird Christian Bitter, Stadtratsmitglied und in der Weimarer Republik Mitglied der DDP, auf Vorschlag des amtierenden Landrates Dr. Janssen eingesetzt. Dazu heißt es: „Permission was given to the Landrat to appoint Mr. Bitter Bürgermeister Melsungen.“¹²⁸ Christian Bitter, von Anfang an Mitglied des provisorischen Stadtrates, war ursprünglich Lehrer und eingesetzt als stellvertretender Schulrat.¹²⁹ In vorherigen *Daily Journals* war er nur in Verbindung mit der geplanten Wiedereröffnung der Schulen und der Einstellung von dazu geeigneten Lehrkräften in Erscheinung getreten.¹³⁰

Bitter scheint sein Amt als stellvertretender Schulrat zunächst in Personalunion mit dem des Bürgermeisters ausgeübt zu haben, denn im *Daily Journal* vom 10.8. heißt es: „Mr. Bitter, assistant Schulrat, delivered a list of teachers whom he thinks eligible for

125 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 265.

126 „Daily Journal. Melsungen.“, 3.8.1945.

127 „Daily Journal. Melsungen.“, 3.8.1945.

128 „Daily Journal. Melsungen.“, 8.8.1945.

129 Das Datum der Einsetzung als stellvertretender Schulrat kann aus den vorliegenden Akten nicht mehr nachvollzogen werden. Bitter wird aber in den Daily Journals ab dem 6.8. mit Assistant Schulrat betitelt, in dem vom 30.7. noch nur als Mr. Bitter genannt.

130 „Daily Journal. Melsungen.“, 30.7.1945.

employment.“¹³¹ Eine andere Möglichkeit ist, dass sich die endgültige Ernennung zum Bürgermeister noch ein wenig länger hinzog. Spätestens am 25. August war Bitter aber mit Sicherheit im Amt und von den Geschäften des stellvertretenden Schulrates entbunden. Zu diesem Zeitpunkt wurde für diesen Posten bereits ein Nachfolger gesucht: „It has been suggested that inasmuch as Mr. Bitter, formerly assistant Schulrat, is now Bürgermeister of Melsungen a new assistant must be appointed for the Schulrat, Mr. Katzmann by name.“¹³²

In den nächsten Jahren muss Bitter, der bald der SPD beigetreten war¹³³, sich das Vertrauen der Melsunger Parteienlandschaft erworben haben, denn 1948 wurde er, obwohl die LDP bei den Gemeindewahlen 9 der 18 Sitze für sich gewinnen konnte, mit 11 Stimmen wiedergewählt.¹³⁴ Christian Bitter sollte noch lange Bürgermeister bleiben, als aus „Trizonesiern“ längst Bundesrepublikaner geworden waren. Er schied erst 1957, durch seinen plötzlichen Tod nach einem Herzinfarkt, aus dem Amt.¹³⁵

3.5 Zusammenfassung

Die ersten Monate der amerikanischen Besatzungsherrschaft waren von einem Zwiespalt zwischen Kontinuität und Erneuerung geprägt. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten, sowohl bei der Besetzung des Landratspostens als auch des Bürgermeisteramtes, war es der amerikanischen Militärregierung in Interaktion mit einzelnen Personen oder Gremien wie dem Stadtrat gelungen, für beide Ämter letztendlich Deutsche mit einer demokratischen Gesinnung zu finden, die diese trotz Gegenwind, auch durch die Zeit des Nationalsozialismus, bewahrt hatten. Sowohl die Entscheidung für Köhler als Landrat als auch für Bitter als Bürgermeister sollte sich als so gut erweisen, dass beide bis zu ihrem Tod im Amt verblieben.¹³⁶

So zeigt sich, dass in der Symbiose von amerikanischer Militärverwaltung und demokratisch gesinnten Deutschen bereits in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten politische Entscheidungen getroffen werden konnten, die weit über diese Zeit hinaus Bestand hatten. Das Beispiel Janssen lässt aber auch erkennen, dass gegen politische Mehrheiten Entscheidungen, die wohl mehr nach persönlichem Gefallen eines Militärkommandeurs getroffen wurden, auf Dauer nicht bestehen konnten, so dass Janssen sein Amt nach der Zusammenlegung des Melsunger mit dem Kasseler *Detachments* niederlegte und dadurch Köhler ins Amt gelangte. Die Nachkriegsmonate in einer Kleinstadt waren vor allem von Alltagsproblemen geprägt, die oft stärker im Vordergrund standen als politische Entscheidungen.

Von der Seite des *Local Detachments* her wurde deutlich, dass, bedingt durch die straffe Reglementierung der Handbücher und Direktiven, der gute Wille eines Kreis-

131 „Daily Journal. Melsungen.“, 10.8.1945.

132 „Daily Journal. Melsungen“, 10.8.1945.

133 Bitter wird jedoch nicht als einer der sponsors während des Lizenzierungsverfahrens der Partei aufgeführt.

134 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 279.

135 Ebd. S. 296.

136 Köhler stirbt 1948. Sein Nachfolger wird Karl Waldmann. Waldmann war in den ersten Nachkriegsmonaten mit dem Landratsposten im Nachbarkreis Rotenburg betraut gewesen.

kommandeurs an den Verordnungen der übergeordneten Militärregierungsstellen scheitern, oder zumindest seine Möglichkeiten, den Wiederaufbau wirkungsvoll zu fördern, gehemmt werden konnten. Wenden wir uns nachfolgend der Entwicklung der Parteien und der ersten Gewerkschaften zu, aber auch dem politischen Desinteresse großer Teile der Bevölkerung der nordhessischen Kleinstadt.

4. Politische Parteien und Gewerkschaften

Die ersten Wahlen im Landkreis Melsungen, die Gemeindewahlen fanden am 20.1.1946 statt. Die Neugründung von Gewerkschaften, die als „Vorläufer“ der Parteien – trotz des noch geltenden Verbots politischer Betätigung aus JCS 1067/6 – angesehen werden können, wurden ab Anfang Juli 1945 erlaubt.¹³⁷

Bedingt durch die apolitische Grundeinstellung weiter Bevölkerungskreise Melsungens, die wohl charakteristisch für die Nachkriegszeit vieler Gemeinden in Hessen war¹³⁸, sollte sich die Formierung neuer demokratischer Parteien nicht ohne Schwierigkeiten vollziehen. Zu Gründungsversammlungen der bürgerlichen Parteien (CDU und LDP) kam es erst im Dezember 1945, bei der CDU sogar nur durch Anstoß von außerhalb. Doch auch für die traditionellen Arbeiterparteien SPD und KPD sollte es nicht leicht werden, die Bedingungen für eine Lizenzierung durch die amerikanische Militärregierung zu erfüllen. So soll es zwischen Unterstützern von SPD und KPD zu beinahe handgreiflichen Auseinandersetzungen um einzelne Unterschriften für die zur Lizenzierung notwendigen Listen mit mindestens 30 Unterstützern gekommen sein.¹³⁹ Die Zurückhaltung der Bürger, sich politisch zu betätigen, ist vor allem in den OMGUS-Akten sehr gut belegt, lässt sich aber auch in deutschen Quellen nachweisen. Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen¹⁴⁰ sollte sich auch herausstellen, dass die Parteien, die die stärkste politische Präsenz der ersten Nachkriegsmonate hatten, diese nicht automatisch in Wahlerfolge umsetzen konnten. Es zeigte sich, dass viele Bürger, so zurückhaltend sie auch in der politischen Betätigung gewesen waren, an der Wahlurne doch konservativ wählten, obwohl die bürgerlichen Parteien Anfang 1946 nur knapp über 15 Prozent der Gesamtanzahl aller Parteimitglieder auf sich verbuchen konnten.¹⁴¹

4.1 Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund in Melsungen

Ähnlich wie für andere hessische Städte beschrieben, bestand auch in Melsungen eine erhebliche Diskrepanz zwischen Gründung der ersten Nachkriegsgewerkschaft und ihrer offiziellen Lizenzierung. Leider sind die hierzu vorhandenen Akten, sowohl von ameri-

137 MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7) stellt heraus, dass ab Juli zwar die Wahl von Arbeitnehmervertretungen gestattet war, die Handlungsanweisungen für die Kreiskommandeure sich jedoch derart vage gestalteten, dass die Lizenzierung oder stillschweigende Tolerierung von Gewerkschaften sehr unterschiedlich gehandhabt wurde.

138 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 66.

139 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 277.

140 Die Kreistagswahlen selbst sollen jedoch in den Betrachtungen dieser Arbeit außen vor bleiben, da eine Ausweitung bis zu den Kreistagswahlen den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

141 Vgl. „Weekly MGSUM Report. Kassel.“, 13.1.1946.

amerikanischer als auch von deutscher Seite, in diesem Punkt nicht eindeutig. Jürgen SCHMIDT führt zur Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB), leider ohne Quellenangabe, Folgendes an: „Vor den Parteien erhält Martin Greiling, zurückgekehrt aus Nazihaft, Erlaubnis die Gewerkschaft wieder aufzubauen. Greiling, seit frühester Jugend Gewerkschaftler, beginnt im Mai 1945 mit den Vorarbeiten und kann am 11. Juni den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in Melsungen neu begründen.“¹⁴²

Diese hier erwähnte Gründung und auch die auf den Mai datierten Vorbereitungen scheinen allerdings nie offiziell geworden zu sein, denn in den Tagesbefehlen des Kreiskommandanten, die für den gesamten Mai und Juni erhalten sind, wird Gewerkschaftsarbeit oder gar die offizielle Lizenzierung einer Gewerkschaft mit keinem Wort erwähnt.¹⁴³ Offiziell, das heißt in den Berichten des Kreiskommandanten thematisiert, wurde die Gewerkschaftsarbeit erst im Zuge der in Kapitel 3.4 beschriebenen Nachfolgersuche für den ausgeschiedenen Bürgermeister Dr. Schmidt. Einen Tag, nachdem Captain Turnbull sein persönliches Misstrauen gegenüber Martin Greiling aktenkundig gemacht hatte¹⁴⁴, stellte er in einem Gespräch mit Hermann Schaefer, einem Stadtratsmitglied, klar: „An appearant misunderstanding concerning the instructions given by me to Mr. Greiling was cleared up to the effect that it was established that Mr. Greiling never received orders from me to form labour unions.“¹⁴⁵ Aus diesem Zitat wird deutlich, dass auf der einen Seite wohl Gespräche zwischen Captain Turnbull und Martin Greiling stattgefunden haben, sich Turnbull auf der anderen Seite aber entschieden davon distanziert, dass die Gründung von Gewerkschaften auf seine Anweisung zurückgeht. Im *Daily Journal* des 4. August wird auch erstmals ein Grundsatzpapier mit zwölf Punkten für die neu gegründete Gewerkschaft erwähnt, das bei Captain Turnbull eingegangen ist und wahrscheinlich den ersten Versuch, eine offizielle Lizenz durch den Kreiskommandeur zu bekommen, darstellt.¹⁴⁶ In diesem Grundsatzpapier, das in seiner englischen Übersetzung ebenfalls in den *OMGUS Historical Folders* überliefert wurde, werden Forderungen wie die nach einer 40-Stundenwoche, Unterstützung der Entnazifizierung in der Industrie und dem Tag der Arbeit (1. Mai) als offiziellem Feiertag erhoben.¹⁴⁷ In vielen Punkten ist das Papier deckungsgleich mit dem Papier *GRUNDSÄTZE DES FREIEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES*¹⁴⁸, dem ersten dieser Art für die amerikanische Besatzungszone, das bereits am 23. April 1945, also noch vor der offiziellen Kapitulation Nazideutschlands, bei der amerikanischen Militärregierung Frankfurt a. M. eingereicht wurde.¹⁴⁹ Die augenscheinlich holprige Übersetzung des Melsunger Papiers hat jedoch einen stärker dogmatischen Klang als

142 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 277.

143 Vgl. „Anordnungen des amerikanischen Kreiskommandanten“, 1.5.1945-29.7.1945.

144 Vgl. „Daily Journal. Melsungen.“, 3.8.1945.

145 „Daily Journal. Melsungen.“, 4.8.1945.

146 Vgl. Daily Journal. Melsungen, 4.8.1945.

147 A STATEMENT OF THE PRINCIPLES AND AIMS OF THE NEW GEWERKSCHAFTEN (TRADE UNIONS)!. 4.8.1945, StA MR, OMGUS-Historical Folders H-70, 5/9-1/13.

148 Großschreibung des Titels wie im Original beibehalten.

149 Vgl. Gerhardt BEIER: „Rekonstruktion der Arbeiterbewegung in Hessen“, in: Hessen 1945 (wie Anm. 10), S. 141.

dogmatischen Klang als das Frankfurter Original. Ob dies auch in der deutschen Version so war, lässt sich nicht mehr klären, da nur die englische Version überliefert ist. Die zwölf Punkte scheinen aber trotzdem Captain Turnbolls grundsätzliche Zustimmung gefunden zu haben, denn im *Daily Journal* des 8.8.1945 ist vermerkt: „4. The 12 points proposed by the trade unions were discussed. The point concerning an 8 hour day and a 40 hour week was not appropriate at this time because of labour shortages and because of harvesting of crops, otherwise there seems to be no particular objection.“¹⁵⁰

So muss die offizielle Lizenzierung im August oder im frühen September erfolgt sein, in einem Zeitraum, für den die Aktenlage, sowohl von amerikanischer als auch von deutscher Seite, sehr dünn ist. Die Lizenzierung wird jedoch nicht vor dem 22.8. erfolgt sein, da auf dieses Datum eine Bekanntmachung der Militärregierung aus den Akten des Landratsamtes datiert, in der es um die Wahl von Betriebsräten geht. Neben den nun möglichen Wahlen von Betriebsräten, dem Hauptthema der Bekanntmachung, wird in Punkt 8 des Papiers erwähnt: „8. Die vorstehenden Anordnungen für die Wahl von Vertrauensleuten der Arbeitnehmer schließen für Arbeitnehmer nicht den Beitritt zu genehmigten Gewerkschaften aus, die zurzeit bestehen oder in Bildung begriffen sind. Die Organisatoren einer Gewerkschaft müssen einen Antrag an die Militärregierung stellen und eine Genehmigung erhalten, bevor eine solche Gewerkschaft erlaubt wird.“¹⁵¹

Die Formulierung „die zur Zeit bestehen oder in Bildung begriffen sind“ könnte andeuten, dass Turnbull von den Bemühungen Greilings wusste, gleichzeitig macht der letzte Abschnitt des Zitats deutlich, dass eine Lizenzierung wohl noch nicht erfolgt war, besonders zusammen gelesen mit Punkt 9 des Papiers, in dem festgestellt wird: „9. Die vorstehenden Anordnungen sind vorläufig und bedeuten einen ersten Schritt zur Wiederherstellung von freien und demokratischen Gewerkschaften.“¹⁵²

Im frühesten überlieferten *Political Report* für Melsungen (vom 25.9.), findet sich außerdem folgende, für die Entwicklung der Gewerkschaften sehr interessante Meldung, aus der, neben dem eigentlichen Thema, auch deutlich wird, dass zuvor höchstwahrscheinlich eine Lizenzierung des FDGB erfolgt sein muss: „12. Evidence of underground political activity¹⁵³ of any kind: During the course of the organization of the first Trade Unions it became apparent that one of two things had happened because there was almost 100% participation in the Union by employess of all business and commercial establishments: (1) The entire population had become suddenly communistic; or (2) the communistic elements of the Kreis were using threats or force to require all employees to join the Union. Upon investigation it was found, that the latter was true.“¹⁵⁴

150 *Daily Journal*. Melsungen, 8.8.1945.

151 Bekanntmachung. Der Landrat, 22.8.1945, StA MR, 180 Melsungen, Meg 2925.

152 Ebd.

153 Könnte man bei dem Stichwort *underground political activity* noch an eine inoffizielle Gewerkschaft denken, wird spätestens dadurch deutlich, dass eine Lizenzierung erfolgt sein muss, dass Turnbull in seiner Bekanntmachung, die weiter unten auf der Seite beschrieben wird und noch vor dem *Political Activity Report* datiert, bekannt gibt, dass auch andere Gewerkschaften Anträge zur Lizenzierung stellen können. Dies stellt ja implizit klar, dass wenigstens ein Antrag des FDGB mit Bitte um Lizenzierung eingegangen sein muss.

154 *Political Activity Report*. Melsungen, 25.9.1945.

Hier wird erneut Captain Turnbolls Misstrauen, oder zumindest starke Antipathie den Kommunisten gegenüber deutlich. Bei Zeitzeugenbefragungen stellte sich heraus, dass keiner der von mir Befragten irgend etwas von Zwang bezüglich eines Gewerkschaftseintritts zu berichten wusste. Alfred Meier, damals Auszubildender bei den städtischen Werken, meinte dazu: „Das war eben damals so. Als Arbeiter war man in der Gewerkschaft.“¹⁵⁵ Als Gegenmaßnahme gegen die in diesem *Political Activity Report* aktenkundig gemachte „kommunistische Einflussnahme“ ließ Turnbull bereits am 19.9. (also noch 6 Tage vor dem zitierten *Political Activity Report*) eine Bekanntmachung aushängen, in der folgendes bekannt gegeben wurde:

„Es ist bekannt geworden, dass Leute der jetzt einzigen Gewerkschaft beigetreten sind nur, weil ein gewisser Druck ausgeübt wurde und außerdem nicht bekannt war, dass auch andere Gewerkschaften gegründet werden können.“¹⁵⁶

Im weiteren Verlauf der Bekanntmachung wird jeder Zwang zum Beitritt untersagt und mitgeteilt, dass auch Anträge zur Gründung anderer Gewerkschaften eingereicht werden können.¹⁵⁷ Der Druck zum Beitritt kann auf jeden Fall nicht groß gewesen sein, denn auch nach dieser Bekanntmachung gab es keine große Veränderung in den Mitgliedszahlen des FDGB. Captain Turnbull stellte so auch am Ende des bereits zuvor zitierten *Political Activity Report* vom 25.9. fest: „Membership in the former Union dropped slightly and it is understood that new applications for the formation of Trade Unions will be received within a week or ten days“¹⁵⁸ Die erwarteten Anträge auf Neuzulassung anderer Gewerkschaften scheinen jedoch ausgeblieben zu sein, denn in den später datierten OMGUS-Akten ist von diesem Thema keine Rede mehr. Das Gleiche gilt für deutsche Quellen aus dieser Zeit. Auch Jürgen Schmidt erwähnt für die erste Nachkriegszeit nur den FDGB. Trotz Captain Turnbolls Opposition hat sich Martin Greiling bis lange nach der Auflösung von H-70 im Dezember 1945 als Vorsitzender des FDGB in Melsungen behauptet.¹⁵⁹ So trifft auch hier die Feststellung zu, die bereits am Ende von Kapitel 3 gemacht wurde, dass sich auf lange Sicht politische Entscheidungen, die sich hauptsächlich auf Präferenzen des Kreiscommandanten stützten, nur durchsetzen konnten, wenn sie den Rückhalt der demokratischen Gruppen vor Ort hatten. So scheint Greiling im Gegensatz zu Turnbolls Bewertung in Melsungen selbst sehr geschätzt worden zu sein, denn zumindest schreibt Jürgen Schmidt über Greiling: "Engagiert und frei von Rachegefühlen arbeitet er seit der ersten Stunde in Melsungen mit.“¹⁶⁰ Für seine Verdienste wird Greiling 1959 von Melsungen sogar der gerade frisch eingeführte Ehrenorden der Stadt verliehen.¹⁶¹

155 Zeitzeugeninterview Alfred Meier, 20.5.2006.

156 Bekanntmachung. Theodore T. Turnbull, 19.9.1945. StA MR, 180 Melsungen, Meg 2925.

157 Ebd.

158 *Political Activity Report*. Melsungen, 25.9.1945.

159 Ein genaues Ende seiner Amtszeit ist nicht ersichtlich, jedoch fand sich in den Akten des Melsunger Stadtarchivs ein Schriftstück, das ihn für das Jahr 1948 noch als FDGB-Vorsitzenden erwähnt.

160 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 272.

161 Vgl. ebd., S. 298.

4.2 Aufbau der Melsunger Parteien

Die früheste aktenkundige Erwähnung wieder aufkeimenden Parteienlebens findet sich, abgesehen vom ersten erhaltenen *Political Activity Report* (25.9.), in dem die im Folgenden erwähnte Gründungsversammlung der SPD angekündigt und abgesegnet wird, in der ersten Nachkriegsausgabe der *Hessischen Nachrichten*. Dort wird am 29.9. unter der Überschrift „Aus dem Kreis Melsungen – Parteien erlaubt“ berichtet: „Das politische Leben im Kreis Melsungen beginnt sich zu regen. Von seiten der Bevölkerung ist sehr großes Interesse vorhanden. Am Sonntag, den 30. September, findet im Sitzungssaal des Melsunger Rathauses mit Genehmigung der Militärregierung die Gründungsversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt.“¹⁶²

Dass jedoch vorher bereits informelle Gespräche sowohl der Parteigenossen untereinander als auch mit der Militärregierung stattgefunden haben, scheint wahrscheinlich. Aktenkundig geworden oder anderweitig überliefert worden ist über solche Gespräche leider nichts. Sowohl die Landratsakten als auch die OMGUS-Berichte schweigen sich vor dem 25.9. über dieses Thema aus. Die einzige Andeutung, dass auch in Melsungen, wie vor allem aus vielen hessischen Großstädten berichtet wird, bereits vor einer offiziellen Erlaubnis durch die Militärregierung Initiativen zur Neugründung von Parteien stattgefunden haben¹⁶³, findet sich bei Jürgen Schmidt. Doch auch er geht auf Parteiaktivität vor Ende September nur nebensächlich im Anschluss an die zuvor beschriebene Neugründung des FDGB ein: „Die Parteien möchten nachziehen, aber den ganzen Sommer 1945 über herrscht noch allgemeines Versammlungs- und Organisationsverbot. Die Besatzungsmacht läßt sich lange bitten.“¹⁶⁴ Da Zeitzeugen, die am unmittelbaren politischen Leben in Melsungen des Jahres 1945 teilhatten, fehlen, wird diese Zeit des informellen Parteienlebens wohl im Dunkeln bleiben. Aus den vorliegenden Akten selbst kann nur ersehen werden, dass JCS 1067/6, die jegliche politische Betätigung verbot, von Captain Turnbull konsequent umgesetzt wurde. Die buchstabengetreue Umsetzung von JCS 1067/6 gipfelte in Anordnungen wie dieser vom 9.5.: „Dem Kommandanten wird der Antrag der Gastwirte aus Guxhagen auf Wiedereröffnung ihrer Gastwirtschaften vorgetragen. Genehmigt: Voraussetzung, daß keine politischen Veranstaltungen stattfinden dürfen.“¹⁶⁵

Eine Lockerung dieses Verbots politischer Betätigung deutete sich erst ab dem 6.8. an, als Eisenhower die baldige Zulassung von Parteien und Gewerkschaften ankündigte. Dies bedeutete nach dem amerikanischen Model der *democratic evolution from below* zunächst jedoch nur die Zulassung auf Kreisebene.¹⁶⁶ Den Startschuss für diese gab USFET am 27.8. Vielerorts waren die Kreiskommandeure mit dieser Kehrtwende amerikanischer Parteienpolitik jedoch schlicht überfordert, so dass die eigentliche Lizenzierung von Parteien, wie auch hier, noch auf sich warten ließ.¹⁶⁷

162 Hessische Nachrichten, 29.9.1945.

163 Vgl. MÜHLHAUSEN: Hessen 1945-1950, 79-81.

164 SCHMIDT: Melsungen. Geschichte einer Stadt, 277.

165 Tagesbefehle des Kreiskommandanten, 9.5.1945.

166 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 69.

167 Vgl. Ebd.

4.3 Das Desinteresse der Bevölkerung

Wie bereits erwähnt, herrschte zumindest in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein breites Desinteresse an politischer Betätigung jeder Art vor. Im Gegensatz zu der oben zitierten Pressemitteilung, die von einem „sehr großen Interesse“ seitens der Bevölkerung spricht, zeichnet Jürgen SCHMIDT ein anderes Bild: „Die Masse der Bevölkerung meidet zunächst jede aktive politische Betätigung.“¹⁶⁸

Diese Einschätzung deckt sich mit den in den amerikanischen OMGUS-Akten überlieferten Berichten. Bereits im ersten *Political Activity Report* vom 25.9.: *There is a noticeable tendency to shy away from political meetings of any kind. The reason for this is not known.*¹⁶⁹ Turnbull berichtet weiter, dass er sich durch das Gründungstreffen der SPD erhoffe, es möge zu einem Durchbruch im Bezug auf das politische Leben kommen und dadurch neue Aktivitäten angestoßen werden.¹⁷⁰ Dazu scheint es aber in der nächsten Zeit nicht gekommen zu sein, denn in dem *Weekly MGSUM Report* vom 8.10. beschreibt er unter *Summary of the Situation* zwar erste Gespräche, die stattgefunden haben, macht aber gleichzeitig deutlich, dass aus seiner Sicht noch kein echter Handlungswillen zu erkennen ist: „Persons formerly active in German political parties have begun to discuss politics and re-formation of parties, but are almost stubborn in their refusal to take definite action towards formation of any party.“¹⁷¹ Auch nachdem SPD und KPD ab Ende Oktober bereits lizenziert waren, gibt Captain Turnbull im *Political Activity Report* vom 15.11. ein wenig ernüchtert unter dem Punkt *Extent to which political activities contribute to revival of democratic procedures* zu Protokoll: „To date, such activities have done practically nothing to contribute to democratic procedures.“¹⁷²

Wie lässt sich diese Zurückhaltung jedem politischen Engagement gegenüber erklären? Neben den Alltagssorgen, die den Einzelnen oft vereinnahmten, wird in den OMGUS-Berichten ein anderer Grund genannt, der uns aus heutiger Sicht natürlich absurd erscheinen muss, aber doch eine tiefe Unsicherheit allem Politischen gegenüber widerspiegelt. So heißt es im *Weekly MGSUM Report* vom 10.2.1946, in dem stagnierende Mitgliederzahlen der Parteien im Landkreis Melsungen angesprochen werden: „This indicates a static membership in all but the SPD and is explained by a reluctance of the population to affiliate themselves with any party. The fear has been expressed, that such membership may have a similar detrimental effect as has now party membership in the NSDAP.“¹⁷³

Auch wenn dieser *Weekly MGSUM Report* bereits nach den ersten Gemeindewahlen vom 20.1. entstand, in dem sich, mit einer Wahlbeteiligung von 88 Prozent für den Landkreis Melsungen¹⁷⁴, gezeigt hatte, dass die Bürger sehr wohl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, spiegelt dieser Bericht die Grundtendenz des „Sich-neutral-halten-

168 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 277.

169 *Political Activity Report*. Melsungen, 25.9.1945.

170 Ebd.

171 Vgl. „*Weekly MGSUM Report*. Melsungen“, 7.10.1945.

172 *Political Activity Report*. Melsungen, 15.11.1945.

173 „*Weekly MGSUM Report*. Kassel.“, 10.2.1946.

174 Hessische Nachrichten, 23.1.1946.

wollens“ wider, die mir auch in Zeitzeugeninterviews beschrieben wurde. Nach zwölf Jahren verordneter Parteimitgliedschaft oder Mitgliedschaft in anderen NS-Organisationen war es wohl für viele Kleinbürger ein Akt persönlicher Freiheit, parteilos sein zu dürfen.¹⁷⁵

Abschließend kann man zu diesem Thema festhalten, dass die Parteien in Melsungen durch alte Kader, die schon vor dem Dritten Reich aktiv waren, wiederaufgebaut wurden und zumindest zu Beginn des Demokratisierungsprozesses noch keinen breiten Rückhalt in der Bevölkerung besaßen. Diese augenscheinliche politische Zurückhaltung reichte jedoch nicht bis an die Wahlurne, wie die zuvor beschriebene hohe Wahlbeteiligung bei der ersten Gemeindevwahl zeigt. Leider sind zu den Bereichen der politischen Meinungsbildung und des politischen Engagements keinerlei zeitgenössische schriftliche Quellen von deutscher Seite her erhalten, während die Amerikaner diesem Thema in ihren *Political Activity Reports* um so größere Bedeutung zumaßen. So muss sich die Bewertung des politischen Engagements der breiten Masse der Bevölkerung primär auf diese Quellen stützen, die aber, auch wenn man sie nur mit den deutschen Zeitzeugenberichten kontrastiert, ein homogenes Bild ergeben. So kann eine (partei-)politische Zurückhaltung der Melsunger zwar zweifelsfrei festgestellt, die Gründe für diese aber nicht abschließend geklärt werden. Die amerikanische Militärverwaltung führte zwar Umfragen zu aktuellen Themen in ihrer Besatzungszone durch, jedoch keine zu politischem Engagement vor den Gemeindevahlen. Die Umfragen wurden erst spät begonnen – mit Daten von 1945 ist nur eine einzige vorhanden –, so dass zu diesem Thema leider keine Studien mit Relevanz für Melsungen vorliegen.¹⁷⁶

4.4 Wiederaufbau der SPD in Melsungen

In Hessen waren die Sozialdemokraten die treibende politische Kraft in den ersten Nachkriegsmonaten. Sie konnten, wie die Kommunisten, auf ein Anhängerreservoir zurückgreifen, das zumindest in Teilen den Nationalsozialismus überdauert hatte und jetzt in das Vakuum der politischen Verantwortung drängte, das die Nazidiktatur hinterließ. Auch in Melsungen hatten engagierte SPD-Mitglieder den Krieg überdauert und hatten für ihre Überzeugung teilweise in Konzentrationslagern einstehen müssen. Bereits im am 12.4.1945 eingesetzten provisorischen Stadtrat sind mit Johannes Mengel und Fritz Siebert zwei altgediente Sozialdemokraten vertreten.¹⁷⁷ Beide gehörten zur „alten Garde“ der SPD, die während des Nationalsozialismus ihrer Überzeugung treu geblieben waren und dadurch teilweise harte Sanktionen in Kauf nehmen mussten. Mengel war seit 1933 insgesamt 18 Monate in Konzentrationslagern interniert gewesen. Siebert hatte nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten seinen Arbeitsplatz wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ verloren.¹⁷⁸ Beide finden sich auch auf der Liste der offiziellen Unterstützer der Partei, die nach der erfolgreichen Lizenzierung der SPD am 20.10.1945 im *Political Activity Report* vom 24.10. aufgeführt wurde.

175 Vgl. Zeitzeugeninterview Alfred Meier, 20.5.2006.

176 Vgl. Anna J. MERRIT und Richard L. MERRIT: Public opinion in occupied Germany. The OMGUS-Surveys, 1945-1949, Chicago, 1970.

177 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 265.

178 Political Activity Report. Melsungen, 24.10.1945.

Indizien für inoffizielle Parteiarbeit

Die offizielle Geschichte der „neuen“ SPD im Landkreis Melsungen beginnt mit einem kurzen Bericht im *Political Activity Report* vom 25.9., in dem das Gründungstreffen einer Partei für den 30.9. angekündigt wird, zu dem 30 bis 40 Personen erwartet werden.¹⁷⁹

Interessanterweise taucht der Name der Partei in diesem Bericht gar nicht auf. Da als Datum aber der 30.9. genannt wird, kann es sich bei dem Treffen nur um das in dem Zeitungsartikel der *Hessischen Nachrichten* angekündigte SPD-Gründungstreffen gehandelt haben. Mengel sollte dort den Vorsitz führen, interessanter aber noch ist, dass ein Gastredner aus Kassel eingeplant war: „Am Sonntag den 30. September, findet im Sitzungssaal des Melsunger Rathauses mit Genehmigung der Militärregierung die Gründungsversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Unter dem Vorsitz des altbewährten Antifaschisten Mengel soll die politische Zielsetzung beraten werden. Karl Herrmann aus Kassel wird zu den versammelten Funktionären sprechen.“¹⁸⁰

Karl Herrmann, bereits vor 1933 SPD-Parteisekretär, war eine der treibenden Kräfte, nicht nur beim Wiederaufbau der Kasseler SPD, sondern auch bei der Reorganisation der Partei in ganz Kurhessen.¹⁸¹ Dieser Artikel ist ein Beleg dafür, dass bereits vor der offiziellen Sanktionierung durch die Militärregierung Gespräche zwischen den alten Parteigenossen stattgefunden haben müssen und unter Umständen Netzwerke reaktiviert wurden, die den Nationalsozialismus überdauert hatten. Für Melsungen ist auf Grund der Aktenlage und fehlender Zeitzeugen, die an diesen Geschehnissen unmittelbar beteiligt waren, parteipolitische Aktivität vor dem offiziellen Startschuss der Militärregierung nicht nachzuweisen, für Kassel jedoch, den Wirkungsbereich Herrmanns, ist diese sehr gut belegt.¹⁸² Neben der Arbeit von antifaschistischen Ausschüssen, an denen Herrmann beteiligt war, hatte er zusammen mit Rudolf Freidhof, der zweiten Führungspersönlichkeit der nordhessischen Nachkriegs-SPD, bereits am 12.6.1945 ein Schriftstück über den Wiederaufbau der sozialdemokratischen Partei verfasst.¹⁸³

So liegt es nahe zu vermuten, dass auch in Melsungen bereits vor Ende September 1945 informelle Treffen der alten Parteikader stattgefunden haben. Auf jeden Fall müssen ja bereits vor dem ersten offiziellen Treffen Kontakte zu Herrmann bestanden haben, da es sonst nur schwer möglich gewesen wäre, ihn als Gastredner einzuladen. Auch Jürgen Schmidt deutet in seinem Buch an, dass bereits vor der offiziellen Gründung Anfragen beim Kreiskommandanten eingingen¹⁸⁴, von denen aber, wie bereits beschrieben wurde, nichts aktenkundig geworden ist. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass im Kreis Melsungen die SPD nach dem 25.9. plötzlich einfach aus dem luftleeren Raum wiederaufgetaucht ist, sondern es erscheint eher plausibel, dass, wie für viele andere hessische Städte belegt, bereits nach Kriegsende zaghafte Treffen der alten Genossen eingesetzt haben. Nach der offiziellen Erlaubnis der Besatzungsmacht konnten sich diese Gruppen nun endgültig an die Öffentlichkeit wagen.

179 *Political Activity Report*. Melsungen, 25.9.1945.

180 *Hessische Nachrichten*, 29.9.1945.

181 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 80.

182 Vgl. ebd., S. 79-81.

183 Gerhard BEIER: *SPD Hessen. Chronik 1945 bis 1988*. Bonn, 1989, 23.

184 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 277.

Partei Gründung und Lizenzierung der SPD

Das offizielle Treffen zur Neugründung der SPD, das im Artikel der *Hessischen Nachrichten* vom 29.9. angekündigt worden war, hat in dieser Form auch stattgefunden, jedoch ohne den geplanten Gastredner Karl Herrmann aus Kassel. Warum Herrmann dem Gründungstreffen nun doch fernblieb, lässt sich nicht klären. Ein Grund könnte jedoch gewesen sein, dass Herrmann mit Vorbereitungen für die Neugründung der SPD in Kassel beschäftigt war, die am 17.10. erfolgte.¹⁸⁵ Aber auch ohne Unterstützung von außen scheint diese erste Versammlung altgedienter SPD-Genossen ein voller Erfolg gewesen zu sein, auf jeden Fall nach der Beschreibung in den *Hessischen Nachrichten* zu urteilen. Unter der Überschrift „SPD gegründet“ hieß es dort: „Im überfüllten Sitzungssaal des Melsunger Rathauses fand die Gründung der Sozialdemokratischen Partei statt. – Der Vorsitzende Johannes Mengel eröffnete die Versammlung mit der Begrüßung der alten, unbeugsamen Genossen der sozialdemokratischen Partei. Für alle Anwesenden war es ein erhebender Augenblick, daß nun ihre Partei, für die sie jahrelang gekämpft und zum Teil in Konzentrationslagern gelitten hatten, wieder ins Leben gerufen wurde.“¹⁸⁶

Auch im *Political Activity Report* vom 9.10. wird das erste Treffen der SPD beschrieben und ebenso positiv, wenn auch etwas nüchterner, bewertet: „One meeting of former members and officials of the Social Democratic Party was authorized on 30. Sep. 45, 33 persons present. Meeting was for the purpose of determining who should constitute the officials of the local party, such officials to constitute also the sponsors in the eyes of Military Government. The both speakers, both local civilians, spoke on the pleasures of being able to meet again after 12 years of oppression the necessity of organizing along democratic lines, and the part to be played by the party in helping Military Government de-nazify Germany.“¹⁸⁷

In einem merkwürdigen Kontrast zu diesen sehr positiven Bewertungen, sowohl von deutscher als auch von amerikanischer Seite, steht eine Einschätzung, die ebenfalls von Captain Turnbull verfasst wurde, und zwar nur zwei Tage vor dem zitierten *Political Activity Report*. Dort heisst es im *Weekly MGSUM Report* als erster Punkt: „Persons formerly active in German political parties have begun to discuss politics and the re-formation of parties but are almost stubborn in their refusal to take definite action towards formation of any party.“¹⁸⁸ Da sich diese Aussage nach den zuvor zitierten Quellen definitiv nicht auf die SPD beziehen kann, und auch die KPD, wie ich im nächsten Kapitel zeigen werde, zu diesem Zeitpunkt bereits erste Schritte in Richtung offizielle Neugründung unternommen hatte, ist die einzige Interpretation, die als vertretbar erscheint, die, dass Turnbull in diesen Zeilen seiner Frustration über die Zurückhaltung im bürgerlichen Lager, was die Neugründung von Parteien angeht, Ausdruck verleiht. Turnbull scheint alles, was links von der Mitte stand, mit einem gewissen Unbehagen erfüllt zu haben, wie bereits im Kapitel über die Neugründung der Ge-

185 Hessische Nachrichten, 17.10.1945.

186 Ebd., 6.10.1945.

187 Political Activity Report. Melsungen, 9.10.1945.

188 „Weekly MGSUM Report. Melsungen.“, 7.10.1945.

Gewerkschaften verdeutlicht wurde. Auch seine Personalentscheidungen, wie in Kapitel 3.1 und 3.4 aufgeführt, tendierten stets zu eher konservativen Lokalpolitikern.

Ein Lizenzierungsantrag der SPD muss jedenfalls am 9.10.1945 bereits vorgelegen haben, denn im *Political Activity Report* dieses Datums heißt es dazu: „Petition to be re-submitted after incorporating certain changes concerning finances and dues, as suggested by Military Government“¹⁸⁹ So waren die Gründung, die dem Artikel in den *Hessischen Nachrichten* zufolge bereits am 30.9. erfolgt war, und die Lizenzierung durch die Militärregierung auch in diesem Fall „zwei Paar Schuhe“. Die offizielle Lizenzierung der SPD hat nach Angaben des *Political Activity Report* vom 24.10. am 20.10. stattgefunden¹⁹⁰, also knapp drei Wochen nach der Gründungsversammlung im Melsunger Rathaus. In diesem Bericht werden auch die offiziellen Verantwortlichen der Partei für den Landkreis genannt. Unter ihnen finden sich Mengel als erster Vorsitzender und Siebert als Schatzmeister. Des Weiteren werden Johannes Heinrich Ide als zweiter Vorsitzender und Heinrich Hain, Adam Schenk, Richard Bockemühl und Karl Dittmar ohne Angabe der Funktion, also vermutlich als Beisitzer, aufgeführt. Bei allen Unterstützern – *sponsors*, sie waren dem *Local Detachment* gegenüber für die Partei verantwortlich – handelte es sich um Mitglieder der alten SPD der Weimarer Republik, einige von ihnen hatten sogar bereits in den Zwanziger Jahren politische Ämter bekleidet, so z. B. Ide, der Mitglied des Kreis Ausschusses war.¹⁹¹ Mit der Lizenzierung bekam die SPD die Erlaubnis, die ersten öffentlichen Kundgebungen im Kreis zu halten, die erste am 21.10., die zweite am 28.10. Zur zweiten Kundgebung war der im Zusammenhang mit Karl Herrmann bereits erwähnte Rudolf Freidhof aus Kassel als prominenter Gastredner geladen.

Vorübergehende Auflösung der Melsunger SPD

Ein weiterer interessanter Vorgang in der Geschichte der Nachkriegsparteien ist der plötzliche Entzug der Parteilizenz der SPD am 27.11.: „Social Democrat Party of Germany for Kreis Melsungen was dissolved on 27 Nov 45 by letter directed to the president thereof for failure to file a statement of the funds received and use to be made thereof as provided by USFET directive under which such party was organized.“¹⁹²

Dieser Verlust der Lizenz geschah völlig ohne eine aus den vorliegenden Akten nachvollziehbare Vorwarnung. Auch die Formulierung, dass die Partei durch einen Brief an den Präsidenten aufgelöst wurde, hinterlässt den Eindruck, dass diese Auflösung die Parteigenossen sehr überraschend getroffen haben könnte. Sollte die Auflösung wirklich ohne eine für Mengel und die anderen SPD-Offiziellen erkennbare Vorwarnung stattgefunden haben, wird sie die Genossen im beginnenden Gemeindevahlkampf wie ein Blitz getroffen haben. Die Reaktion der nun illegalen SPD-Ortsgruppe kam prompt: „On the same day the party was dissolved, a new application was received for the organization of a new SPD, but such application has not been acted on pending vetting of officials.“ Diese Aussage wirft doch einige Fragen auf:

189 Political Activity Report. Melsungen, 9.10.1945.

190 Ebd., 24.10.1945.

191 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 225.

192 Political Activity Report. Melsungen, 30.11.1945.

Waren die Offiziellen der Partei auf einmal andere als bei der ersten Bewerbung? Waren die Parteiführer bei der ersten Lizenzierung nicht überprüft worden? Der Vorgang lässt sich leider nach über 60 Jahren nicht mehr aufklären, zumal er auch in den *Hessischen Nachrichten* keinerlei Erwähnung fand. Zwei Wochen später wurde das Melsunger *Detachment* in das Kasseler eingegliedert und der Vorgang findet keinerlei Erwähnung mehr. Es wird nur über den laufenden Wahlkampf der SPD berichtet, was nahe legt, dass die Lizenz der SPD erneuert worden sein muss. Ob dieser Zwischenfall für das relativ schlechte Abschneiden der SPD bei den Gemeindewahlen in Melsungen selbst mitverantwortlich war, bleibt unklar. Der Unterton mancher OMGUS-Akten könnte auf jeden Fall den Eindruck entstehen lassen, dass es sich bei der Auflösung unter Umständen um Schikane von Seiten Turnbulls gehandelt hat, die den bürgerlichen Parteien, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal gegründet waren, mehr Zeit verschaffen sollte.

SPD-Wahlkampf in Melsungen

Bereits Anfang September hatte Clay entgegen allen Skeptikern seinen Zeitplan für freie Wahlen in der amerikanischen Besatzungszone durchgesetzt.¹⁹³ Dieser sah die ersten Gemeindewahlen für Januar 1946 vor. Darauf sollten im März 1946 Kreistagswahlen und im Mai 1946 Stadtkreiswahlen folgen. Viele Kritiker hielten diese Wahlen für zu früh und sahen dadurch sogar den Demokratisierungsprozess gefährdet.¹⁹⁴ Auch auf den unteren Ebenen der Militärverwaltung und bei deutschen Lokalpolitikern schien diese Skepsis verbreitet zu sein: „It is believed by the local leaders that the earliest feasible date for the holding of any elections will be 1 June 46. Lack of interest, uncertainty of officials of their present positions and absence of knowledge of the provisions of the proposed Code, together with transportation difficulties and winter hardships have been advanced as the reasons.“¹⁹⁵

Werden in diesem Bericht noch die Deutschen vorgeschoben, wird im *Political Activity Report* vom 30.11. deutlich, dass Turnbull diese Skepsis teilt. Unter dem Punkt 13. *Recommendations as to public offices which might be filled by local elections at an early date* schreibt Turnbull: „No Gemeinde office should be filled before 1 June 1946.“¹⁹⁶ Diese Einsprüche, sowohl von niedrigen als auch von hohen Stellen der Militärverwaltung vorgebracht, ließen Clay jedoch unbeeindruckt, zumal er für seine Pläne Rückendeckung aus dem *State Department* in Washington erhielt.¹⁹⁷

So wurde, nachdem der Zeitplan feststand, auch in Melsungen von Seiten der SPD kräftig Wahlkampf gemacht. Die beiden ersten öffentlichen Kundgebungen, die mit der Lizenzierung am 20.10.1945 genehmigt wurden, sind oben bereits behandelt worden. Zur gleichen Zeit haben anscheinend auch die Vorbereitungen zum Gemeindewahlkampf seitens der SPD eingesetzt. Im *Political Activity Report* vom 24.10. heißt es dazu in der Rubrik über stattgefundene Treffen politischer Art: „Meeting of SPD local members

193 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 142.

194 Vgl. ebd.

195 *Political Activity Report*. Melsungen, 15.11.1945. Unterstreichung aus Originalquelle übernommen.

196 Ebd., 30.11.1945.

197 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 142.

(approximately 50 people present) to discuss organization of party throughout the Kreis for the purpose of preparing for Gemeinde elections.“¹⁹⁸ Ab diesem Zeitpunkt scheint der Wahlkampf richtig angelaufen zu sein, denn im *Political Activity Report* vom 15.11. wird eine kreisweite Versammlung erwähnt, auf der der bereits erwähnte Rudolf Freidhof eine Rede vor 500 Personen zum Thema „Die Position der SPD im heutigen Deutschland“ hielt.¹⁹⁹ Für diese Versammlung wird leider kein Datum angegeben, so dass unklar bleibt, ob es sich bei dieser Versammlung um das auch in den *Hessischen Nachrichten* für den 28.10 angekündigte Treffen gehandelt hat, oder ob Freidhof erneut als Redner zu einer Wahlkampfveranstaltung geladen wurde. Als Titel der Rede wurde in den *Hessischen Nachrichten* jedenfalls „Die SPD im neuen Staat“ angegeben.²⁰⁰ Dieser Titel ähnelt dem in der amerikanischen Quelle aufgeführten stark, ist aber nicht mit ihm identisch. Neben dieser Großveranstaltung sind für die Zeit zwischen dem 24.10. und dem 15.11. sechs weitere Kundgebungen der SPD aufgeführt, diese leider ohne Angaben über die Anzahl der anwesenden Zuhörer.²⁰¹

Für den nächsten Berichtszeitraum bis zum 30.11. bleibt der entsprechende *Political Activity Report* sehr vage: „Total numbers of meetings authorized – 20; average attendance at each – 40; all such meetings were for the purpose of gemeinde organization.“²⁰² Auch die *Hessischen Nachrichten* schweigen sich in diesem Zeitraum zum lokalpolitischen Geschehen aus. Der *Political Activity Report* vom 30.11. ist auch der letzte für das Melsunger *Detachment* H-70 überlieferte, da im Wochenbericht des Kasseler *Detachment* vom 16.12. die Zusammenlegung von H-70 mit dem Kasseler *Detachment* F-14 festgehalten wird. In diesen Zeitraum fällt auch der zuvor beschriebene Lizenzentzug der Melsunger SPD. Ob es zwischen den Problemen der Melsunger SPD und der Auflösung des Melsunger *Detachments* eine Verbindung gab, lässt sich nicht klären. Festzuhalten bleibt, dass die Kasseler SPD eine Vertrauensstellung bei der Militärregierung besaß, die der Melsunger SPD bei Turnbull anscheinend fehlte.²⁰³

Nach der Zusammenlegung mit dem Kasseler *Detachment* fällt die Berichterstattung über die SPD in den *Weekly MGSUM Reports – Political Activity Reports* sind in diesen Zeitraum für Kassel leider nicht überliefert – weitaus positiver aus. Auch von einer fehlenden Lizenz ist keine Rede mehr. Die *Hessischen Nachrichten* berichten für diese Zeit auch über weitere Anstrengungen der SPD im Wahlkampf für die kommenden Gemeindevahlen. So wird am 22.12. über die Kreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei berichtet: „Die Sozialdemokratische Partei hatte ihre Ortsvertreter aus dem Kreise Melsungen zu einer Kreiskonferenz im ‚Deutschen Haus‘, Kasseler Straße zusammengerufen, in der vor allem Fragen, die sich mit der Wahl im Januar befassen, besprochen wurden. Nach Eröffnungsworten des Vorsitzenden Kam.²⁰⁴ Mengel sprach Kam. Braunholz über die Wahl im Januar. Hierbei betonte der Redner, dass die Bedeutung der

198 *Political Activity Report*. Melsungen, 24.10.1945.

199 Ebd., 15.11.1945.

200 *Hessische Nachrichten*, 24.10.1945.

201 *Political Activity Report*. Melsungen, 15.11.1945.

202 Ebd., 30.11.1945.

203 BEIER: SPD Hessen (wie Anm. 183), S. 21-33.

204 Wahrscheinlich für: Kamerad.

Wahlen nicht so sehr darin läge, dass sie die ersten Gemeindewahlen wären, sondern vielmehr darin, dass das deutsche Volk in seiner ersten Wahl beweisen müsse, dass es in der Lage sei politisch mündig zu werden.²⁰⁵

Außerdem wird in diesem Artikel klargestellt, dass die SPD den Wahlkampf unabhängig führen würde. Dies ist der einzige aktenkundige Beleg, dass wohl auch Melsungen von der Diskussion über einen Zusammenschluss der SPD mit der KPD berührt wurde, dass aber auch hier die Position feststand (nämlich, dass es zwar eine Zusammenarbeit geben könnte, aber keinen Zusammenschluss geben würde), wie eigentlich in der ganzen Westzone. Diese Position, die sich in nahezu allen SPD-Ortsverbänden festigte, wurde bedingt durch die frühe Bindung der hessischen KPD an die Parteiführung in Ostberlin.²⁰⁶

Die letzte „heiße Phase“ des Gemeindewahlkampfes begann Anfang Januar. Für diese Zeit wird von weiteren Wahlkampfveranstaltungen berichtet. Außerdem wird am 12.1.1946 erstmals ein Wahlprogramm der SPD in den *Hessischen Nachrichten* veröffentlicht. Da für die SPD im Landkreis kein eigenes Wahlprogramm erhalten ist und Melsungen mit zum Einzugsbereich der *Hessischen Nachrichten* gehörte, ist es plausibel, dass das Programm der Kasseler Genossen auch für den Landkreis Melsungen verbindlich war. Auch hier wurde dem Thema „Was trennt uns von der KPD?“ ein Drittel des Artikels eingeräumt.

Für diese Zeit finden sich auch die ersten offiziellen Mitgliederzahlen der Militärregierung für die SPD. Am 6.1.1946 wird die Mitgliederzahl der SPD mit 651 angegeben.²⁰⁷ Erstaunlicherweise fällt die Mitgliederzahl in nur einer Woche auf 604, wird aber am 20.1. bereits wieder mit 651 angegeben. Da es unwahrscheinlich ist, dass innerhalb von einer Woche 46 Mitglieder die SPD verlassen haben und in der Woche darauf auch exakt 46 Mitglieder wieder eingetreten sind, muss es sich hierbei um einen Fehler in der Statistik handeln. Selbst wenn man 604 Mitglieder annimmt, hatte die SPD damit immer noch mehr als dreimal soviel Mitglieder wie die nächststärkste Partei, die KPD. Somit befand sich die SPD, trotz einiger Schwierigkeiten, wie dem plötzlichen Entzug der Lizenz, in einer starken Position für die am 20.1.1946 bevorstehenden Gemeindewahlen, auf deren Ergebnisse unten eingegangen wird.

4.5 Neugründung der KPD in Melsungen

Einleitend zur Geschichte der KPD muss zunächst festgestellt werden, dass die amerikanische Militärverwaltung allen Aktionen dieser Partei sehr kritisch gegenüber stand. Sehr deutlich wird diese Einstellung bei MÜHLHAUSEN: „Die Befürchtungen einer kommunistischen Dominanz der deutschen Parteienlandschaft – die KPD musste durch die Protegierung der Sowjets in der Ostzone als treibende Kraft erscheinen – bestimmte das Verhalten der Militärs gegenüber jeglichen Parteipolitischen Aktivitäten, wiewohl ihnen auch

205 Hessische Nachrichten, 22.12.1945.

206 KROPAT (wie Anm. 9), S. 23.

207 „Weekly MGSUM Report. Kassel.“, 6.1.1946.

ihnen auch Sozialisierungsforderungen von SPD und christlichen Gewerkschaften suspekt waren.“²⁰⁸

Die zentralistische Ausrichtung der KPD und auch das Misstrauen von Seiten der amerikanischen Militärregierung lässt sich bis in das Kreisstädtchen Melsungen nachvollziehen. Bereits am 11. Juni 1945, einen Tag nach der offiziellen Erlaubnis politischer Betätigung in der sowjetischen Besatzungszone, wurde von dem Zentralkomitee der KPD mit Sitz in Ostberlin ein Grundsatzpapier verabschiedet, das verbindlich für alle Kreisverbände sowohl in der sowjetischen Besatzungszone als auch in den anderen war.²⁰⁹ Dieses Papier wurde auch in Melsungen als Grundlage für eine Lizenzierung beim Kreiscommandanten eingereicht, jedoch erst Anfang Oktober 1945²¹⁰ nachdem im Landkreis Melsungen parteipolitische Betätigung erlaubt war. In seiner Reaktion stellt Turnbull unfreiwillig seine politische Ahnungslosigkeit zur Schau: „Communist Party: Action delayed because the memiographed petition, signed by only one man, provided for no party organization on a local basis, and because said petition contained as an annex ‘Copy of the Manifests of the Central Committees of the KPD of June 11, 1945.’ Inasmuch as no political activities were authorized in this area on 11 June 1945, inquiry is being made into the facts surrounding such meeting, where held, and the personnel. No satisfactory explanation can be given by the signor²¹¹ of the petition.“²¹²

Anscheinend war Captain Turnbull nicht bekannt, dass das Zentralkomitee der KPD seinen Sitz in Ostberlin hatte und es sich bei dem Manifest nur um die Kopie des für alle Ortsgruppen verbindlichen Standardpapiers handelte. Stattdessen stellte er der Quelle zufolge Untersuchungen nach kommunistischen Umtrieben in seinem friedlichen Städtchen an. Ob Turnbull sein Fehlgriff im Nachhinein aufgefallen ist, ist leider nicht nachprüfbar, auf jeden Fall kann sein Kreuzzug gegen geheimnisvolle kommunistische Untergrundaktivitäten im Landkreis Melsungen nicht lange gedauert haben, denn bereits am 20.10. bekam die Ortsgruppe der KPD eine offizielle Parteilizenz. Vermutlich wird der Vorgesetzte, der den *Political Activity Report* zu lesen bekam, Turnbull über sein Missverständnis aufgeklärt haben. Wer der mysteriöse Unterzeichner der Petition war, lässt sich nicht ermitteln, es wird sich aber wohl um eins der später aufgeführten Gründungsmitglieder oder um den oben bereits erwähnten Martin Greiling gehandelt haben.

KPD-Aktivität vor der Lizenzierung

Wie bereits für die Entstehung der SPD dargestellt, lässt sich KPD-Aktivität vor der Lizenzierung nur indirekt nachweisen. Im Gegensatz zur SPD gibt es auch keinerlei Quellen, die ein Gründungstreffen der KPD belegen, oder gar die offizielle Erlaubnis eines solchen in den Akten der Militärregierung. Trotzdem müssen solche Treffen

208 MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 70.

209 Ebd., S. 93.

210 Das genaue Datum lässt sich nicht mehr ermitteln, das Grundsatzpapier wird aber im Political Activity Report vom 9.10.1945 erwähnt.

211 Falscher Ausdruck aus der Originalquelle übernommen. Auch in der Originalquelle war der Ausdruck bereits unterstrichen und jemand hatte „an italian?“ an den Rand geschrieben.

212 Political Activity Report. Melsungen, 9.10.1945.

zweifelsohne stattgefunden haben, schon allein um die Verantwortlichen der Partei zu bestimmen und die von der Militärregierung für jede Neulizenzierung geforderte Liste mit mindestens 30 Unterstützern zusammenzustellen.²¹³ Auch verfügte die KPD über den Unterstützerkreis, der am besten mit politischer Untergrundarbeit vertraut war. Neben Martin Greiling gehörte Wilhelm Killian zum engeren Kreis der KPD-Aktivisten. Über ihn vermerken die OMGUS-Akten: „after 1933 [he] was an active member of the KPD even though illegal; CIC reports considerable evidence of anti-nazi activity.“²¹⁴ Des Weiteren gehörte Johannes Drechsler zur Führungsriege der KPD. Wie Greiling war er Mitglied des provisorischen Melsunger Stadtrates. Auch er scheint ein entschiedener Antifaschist gewesen zu sein, wie sich aus dem Akteneintrag ersehen lässt: „a former member of the KPD; CIC reports evidence of anti-nazi activity.“²¹⁵ So wurde diesen KPD-Aktivisten vom amerikanischen Militärgesamtdienst ein Zeugnis über Untergrundaktivität während des dritten Reiches ausgestellt. Da wie im Kapitel über die Nachfolge Dr. Schmidts berichtet, bereits zu diesem Zeitpunkt Verdächtigungen über kommunistische Einflussnahme angestellt worden sind, liegt es nahe zu vermuten, dass die altgedienten KPD-Männer sich bereits vor der offiziellen Erlaubnis politischer Betätigung trafen. Ein weiteres Indiz für Verbindungen zu Kommunisten außerhalb des Kreises ist das zuvor beschriebene Manifest des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni, das ja auf irgendeine Art und Weise nach Melsungen gelangt sein muss. So lässt sich ähnlich wie für die SPD feststellen, dass Indizien für politische Betätigung vor der offiziellen Erlaubnis der Militärregierung vorhanden sind und politische Betätigung so zwar angenommen werden kann, sich aber nicht explizit nachweisen lässt, da Quellenmaterial und Zeitzeugen fehlen. Auch der Zeitzeuge Alfred Meier, dessen Vater Wilhelm bereits vor 1933 aktiver Kommunist war, konnte informelle Treffen zwar nicht ausschließen, aber auch nicht bestätigen.²¹⁶

Lizenzierung der KPD für den Landkreis Melsungen

Nach dem oben dargestellten Fehlschlag bei den ersten Lizenzierungsbemühungen der KPD gelang es der Partei zwischen dem 9. und 19. Oktober²¹⁷ einen erneuten Lizenzierungsantrag zu stellen, der die Zustimmung der Militärregierung gefunden haben muss. Im *Political Activity Report* vom 24.10. ist dazu vermerkt: „Effective 20 October 1945, two (2) political parties were authorized as follows: [...] b. Communist Party of Germany, Kreis Melsungen. This is a political party organized on democratic lines on a kreis level. It is authorized to function only within the territorial limits of Kreis Melsungen, Regierungsbezirk Kassel, Land Gross Hessen“²¹⁸

Demnach muss die KPD ihre Lizenz am 20.10. erhalten haben, zur gleichen Zeit wie die SPD, die ebenfalls in diesem *Political Activity Report* aufgeführt ist. Auch für die

213 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 277.

214 *Political Activity Report*. Melsungen, 24.10.1945.

215 Ebd.

216 Zeitzeugeninterview Alfred Meier, 20.5.2006.

217 Das ist der Zeitraum zwischen der im *Political Activity Report* vom 9.10.1945 vermerkten Ablehnung des ersten Antrages und der erfolgreichen Lizenzierung am 20.10.1945.

218 *Political Activity Report*. Melsungen, 24.10.1945.

KPD ist eine Liste mit offiziellen Sponsoren erhalten, in der im Gegensatz zur SPD nur vier statt sieben Personen genannt sind. Neben Wilhelm Killian als Präsidenten und Johannes Mengel finden sich dort noch Karl Patzkai und Karl Rhode, wobei sich für den letzteren, wie für Killian und Mengel, ein Vermerk über CIC-bestätigte Widerstandsaktivitäten findet.²¹⁹ Interessant ist, dass sich die *Hessischen Nachrichten* über Gründung und Versammlungen der KPD im Landkreis Melsungen gänzlich ausschweigen, während über die SPD fast regelmäßig berichtet wird. Ob es sich dabei um politisches Kalkül gehandelt hat, bleibt fraglich, da sich über die Gründung anderer KPD-Ortsgruppen, so zum Beispiel im Kreis Hersfeld, Berichte finden.²²⁰ Da auch in den Akten des Stadtarchivs und des Landratsamtes keine Hinweise zu diesem Thema aufzufinden waren, muss sich der Bericht über die Entwicklung bis zur Gemeindewahl auf die wenigen Informationen in den OMGUS-Akten stützen.

Entwicklung der KPD bis zur Gemeindewahl

Die Unterlagen, aus der sich eine Entwicklung der KPD zwischen Lizenzierung und Gemeindewahl rekonstruieren lässt, sind äußerst spärlich. Für den Zeitraum zwischen dem 24.10 und 15.11. findet sich die erste Erwähnung der durch die Militärregierung genehmigten Treffen der KPD. Ob es sich bei den als *Gemeinde organization meetings* titulierten Veranstaltungen um öffentliche Veranstaltungen gehandelt hat, bleibt unklar.²²¹ Für den nächsten Zeitraum bis zum 30.11. finden sich nur allgemeine Angaben darüber, dass insgesamt 20 Parteitreffen stattfanden, von denen einige bestimmt auf die KPD entfallen, da zu diesem Zeitpunkt nur SPD und KPD im Landkreis Melsungen lizenziert waren.²²² Bis zum 13.1.1946, also über vier Wochen nach der Zusammenlegung des Melsunger *Detachments* mit dem Kasseler, finden sich keine weiteren Angaben über irgendwelche Veranstaltungen der KPD. Erst dann werden im Zuge der näher rückenden Kreistagswahlen für die nächsten beiden Wochen jeweils zwei Versammlungen der KPD erwähnt.²²³ Am 6.1. finden sich jedoch bereits erste Angaben über die Mitgliederstärke der Partei im Landkreis. Dort noch mit 176 Mitgliedern angegeben, gelingt es der Partei noch bis zum 20.1., also unmittelbar vor den Gemeindewahlen, ihre Mitgliederzahl auf 204 aufzustocken.²²⁴ Somit war die KPD im Kreis Melsungen, mit knapp doppelt so vielen Mitgliedern wie die neu entstandene CDU, der Mitgliederstärke nach die zweitgrößte Partei im Kreis. Umso mehr muss das schlechte Abschneiden der KPD in den Gemeindewahlen bei den Unterstützern der Partei Enttäuschung hervorgerufen haben, auf der anderen Seite aber Erleichterung bei der amerikanischen Militärregierung und in weiten Kreisen der Bevölkerung.

219 Ebd.

220 Hessische Nachrichten, 6.10.1945.

221 Political Activity Report. Melsungen, 15.11.1945.

222 Ebd., 30.11.1945.

223 Vgl. „Weekly MGSUM Report. Kassel.“, 13.1.1946.

224 Vgl. ebd., 20.1.1946.

4.6 Gründung der CDU in Melsungen

Den beiden bürgerlichen Parteien CDU und LDP gelang es erst sehr spät, sich in Melsungen zu formieren. Betrachtet man die CDU, ist ein Hauptgrund für die späte Entstehung der Partei in Nordhessen die Formierung aus zwei unterschiedlichen konfessionellen Parteien, dem Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD) auf der einen und der Zentrumspartei auf der anderen Seite.²²⁵ Für die Gründung des CDU-Kreisverbandes Melsungen ist im Gegensatz zu SPD und KPD von politischer Vorarbeit im Untergrund nicht auszugehen, da die Partei im Landkreis erst durch Anregung von außen entstand, wie zu zeigen sein wird. Obwohl zur Gründung des CDU-Kreisverbandes die OMGUS-Akten und die *Hessischen Nachrichten* nicht sonderlich ergiebig sind, ist es den Forschungen von Heinrich RÜSCHENSMIDT zu verdanken, der Ende der 70er Jahre für seine Dissertation über die Gründung und Anfänge der CDU in Hessen zu dieser Zeit noch lebende Gründungsmitglieder der Melsunger CDU über die unmittelbare Nachkriegsphase befragte, so dass trotz der ansonst unbefriedigenden Aktenlage ein recht klares Bild von der Parteigründung in Melsungen gezeichnet werden kann.

Gründung und Lizenzierung der Partei

Die erste Erwähnung der Melsunger CDU in den OMGUS-Akten findet sich am 30.12.1945, also bereits nach der Zusammenlegung des Melsunger mit dem Kassler *Detachment*. Dort heißt es im *Weekly MGSUM Report* schlicht: „The Christian Democratic Union of Germany was given permission to activate in LK Melsungen.“²²⁶ Über das der Lizenzierung vorangegangene Gründungstreffen der Partei finden sich in den OMGUS-Akten keine Einträge, auch die *Hessischen Nachrichten* schweigen sich darüber aus.

Der Ortsverband Melsungen entstand auf Betreiben der CDU in Kassel. Am 30.11. kam Herr Wiederholt²²⁷ als Vertreter der Kassler CDU nach Melsungen. Dort suchte er Kontakt zu dem evangelischen Diakon Karl Görisch, um mit ihm die Gründung eines CDU-Kreisverbandes vorzubereiten.²²⁸ Kurz darauf, am 3.12., fand ein Gespräch zwischen Görisch und dem katholischen Pfarrer Josef König statt.²²⁹ Nach diesem Gespräch beschlossen die beiden, Unterstützer aus kirchlichen Kreisen zu werben. Hierin waren sie anscheinend recht erfolgreich, so dass am 8.12. Friedrich Quanz vor 120 Interessierten in Melsungen sprechen konnte. Der Gastredner Quanz war die treibende Kraft beim Aufbau der CDU in Kassel gewesen. Er selbst war Protestant, dem früheren CSVD zugehörig und hatte die Gründung der Kassler CDU nach Berliner Vorbild angeregt, um so dem kommunistisch-sozialen Block einen christlichen entgegen zu

225 Die Entwicklung der CDU als überkonfessionelle Partei wird aufgezeigt bei MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 107-125.

226 „Weekly MGSUM Report. Kassel.“, 30.12.1945.

227 Der Vorname ist leider unbekannt, auch über seine Funktion bei der Kassler CDU ließen sich keine Informationen finden.

228 Vgl. Heinrich RÜSCHENSMIDT: Gründung und Anfänge der CDU in Hessen (QFHG 42), Darmstadt u. Marburg, 1981, S. 183.

229 Ebd.

setzen.²³⁰ Quanz' Rede, deren Inhalt leider nicht überliefert ist, muss Anklang gefunden haben, denn am selben Abend wurde der CDU-Kreisverband gegründet. Die Führungsriege setzte sich neben Karl Görisch als Vorsitzendem, aus Josef Jäger, Dr. Alfons Janssen, Herrn Deiner und Herrn Schmidt²³¹ zusammen.²³² Bei Dr. Janssen handelt es sich um den Übersetzer, der für Captain Turnbull tätig war und außerdem zeitweilig das Amt des Landrats innehatte. Als Datum einer offiziellen Lizenzierung durch die Militärregierung wird der 11.12.1945²³³ angegeben, ein Datum, das fast drei Wochen vor der ersten Erwähnung in den OMGUS-Berichten liegt.

Entwicklung bis zu den Gemeindewahlen

Der Melsunger CDU blieb nicht viel Zeit, sich auf die Gemeindewahlen vorzubereiten, da zwischen der Gründung der Partei und den Wahlen weniger als anderthalb Monate lagen. Informationen zu Wahlkampfveranstaltungen und Mitgliederzahlen liegen in den OMGUS-Berichten erst seit dem 6.1.1946 vor. Die CDU scheint die letzten Wochen vor den Kreistagswahlen jedoch entschieden genutzt zu haben um potentielle Wähler zu aktivieren, denn es wird in der Zeit vom 6. bis 13.1. über fünf CDU-Versammlungen berichtet, genauso viele wie für die SPD in diesem Zeitraum²³⁴, die zuvor klar die politisch aktivste Kraft im Kreis war. In diese Zeit fällt auch der einzige Artikel über den CDU-Kreisverband Melsungen in den *Hessischen Nachrichten*, in dem am 9.1. in wenigen Zeilen erwähnt wird, dass die CDU nun ihre erste öffentliche Kundgebung mit einem Gastredner aus Kassel, der aber nicht namentlich genannt ist, durchführen wird.²³⁵ Bis zum 20.1., dem Wahltag, behielt die CDU-Kreisgruppe ihr Engagement im Wahlkampf ungebrochen bei und brachte es in diesem Zeitraum mit erneut fünf Versammlungen auf genauso viele Treffen wie die anderen drei Parteien im Landkreis zusammen.²³⁶ Es fehlt für diese Treffen jede Angabe von Besucherzahlen, so dass als Indikator für die Einschätzung der politischen Aktivität nur die reine Anzahl der Versammlungen zur Verfügung steht. Als Parteiprogramm hatte die Melsunger CDU schon mit ihrer Gründung am 8.12.1945 die Leitsätze der Kassler CDU übernommen.²³⁷ So ist davon auszugehen, dass auch das am 12.1.1946 in den *Hessischen Nachrichten* veröffentlichte Wahlprogramm für die Melsunger CDU Gültigkeit hatte, in dem die CDU explizit betonte, dass es sich bei ihr um eine neue Partei und nicht um die Wiederauflage einer alten handele.²³⁸ Diese Betonung des Neuen ist nicht weiter verwunderlich, da sowohl der CSVD als auch die Zentrumspartei zur Zeit der Weimarer

230 MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 111-113.

231 Die Vornamen von Deiner und Schmidt sind nicht überliefert.

232 Vgl. RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 227), S. 183.

233 Eigentlich steht bei RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 228) 11.2.1946, aus dem Sinnzusammenhang wird aber klar, dass es sich um einen Schreibfehler handelt. Eine Lizenzierung muss zweifelsfrei vor dem 20.1. erfolgt sein, da die CDU an den Gemeindewahlen sonst nicht hätte teilnehmen können.

234 Vgl. „Weekly MGSUM Report. Kassel.“, 13.1.1946.

235 Vgl. *Hessische Nachrichten*, 9.1.1946.

236 Vgl. „Weekly MGSUM Report. Kassel.“, 20.1.1946.

237 Vgl. RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 227), S. 184. Die Leitsätze der Kasseler CDU dieser Zeit waren für die Arbeit leider nicht greifbar.

238 Vgl. *Hessische Nachrichten*, 12.1.1946.

Weimarer Republik in Nordhessen nur eine marginale Rolle gespielt hatten.²³⁹ Dieses Wahlprogramm, das in den *Hessischen Nachrichten* mit „Unser Notprogramm: Brot, Obdach und Arbeit für alle!“ betitelt war, ging mit hoher Wahrscheinlichkeit auf das erste Grundsatzpapier auf Landesebene, das den Titel „Unser Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit“ trug, zurück.²⁴⁰ Der mit diesem Grundsatzpapier durch die Landesführung angestrebte Vereinheitlichungseffekt²⁴¹ hatte so anscheinend auch Melsungen erreicht. Auf Grund des späten Starts waren die Erfolgchancen für die CDU bei den Gemeindewahlen für die Mitglieder und Unterstützer der Partei mit Sicherheit nur schwer abzuschätzen, da der Partei die traditionelle Basis, die SPD und KPD mitbringen konnten, fehlte, und da die Partei außerdem bis unmittelbar vor der Wahl im ganzen Landkreis nur 82 Mitglieder vorweisen konnte.²⁴²

4.7 Gründung der Melsunger LDP

Von allen Melsunger Parteien ist die Quellenlage zur Gründung der LDP mit Abstand am schlechtesten. Über die Gründung der Partei finden sich außer den im Folgenden aufgeführten Angaben bei Schmidt nur zwei Artikel aus den *Hessischen Nachrichten*, von denen hier der vom 5.1.1946 angeführt wird: „Melsungen. *Gründungsversammlung der Liberal-Demokratischen Partei*. Nunmehr ist auch die Liberal-Demokratische Partei von der Militärregierung zugelassen worden. – Am vergangenen Sonntag fand nun die Gründungsversammlung dieser Partei im „Deutschen Haus“ statt. Vertreter aus allen Schichten der Bevölkerung des Kreises hatten sich eingefunden, um die politischen Richtlinien der Partei festzulegen. Nach der Wahl eines Parteivor-sitzenden sowie eines Parteiausschusses wurden besondere Fragen, die mit der Wahl im Januar im Zusammenhang stehen, besprochen. – In einer längeren und sehr fruchtbaren Diskussion kam besonders die Notwendigkeit einer klaren, zielsicheren Festlegung des politischen Wollens der Partei zum Ausdruck.“²⁴³

Die konkreten Informationen, die diesem Artikel zu entnehmen sind, halten sich in engen Grenzen. Außer dem Fakt, dass die Partei gegründet wurde und man Fragen die Gemeindewahl im Januar betreffend besprochen hatte, bleiben die Angaben sehr vage. Es wird zwar erwähnt, dass das „politische Wollen“ der Partei zielsicher festgelegt werden muss, nicht jedoch, worum es sich bei diesem „Wollen“ konkret handelt. Die einzige weitere Erwähnung der Partei vor den Wahlen am 20.1. in den *Hessischen Nachrichten* findet sich in dem Artikel, in dem auch die erste Wahlkampfveranstaltung der CDU angekündigt wird: „Melsungen: CDU – Liberal Demokratische Partei. Diese beiden Parteien, die erst kürzlich eine Genehmigung zu politischer Tätigkeit von der Militärregierung erhielten, halten in dieser Woche ihre ersten öffentlichen Versammlungen ab. – Und zwar am Don-

239 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 111-113.

240 Vgl. RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 227), S. 259.

241 Vgl. ebd., S. 258-259.

242 Vgl. Weekly MGSUM Report. Kassel, 20.1.1946.

243 *Hessische Nachrichten*, 5.1.1946.

Donnerstag, den 10. Januar (Liberal. Dem.) [...] In beiden Versammlungen werden Redner dieser Parteien aus Kassel sprechen.²⁴⁴

Dieser in einer winzigen Schriftgröße geschriebene Artikel, der sich kaum ohne Lupe entziffern lässt, ist, wenn man von dem zuvor genannten Artikel über die Gründungsversammlung absieht, das einzige publizistische Zeugnis für ein Wirken der LDP in Melsungen vor den Kreistagswahlen. Auch die OMGUS-Akten schweigen sich über eine Lizenzierung der LDP im Landkreis Melsungen vollständig aus.

Gründung und Lizenzierung der LDP

Die einzige Quelle, in der ein konkretes Datum für die Gründung der LDP in Melsungen genannt wird, ist die Stadtgeschichte Jürgen Schmidts. Er gibt als Gründungsdatum für die LDP den 30.12.1945 an, jedoch ohne dabei Einzelheiten über die Gründungsveranstaltung oder seine Quellen zu nennen.²⁴⁵ Da der oben angeführte Artikel vom 5.1.1946 angibt, dass die LDP eine Erlaubnis zu politischer Betätigung von Seiten der Militärverwaltung erhalten habe, lässt sich mit recht großer Sicherheit sagen, dass die Lizenzierung zwischen dem 30.12. und dem 5.1. stattgefunden haben muss. Leider ist in keiner Quelle eine Auflistung der Gründungsmitglieder erhalten, geschweige denn ein Zeugnis über ihren politischen Werdegang. Schmidt führt jedoch an, dass anfangs unbelastete Liberale im Vordergrund standen, sich die Partei aber bald weit nach rechts öffnete.²⁴⁶ Die Öffnung nach rechts kann aber, zumindest offiziell, noch nicht vor der Gemeindewahl stattgefunden haben, da NSDAP-Mitglieder, die der NSDAP vor dem 1.5.1937 beigetreten waren, bei den Gemeindewahlen noch nicht wieder wahlberechtigt waren.²⁴⁷ Als unbelastete Liberale dieser Zeit werden bei Schmidt Schaefer, Engelhardt, Thiemann, Ploch und Markus genannt, jedoch allesamt ohne Vornamen, Titel oder Beruf, so dass sich weitere Nachforschungen über diese Personen schwierig gestalten. Nur bei dem genannten Schaefer ist es sicher, dass es sich bei ihm um Hermann Schaefer, ein Stadtratsmitglied der ersten Stunde, handelte.²⁴⁸ Er hatte sich auch als Übersetzer bei den in Kapitel 3 beschriebenen Übergabeverhandlungen für Melsungen mit den Amerikanern angeboten.

Entwicklung der LDP bis zu den Gemeindewahlen

Die Tatsache, dass die Betrachtung der Entwicklung bis zu den Gemeindewahlen sehr knapp ausfallen muss, wie bereits für die CDU festgestellt, trifft für die LDP noch in weitaus stärkerem Maße zu, da zwischen Lizenzierung der Partei und den Gemeindewahlen weniger als drei Wochen lagen. So hatte die Partei wenig Zeit, einen organisierten Wahlkampf durchzuführen, so dass für den gesamten Zeitraum zwischen Lizenzierung und Gemeindewahl in den OMGUS-Akten nur eine einzige öffentliche Versammlung aufgeführt ist.²⁴⁹ Bei dieser Versammlung wird es sich vermutlich um das in den *Hessischen Nachrichten* vom 9.1. angekündigte Treffen gehandelt haben. Von der

244 Ebd., 9.1.1946.

245 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 278.

246 Ebd.

247 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 144.

248 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 421.

249 Vgl. „Weekly MGSUM Report. Kassel.“, 20.1.1946.

Anzahl der Mitglieder her war die LDP mit Abstand die schwächste Fraktion in der neu-erstandenen Melsunger Parteienlandschaft. Der *Weekly MGSUM Report* vom 6.1. nennt für die LDP im gesamten Landkreis Melsungen nur 18 Mitglieder²⁵⁰, ein Sachverhalt, der aber ein wenig verwundert, da, wie für SPD und KPD beschrieben, zur Lizenzierung bei der Militärverwaltung eine Liste mit 30 Unterstützern notwendig war. Zwar konnte die LDP ihren Mitgliederstand bis unmittelbar vor der Wahl auf 61 Mitglieder erhöhen, blieb damit aber weiterhin mitgliedsschwächste Partei, mit ungefähr einem Zehntel der Mitglieder, die die SPD im Landkreis Melsungen verzeichnen konnte.²⁵¹ Als Wahlprogramm wird aller Wahrscheinlichkeit nach das am 12.1. in den *Hessischen Nachrichten* veröffentlichte für die Melsunger Parteimitglieder und den Gemeindewahlkampf verbindlich gewesen sein, da kein anders lautendes Programm erwähnt wird und es für die Parteimitglieder in der kurzen Zeit wohl auch schwer möglich gewesen wäre eines aufzustellen. Hauptpunkt war neben der Einheit Deutschlands die Ablehnung jeglicher Sozialisierungsforderungen.²⁵² Da eine Lizenzierung auf Landesebene der Partei erst im Januar gelang, fehlen konkrete Wahlprogramme, mit denen sich das aus den *Hessischen Nachrichten* veröffentlichte vergleichen ließe. In Melsungen war es zwar nicht wie in Kassel zur Gründung zweier liberaler Parteien gekommen²⁵³, aber nach Schmidts Aussagen über die spätere Ausrichtung der Partei wird wohl auch in Melsungen die Stresemann-Fraktion, die sich an der DVU der Weimarer Republik orientierte und somit deutlich national-liberale Züge trug, ähnlich wie in Kassel die Oberhand gewonnen haben. So war der Start der LDP zwar verspätet und bestimmt auch ein wenig chaotisch, aber auf jeden Fall für die Stadt Melsungen selbst durchaus nicht erfolglos, wie sich in den ersten Wahlen zeigen sollte.

5. Probleme im Vorfeld der Gemeindewahlen

Für Hessen waren die ersten Gemeindewahlen für Gemeinden unter 20.000 Einwohnern für den 27.1.1946 festgesetzt worden²⁵⁴, in insgesamt 17 Landkreisen sogar schon für den 20.1., sozusagen als eine Art Testlauf. Zu diesen 17 Landkreisen zählte auch der Kreis Melsungen.²⁵⁵

Die erste Erwähnung von bevorstehenden Wahlen datiert bereits auf den 16.10.1945, also noch 4 Tage vor der Lizenzierung der ersten Parteien im Kreis. Aus der Aktennotiz, in der sich der provisorische Stadtrat zu Wort meldet, wird ersichtlich, dass zuvor eine Information der Bevölkerung über die geplanten Wahlen im Januar stattgefunden hat. Außerdem wird das Thema einer Wahlverschiebung angesprochen: *The Advisory Group for Military Government in Melsungen urges that elections in all*

250 Vgl. ebd., 6.1.1946.

251 Vgl. ebd., 20.1.1946.

252 Vgl. Hessische Nachrichten, 9.1.1946.

253 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 128-129.

254 Vgl. ebd., S. 145.

255 Vgl. Hessische Nachrichten, 23.1.1946.

*Gemeinden be postponed until later than January 1946, or that an immediate decision on the following points be rendered for general information of the public.*²⁵⁶

Fragen, die nach Auffassung des Stadtrates Klärung verlangten, um überhaupt erst Wahlen zu ermöglichen, waren: – Werden irgendwelche Nazis die Erlaubnis haben zu wählen? Und wenn nicht, wie will man bestimmen, wer ein Nazi war und wer nicht? – Wie wird die Altersbeschränkung aussehen? – Wird die Gruppe der 20 bis 30-jährigen immer noch am stärksten indoktriniert sein, wogegen die Älteren doch nicht „von Herzen“ Nazis gewesen seien? – Was wird eine Gruppe Bürger, die alle das Wahlrecht haben, davon abhalten, eigene Kandidaten aufzustellen?²⁵⁷

Während der zweite in dieser Quelle genannte Punkt im weiteren Vorfeld der Wahlen keine Rolle mehr auf der politischen Agenda der Melsunger Parteien oder der Militärverwaltung spielte, haben die in Punkt 1 und 3 angesprochenen Sachverhalte einen nachweisbaren Einfluss auf die weiteren Vorbereitungen der Wahl gehabt. Zu Punkt 2 bleibt anzumerken, dass die Einschätzung über die politische Ausrichtung der jüngeren Teile der Melsunger Bevölkerung doch zumindest fragwürdig ist, auch wenn sie in dieser Form Eingang in die OMGUS-Akten gefunden hat. Gerade die jüngere Generation hat, wenn auch durch die NS-Jugendorganisationen geprägt, die Nachkriegszeit als große Befreiung empfunden, wie bei der Befragung von Melsunger Zeitzeugen deutlich wurde.²⁵⁸

Die im Bericht geforderte Klarstellung der genannten Punkte scheint aber zumindest bis zum 30. November 1945 in Melsungen nicht erfolgt zu sein, da in den *Political Activity Reports* vom 15. und 30.11. erneut die Forderung erhoben wird, Wahlen frühestens am 1.6.1946 abzuhalten.²⁵⁹ Dabei waren bereits Anfang November Erlasse der Militärregierung ergangen, die in wenigstens zwei der drei Punkte für Klarheit sorgten, und in dieser Form auch Eingang in die hessischen Wahlordnungen gefunden haben. Personen mit nationalsozialistischer Vergangenheit betreffend wurde bestimmt, dass alle diejenigen Personen von den Gemeindewahlen (sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht betreffend) ausgeschlossen sein sollten, die vor dem 1.5.1937 der NSDAP beigetreten oder sich als Nazis hervorgetan hatten.²⁶⁰ Da der Punkt der Verordnung, dass Personen, die sich als Nazis hervorgetan hatten, vom Wahlrecht ausgeschlossen sein sollten, doch recht schwammig formuliert war, sollte dieses auch in Melsungen noch für Schwierigkeiten sorgen. Letztendlich wurden durch diesen Erlass immerhin 8,1 Prozent der ansonsten wahlberechtigten Bevölkerung von der Gemeindewahl im Januar ausgeschlossen.²⁶¹ Ebenso die Tatsache, dass das aktive Wahlrecht in den Erlassen der Militärregierung auf 21 Jahre, das passive Wahlrecht auf 25 Jahre festgesetzt war, wurde problematisiert.²⁶² Die Aufstellung von parteilosen Kandidaten, wie in Punkt drei angedeutet, spielte eine nicht unbedeutende Rolle, wobei sich die Militärregierung, wie

256 Advisory Group for Melsungen, 16.10.1945. StA MR, OMGUS-Historical Folders H-70, 5/9-1/13.

257 Vgl. ebd.

258 Vgl. Zeitzeugeninterview Alfred Meier, 20.5.2006.

259 Vgl. Political Activity Report. Melsungen, 30.11.1945.

260 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 144.

261 Ebd.

262 Ebd.

noch zu zeigen ist, mit bürokratischen Tricks aus der Affäre zog. Dass parteilose Kandidaten aber in anderen Landkreisen, im Gegensatz zu Melsungen, eine große Rolle spielten, wird an der Vielzahl der parteilosen Gemeindevertreter nach den Wahlen vom Januar 1946 deutlich.²⁶³

Ausschluss von Nazi-Aktivisten von der Wahl

Dass Personen, die sich als Nazis hervorgetan hatten, von der Wahl auszuschließen seien, ließ doch einiges im Unklaren. Dies wird bereits im ersten Artikel, der sich in den *Hessischen Nachrichten* mit dem Wahlkampf in Melsungen auseinandersetzt, deutlich: „Melsungen. (Wahlvorbereitungen.) Nachdem nun der Termin für die ersten Gemeindewahlen von der alliierten Militärregierung endgültig auf den 27. Januar²⁶⁴ festgesetzt wurde, haben auch in Melsungen die Wahlvorbereitungen begonnen. Wie wir erfahren, liegen die Wählerlisten für die Stadt Melsungen auf dem Rathaus zur Einsichtnahme aus, jedoch ist festzustellen, daß noch sehr viel geschehen muß, bis die Listen ihre endgültige Fassung bekommen. Die zugelassenen Parteien haben je eine Abschrift der Wählerliste bekommen und es wird Aufgabe der Parteien sein, darüber zu wachen, daß alle die Leute aus den Listen verschwinden, die gemäß den erlassenen Gesetzen von der Wahl ausgeschlossen sind!“²⁶⁵

Hier wird deutlich, dass die Kontrolle der Wählerlisten den Melsunger Parteien überlassen wurde, natürlich unter Aufsicht der Militärverwaltung als Kontrollinstanz. Zur Säuberung der Wählerlisten von nationalsozialistischen Elementen wandte man sich durch einen Fragebogen direkt an Personen mit zweifelhafter Vergangenheit: „The town of Melsungen issued a questionnaire to all persons whose voting status was doubtful, containing the question ‚Which Party did you vote for in 1933‘.“²⁶⁶ Nach heftigem Einspruch betroffener Personen zeigte sich, dass die Militärregierung in diesem Punkt das letzte Wort behielt, auch wenn in den *Hessischen Nachrichten* angekündigt worden war, den Parteien die Kontrolle zu überlassen: „This caused bitter complaints by persons receiving such questionnaires, and in as much as there is no correlation between a person’s eligibility to vote now and how he votes in 1933, the Bürgermeister was ordered to resist from requiring an answer to this question.“²⁶⁷

Nach der Intervention durch die Kasseler Militärkommandantur scheint dieses Thema im Melsunger Gemeindewahlkampf keine weitere Rolle gespielt zu haben, zumindest finden sich zu diesem Punkt in den vorliegenden Quellen keinerlei weitere Informationen.

263 Vgl. Klaus LANGE: „Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen des Wahlrechts in Hessen“, in: Hessen. Wahlen und Politik, hrg. v. Bernd HEIDENREICH u. Konrad SCHACHT, Stuttgart, 1996, S. 82.

264 Anscheinend war dem Autor nicht bekannt, dass Melsungen zur Gruppe der Landkreise gehörte, die bereits am 20.1.1946 wählen sollten.

265 Vgl. Hessische Nachrichten, 1.1.1946.

266 „Weekly MGSUM Report. Kassel“, 6.1.1946.

267 Ebd.

Wahlkomitees für die Gemeindewahl

Ein anderer Punkt, der vor den Gemeindewahlen für eine gewisse Unruhe sorgte, war die Zusammensetzung der Wahlkomitees: „Complaints were also received that the election committee of the town of Melsungen represented only two of the four authorized parties.“²⁶⁸ In Melsungen selbst waren die Wahlkomitees, die zur Überwachung und Abwicklung der Gemeindewahlen dienen sollten, also nur mit Mitgliedern aus zwei der vier zugelassenen Parteien besetzt. Aber diese Unregelmäßigkeit war nicht das einzige Problem die Wahlkomitees betreffend. In zwei der 64 Gemeinden des Landkreises Melsungen offenbarte sich folgendes Problem: „In two communities in LK Melsungen, Dagobertshausen and Herlefeld, it was impossible to find any election committee members, who had not votes NSDAP in 1933, as the entire village had voted in an open election.“²⁶⁹ Einmal davon abgesehen, dass dieser Bericht „Bände“ über die frühe Verwurzelung des Nationalsozialismus in Nordhessen spricht, wird aus diesem Beitrag deutlich, dass Mitglieder der Wahlkomitees, nach Möglichkeit, 1933 nicht für die NSDAP gestimmt haben sollten.²⁷⁰ Da nichts anderes aus den vorliegenden Akten ersichtlich ist, lässt sich vermuten, dass im Fall von Herlefeld und Dagobertshausen dann doch mit NSDAP-Wählern für die Besetzung der Wahlkomitees vorlieb genommen wurde. Auch für den zuerst beschriebenen Fall der Besetzung von Wahlkomitees mit Mitgliedern von nur zwei Parteien wurde durch ein Einschreiten der Militärregierung schnell eine Lösung gefunden: „This matter [der Fakt, dass nur zwei der vier Parteien in den Wahlgremien vertreten waren] was called to the attention of the Bürgermeister who excused this matter by not being notified officially that the other two parties were also authorized.“²⁷¹

In diesem Zitat wird deutlich, dass die Wahlkomitees wohl nur mit SPD- und KPD-Mitgliedern besetzt waren, da diese bereits seit dem 20.10. lizenziert waren, während CDU und LDP erst Mitte Dezember bzw. Anfang Januar lizenziert wurden. Hält man sich vor Augen, dass Bitter, der Melsunger Bürgermeister, recht bald der SPD beitrug²⁷² und die Gründung und Lizenzierung zweier neuer Parteien in einer Stadt mit nur etwas mehr als 5000 Einwohnern wohl schwerlich geheim geblieben ist, könnte man hier wahltaktisches Kalkül unterstellen. Auf der anderen Seite spricht Bitters persönliche Integrität, die bei Schmidt hervorgehoben wird²⁷³, gegen eine solche Annahme. Auf jeden Fall ist dieser Missstand behoben worden, denn im *Weekly MGSUM Report* vom 13.1. findet sich eine Auflistung der Mitglieder der Wahlkomitees, in der nun zusätzlich zu Mitgliedern aller vier Parteien sogar noch parteilose Mitglieder verzeichnet sind.²⁷⁴

268 Ebd.

269 Ebd. Fehlerhafte Zeitform had not votes aus Originalquelle übernommen.

270 Ein Punkt, der sich auf Grund der geheimen Wahlen, von Dagobertshausen und Herlefeld einmal abgesehen, natürlich nur schwer nachprüfen lässt.

271 „Weekly MGSUM Report. Kassel.“, 6.1.1946.

272 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 265.

273 Vgl. ebd.

274 „Weekly MGSUM Report. Kassel“, 13.1.1946.

Parteilose Einheitslisten

Ähnlich wie in Wählergemeinschaften unserer Zeit sind auch in Melsunger Gemeinden Bürger an die Militärregierung herangetreten, um in „Einheitslisten“ für die Gemeindewahlen zu kandidieren. Diese Einheitslisten hatten aber nichts mit den im Artikel über den Melsunger Gemeindewahlkampf in den *Hessischen Nachrichten* erwähnten Gemeinschaftslisten der zugelassenen antifaschistischen Parteien zu tun.²⁷⁵ Die Gemeinschaftslisten, die in dem Artikel strikt abgelehnt werden, sind wohl eher in die von der KPD angestrebten Vereinigungsbemühungen mit der SPD einzuordnen.²⁷⁶

Die erstmalige aktenkundige Erwähnung der Bemühungen, „Einheitslisten“ in Gemeinden aufzustellen, findet sich im *Weekly MGSUM Report* vom 13.1.: „Quite a number of communities have applied for permission to submit a ‚Einheitsliste‘ of candidates, which are not sponsored by any party.“²⁷⁷ Gegen diese Einheitslisten regte sich von deutscher Seite Widerstand, wobei sich nicht mehr klären lässt, ob dieser parteipolitisch motiviert war: „The Burgermeister of Heinebach complained that these ‚Einheitslisten‘ are nothing but a subterfuge of anti-democratic elements, who are technically eligible to vote.“²⁷⁸ Die Militärregierung konnte aber anscheinend, vom rein technischen Standpunkt aus gesehen, an ihnen nichts auszusetzen finden: „In this connection [mit den Einheitslisten], such groups as have been vetted so far, proved to be politically acceptable. However, it also was noted that these sponsors were usually close relatives of the sponsored.“²⁷⁹

Da die zuständige Militärverwaltung sich aber anscheinend doch nicht so sicher war, wie diese „Einheitslisten“ einzuschätzen seien, zog sie sich mit einem äußerst diplomatischen Manöver aus der Affäre: „In as much as it is impossible to get the sponsors of such lists within time for them to submit such lists prior to the 13th, as it is called for in the election code, permission was granted with the understanding that they must be withdrawn, if the sponsors are not acceptable.“²⁸⁰ Diesem eleganten Schachzug der Militärbürokratie war es zu verdanken, dass in den Gemeindewahlen vom 20.1., im Gegensatz zu den meisten anderen Kreisen in Hessen, keine parteilosen Kandidaten an den Start gehen konnten. Die Ausschaltung der „Einheitslisten“ gelang durch das Manöver, ohne dabei die Unterstützer dieser Wählergemeinschaften ernstlich vor den Kopf zu stoßen.

5.1 Ergebnisse der Gemeindewahl

Gemäß dem Konzept der *democratic evolution from below* waren die Gemeindewahlen, d. h. die Wahlen der Stadtverordneten in den größeren „Städtchen“ und der Gemeindevertreter in Siedlungen ohne Stadtrecht, nur ein erster Schritt in der Demokratisierungskonzeption der Amerikaner. Getreu dieser Politik folgten als nächste Schritte am 27.1.1946 die Wahlen in den übrigen Gemeinden unter 20.000 Einwohnern in der

275 Vgl. Hessische Nachrichten, 1.1.1946.

276 Vgl. Walther MÜHLHAUSEN: „Demokratischer Neubeginn in Hessen“, in: Polis, 43 (2005), 19-20.

277 „Weekly MGSUM Report. Kassel“, 13.1.1946.

278 Ebd.

279 Ebd.

280 Ebd.

amerikanischen Besatzungszone und am 28. April 1946 Kreistagswahlen in den Landkreisen, denen knapp einen Monat später Wahlen in den kreisfreien Städten folgten.²⁸¹ Da weder in der Lokalpresse noch in den OMGUS-Berichten auf Unstimmigkeiten oder Probleme bei der Wahl eingegangen wird, scheinen diese in allen 64 Gemeinden des Landkreises ruhig verlaufen zu sein. Mit einer Wahlbeteiligung von 88 Prozent²⁸² hatte der Landkreis die Prognosen von 82 Prozent Wahlbeteiligung, die zuvor für die Militärregierung erstellte Umfragen voraussagten²⁸³, sogar noch überschritten. Dass in vielen Gemeinden nur zwei Parteien in den Stadtverordnetenversammlungen vertreten waren, geht auf eine Sperrklausel von 15 Prozent zurück, die auf Drängen der Militärregierung eingeführt worden war, wohl um eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, wie in der Weimarer Republik geschehen, zu verhindern.²⁸⁴

Als klarer Sieger der Gemeindewahlen vom 20.1.1946 stellte sich die SPD heraus, die im Landkreis 11.526 der insgesamt 20.508 abgegebenen Stimmen für sich verbuchen konnte. Ihr folgte die CDU als stärkste bürgerliche Kraft, weit abgeschlagen mit 3.317 Stimmen. Als dritte Kraft vor der KPD konnte sich mit 1.543 Stimmen die LDP etablieren, obwohl, wie im Kapitel über die Gründung des Kreisverbandes beschrieben, eine Lizenzierung durch die Militärregierung erst Anfang Januar erfolgt und deswegen die Zeit für den Wahlkampf extrem kurz war. Aus der in den *Hessischen Nachrichten* überlieferten Wahlstatistik geht weiterhin hervor, dass die LDP in acht der 17 Landkreise der „Testwahl“ nicht einmal antreten konnte, da entweder die Gründung eines Kreisverbandes nicht gelungen oder die Lizenzierung durch die zuständigen *Detachments* noch nicht erfolgt war. Weit abgeschlagen und vermutlich auch weit hinter den Erwartungen der Genossen zurückgeblieben, folgte die KPD mit lediglich 926 Stimmen.²⁸⁵

Ergebnisse der Wahl exemplarisch für die Stadt Melsungen

Da es sich bei den Gemeindewahlen um Wahlen zu Stadtverordneten handelte und so die reinen Wählerstimmen einer Partei im Landkreis noch keine Aussage über die konkreten Verhältnisse in einzelnen Gemeinden zulassen, seien hier noch als exemplarisch die Ergebnisse in Melsungen selbst, als der größten Gemeinde des Kreises, angeführt. Melsungen ist hierbei als Sonderfall zu betrachten, da die sonst im Landkreis nur mäßig erfolgreichen bürgerlichen Parteien, vor allem jedoch die LDP einen beachtlichen Erfolg einfahren konnten. Dieser Erfolg ist wohl hauptsächlich dem Faktum zu verdanken, dass die Kreisverbände von CDU und LDP in Melsungen entstanden und so mit Sicherheit über die aktivsten Ortsgruppen dieser Parteien im Kreis verfügten. Zwar stellte die SPD auch in Melsungen, mit 988 der abgegebenen Stimmen, fünf der zwölf Mandate im Stadtrat, besaß aber somit keine absolute Mehrheit. Der große Überraschungserfolg gelang der LDP, die mit 804 Stimmen und vier Mandaten zweitstärkste Fraktion wurde. Außerdem noch im Stadtrat vertreten war die CDU mit 698 Stimmen und drei Mandaten. Großer Verlierer der Wahl war auch in der Stadt Melsungen selbst die KPD, die mit 383

281 Vgl. LANGE (wie Anm. 263), S. 82.

282 Vgl. Hessische Nachrichten, 23.1.1946.

283 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 143.

284 Vgl. MÜHLHAUSEN: Neubeginn (wie Anm. 276), S. 23.

285 Vgl. Hessische Nachrichten, 23.1.1946.

Stimmen, wenn auch nur sehr knapp, an der 15-Prozent-Hürde scheiterte.²⁸⁶ Gerade diese Partei muss das schlechte Ergebnis als Schock aufgenommen haben, da die KPD in Melsungen über eine sehr aktive Basis an altgedienten Parteigenossen verfügte.

LDP als Überraschungssieger

Das Ergebnis der LDP ist doch sehr überraschend, da allein in dieser Stadt mehr Wahlberechtigte für die LDP gestimmt haben als in 14 der 17 Landkreise der „Testwahl“ vom 20.1.1946 insgesamt. Auch wenn keine Wahlstatistiken für die einzelnen Gemeinden in anderen Landkreisen vorliegen, war das in Melsungen vorgelegte Ergebnis für die LDP in der gesamten Gemeindewahl einzigartig, was Folgendes verdeutlicht: In den 17 Landkreisen der „Testwahl“ bekam die LDP von 376.794 Stimmen nur 5.662.²⁸⁷ Von diesen Stimmen entfielen auf das Städtchen Melsungen, das laut der SHAEF-Umfrage vom 25.5.1945 eine Einwohnerzahl von 5.278 hatte²⁸⁸, 804. In den Hessischen Nachrichten vom 1.1.1946 über die bevorstehenden Gemeindewahlen wird die Anzahl der Wähler sogar noch niedriger veranschlagt: „Man schätzt die Zahl der in unserem Städtchen Wahlberechtigten auf etwa 4.000 Personen.“²⁸⁹ Letztendlich entfielen – da konkrete Prozentangaben in allen Quellen fehlen – bei insgesamt 2.864 Stimmen, die in der Gemeinde Melsungen gültig abgegeben wurden, knapp 28,1 Prozent²⁹⁰ auf die LDP.²⁹¹ Ein Sensationserfolg für die Liberalen, die bei den Gemeindewahlen am 20. und 27.1. im Landesdurchschnitt nur auf magere 2,6 Prozent kamen.²⁹²

Erklärungsansätze für den Erfolg der LDP

Wie ist dieser für die Liberalen in Hessen wohl ziemlich einzigartige Erfolg zu werten, noch dazu in einer Stadt, in der der Ortsverband erst drei Wochen vor den Wahlen gegründet wurde? Es gibt wohl einige Hinweise, die als Erklärung für dieses außerordentlich gute Abschneiden dienen können.

Die CDU war zu diesem Zeitpunkt im protestantischen Melsungen noch keinesfalls als überkonfessionelle Partei etabliert. Außerdem hatten zu Zeiten der Weimarer Republik sowohl das Zentrum als auch der CSVD, die protestantische Alternative, in Nordhessen äußerst magere Ergebnisse erreicht.²⁹³ Dadurch gelang es der LDP vermutlich in diese Lücke im bürgerlichen Lager zu stoßen. In Zeitzeugeninterviews wurde die Einschätzung geäußert, in Melsungen habe die Einstellung vorgeherrscht, man könne als Bürgerlicher nicht links, also SPD oder KPD wählen.²⁹⁴ Dies sieht auch SCHMIDT so: „Die traditionelle Vorstellung, wenn man nicht Arbeiter sei, könne man auch nicht links wählen, bleibt im konservativen Melsungen auch für die kommenden

286 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 368.

287 Vgl. Hessische Nachrichten, 23.1.1946.

288 „Military Government Requirements Survey. Melsungen.“, 25.5.1945.

289 Hessische Nachrichten, 23.1.1946.

290 Dieser Prozentwert wurde anhand der insgesamt abgegebenen Stimmen errechnet.

291 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 368.

292 Wolfgang STAUDT: Liberale in Hessen seit 1945. Materialien zum 50jährigen Bestehen der F.D.P. in Hessen, Sankt Augustin, 1996, S. 21.

293 Vgl. RÜSCHENSMIDT (wie Anm. 227), S. 130.

294 Vgl. Zeitzeugeninterview Alfred Meier, 20.5.2006.

Jahre gültig und begünstigt zunehmend die LDP“.²⁹⁵ Als politisch etablierte Schlüssel-figur, die außerdem für den Erfolg der Partei mitverantwortlich sein könnte, lässt sich nur das Mitglied des provisorischen Stadtrates Herrmann Schäfer anführen. Schließlich lässt sich noch anmerken, dass sich die LDP sehr bald weit nach rechts öffnete und so auch bereits in den Kommunalwahlen als ein Sammelbecken für diejenigen Wähler gedient haben mag, die sich während des Nationalsozialismus zwar nicht so engagiert hatten, dass ihnen das Wahlrecht aberkannt worden wäre, aber trotzdem, auch nach dem verlorenen Krieg, eine rechtskonservative Grundhaltung beibehalten hatten. Auch wenn für die Kasseler Region – prägend für den nordhessischen Raum – ein endgültiges Umschwenken auf einen nationalliberalen Kurs erst ab Februar belegt ist²⁹⁶, waren solche Strömungen sicherlich auch im Januar schon vorhanden.²⁹⁷ Der Einfluss der Kasseler LDP auf den Ortsverband Melsungen geht auch daraus hervor, dass zur größten Wahlkampfveranstaltung der Partei ein Redner aus Kassel eingeladen war.²⁹⁸ So blieb das Abschneiden der LDP in Melsungen, zumindest bei den Kommunalwahlen im Januar, ein Überraschungserfolg, der aber in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden sollte.²⁹⁹ Dies geschah nicht nur in Melsungen, sondern in vielen Gemeinden Nordhessens, für die hier exemplarisch Kassel als Zentrum der Region genannt sei, wo die LDP in den Kommunalwahlen des Jahres 1948 an Wählerstimmen 30,5 Prozent erreichte.³⁰⁰

Stimmen aus den Weekly MGSUM Reports zur Gemeindewahl

Nach dieser Exkursion zu den Besonderheiten der Wahlergebnisse in der Stadt Melsungen soll noch die Bewertung der Wahl von Seiten der Militärregierung für den gesamten Landkreis zu Wort kommen. Die außergewöhnlichen Ergebnisse in Melsungen selbst kommen in den Akten nicht zur Sprache, wahrscheinlich deswegen, weil nach der Auflösung des Melsunger *Detachments* die Ereignisse in der Stadt aus dem Fokus der nun zuständigen Kasseler Militärverwaltung gerutscht waren. So finden sich Einschätzungen zu den Kommunalwahlen auch nur in den beiden *Weekly MGSUM Reports* direkt nach dem 20.1., interessanterweise hält das Kassler *Detachment* sich mit einer Bewertung der Wahlergebnisse komplett zurück und gibt stattdessen nur deutsche Reaktionen auf die Wahl wieder. Dort heißt es: „In LK Melsungen there was little political activity subsequent last Sunday’s elections. However the elections continue to be much discussed. The main comments were: a. General feeling of relief over poor showing of communists. b. Too many communities had only one ticket, thus eliminating

295 SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 278.

296 STAUDT (wie Anm. 292), S. 52.

297 Auf die spezielle Problematik, die mit den Gründungsbestrebungen zweier unterschiedlicher liberaler Parteien in Kassel, eine in der Tradition der DDP, die andere, stärker rechtslastig, in Anlehnung an DVP und auch DNVP, kann in dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden. Näheres dazu in: MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 128-130.

298 Vgl. Hessische Nachrichten, 9.1.1946.

299 Vgl. SCHMIDT (wie Anm. 38), S. 279.

300 STAUDT (wie Anm. 292), S. 52.

choice. c. Too few people knew what it was all about. d. Too many election committees were „packed“.³⁰¹

In diesem Bericht werden wohl nur einzelne Stimmen zur Wahl wiedergegeben, die vielleicht heutzutage als „Stammtischgeschwätz“ bezeichnet würden. Die in Punkt a beschriebene Erleichterung über das schlechte Abschneiden der Kommunisten war sicherlich authentisch und ist von den amerikanischen Militärbehörden mit Sicherheit geteilt worden.³⁰² Die anderen drei Punkte hingegen sind nur schwer zu deuten. Könnte es bei Punkt b noch darum gehen, dass nicht in allen Gemeinden Kandidaten von unterschiedlichen Parteien aufgestellt wurden, bleibt c fragwürdig, da sowohl durch Parteiveranstaltungen, als auch durch die Artikel in den in Melsungen erhältlichen *Hessischen Nachrichten* die Kommunalwahlen ausführlich angekündigt wurden. Beim letzten Punkt lässt sich nicht einmal der Sinn der Aussage eindeutig bestimmen.³⁰³ Neben diesen, nicht eindeutig zugeordneten, Stimmen aus der Bevölkerung finden sich in den OMGUS-Akten ansonsten nur Statements der beiden bürgerlichen Parteien im Landkreis Melsungen zur Gemeindevwahl. Doch bevor diese Parteikommentare noch kurz beleuchtet werden sollen, bleibt festzustellen, dass die Wahlen, im Gegensatz zu den negativen Stimmen im oben zitierten *Weekly MGSUM Report*, gerade von der Besatzungsmacht sehr positiv gesehen wurden. Mühlhausen meint dazu: „Die Besatzungsmacht zeigte sich zufrieden. Das Experiment war geglückt. Die Amerikaner werteten Wahlbeteiligung und -ausgang als Erfolg ihrer Politik einer Demokratisierung ‚von unten nach oben‘ und als Ausdruck dafür, daß die Deutschen ihre Lektion gelernt hatten.“³⁰⁴ Auch wenn der Ausdruck, „dass die Deutschen ihre Lektion gelernt hatten“, etwas plump klingt, trifft er doch eigentlich den Kern der oben erläuterten Besatzungskonzeption und das Ziel der *re-education*.

Bewertungen der Parteien der Wahl

Da aus den *Hessischen Nachrichten* oder dem Landratsarchiv keine Bewertungen von Seiten der Parteien zur Wahl im Landkreis Melsungen vorliegen, kann hier nur auf die beiden bereits zuvor angesprochenen *Weekly MGSUM Reports* vom 27.1. und 10.2. zurückgegriffen werden. Wie bereits zuvor angesprochen, finden die interessanten politischen Machtverhältnisse in Melsungen keine Erwähnung. Von Seiten der CDU und LDP heißt es im *Weekly MGSUM Report* vom 27.1.: „Leaders of the CDU and LDP believe that the coming Kreistag elections will alter the present majority of the Social Democrats. They believe that both were [founded?]³⁰⁵ too late to permit effective campaigning in the smaller rural communities.“³⁰⁶ Außer diesen Aussagen finden sich keine weiteren

301 *Weekly MGSUM Report*. Kassel, 27.1.1946.

302 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 147.

303 Übersetzt man *packed* mit *vollgestopft*, bleibt der Sinn fragwürdig, nimmt man an, es handelt sich um eine Ableitung von *pack* (Meute), könnte gemeint sein, dass die Wahlkomitees nicht unparteiisch gewesen seien. Vielleicht war dem Autor des *Weekly MGSUM Reports* der Sinn der Aussage selbst nicht ganz klar, da der Ausdruck bereits in der Originalquelle in Anführungszeichen steht.

304 Vgl. MÜHLHAUSEN (wie Anm. 7), S. 146.

305 Dokument ist an dieser Stelle unleserlich, vielleicht auch *licensed*.

306 „*Weekly MGSUM Report*. Kassel.“, 27.1.1946.

weiteren Einschätzungen, weder von SPD und KPD noch von CDU oder LDP. Die Einschätzung der bürgerlichen Parteien, nicht genug Zeit zur Vorbereitung auf den Wahlkampf gehabt zu haben, trifft jedenfalls, wie in den Kapiteln zur Gründung von CDU und LDP beschrieben, zu. Abschließend ist festzustellen, dass die für die Gemeindewahlen interessanteste Zeit von Dezember 1945 bis Januar 1946 nicht mehr von Berichten eines eigenständigen Melsunger *Detachments* abgedeckt und es verständlich, aber auch für diese Arbeit zu bedauern ist, dass die Berichte des Kassler *Detachments* die Tiefe und persönliche Note der Akten des Melsunger *Detachments* vermissen lassen.

Nachkriegsgeschichte und Demokratisierung in einer Kleinstadt ist vielfach mit der Geschichte von Persönlichkeiten verbunden, die zum überwiegenden Teil bereits in der Weimarer Republik aktiv waren und nun die unmittelbare Nachkriegszeit, teilweise bis weit in die fünfziger Jahre hinein prägten. Wir sehen Jugendliche und junge Erwachsene, die die Freiheit in den Amerikahäusern der *German Youth Assistance* (GYA) genossen und dabei etwas wiederfanden, das ihnen die Kriegsjahre genommen hatten. Dieses Gefühl der Freiheit, das die neue Generation dank der Niederwerfung Nazideutschlands durch die alliierten Truppen und der nachfolgenden *re-education*-Politik wiederfand, spiegelt sich eindrücklich in der Aussage wider, die ein junger Deutscher im Jahre 1946 einem amerikanischen Berichterstatter gegenüber machte: „You may refuse to admit that you have come as liberators, and pride yourself on being conquerors, but you have liberated us just the same.“³⁰⁷

307 Zit. n. GERHARDT (wie Anm. 1), S. 9.